

aktuelle analysen | 87



Hanns
Seidel
Stiftung

Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl

Untersuchungsbericht

Markus Ferber / Oliver Jörg (Hrsg.)

Stiftung I. und W. Tausend GmbH

im Auftrag der
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl

Untersuchungsbericht

Ergebnisse einer repräsentativen Grundlagenuntersuchung
unter der Bevölkerung Bayerns

VORWORT



Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung



Oliver Jörg

Generalsekretär der
Hanns-Seidel-Stiftung

Die Hans-Seidel-Stiftung veröffentlicht seit vielen Jahren regelmäßig empirische sozialwissenschaftliche Studien unter der Bevölkerung Bayerns. Im Auftrag der Hans-Seidel-Stiftung / Stiftung I. und W. Tausend hat das Institut GMS Dr. Jung GmbH im Frühjahr 2021 eine neue empirische Grundlagenuntersuchung durchgeführt.

Ziel war die Ermittlung von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen bei der wahlberechtigten Bevölkerung Bayerns vor dem Hintergrund der seit mehr als einem Jahr andauernden Corona-Pandemie fünf Monate vor der im September anstehenden Bundestagswahl.

Hauptthemen der Untersuchung waren neben der Ermittlung der allgemeinen Grundstimmung unter dem Eindruck der Pandemie die Wahrnehmungen zu den wichtigsten politischen Ereignissen und den daraus abgeleiteten Aufgaben für die Politik sowie die damit verbundene Lösungskompetenz der Parteien für die wichtigsten Sachthemen. Darüber hinaus wurden aufgrund der raschen Veränderungen des Parteiensystems und der weiter abnehmenden Parteibindungen auch Einstellungen und Verhaltensabsichten in Verbindung mit dem Wahlverhalten untersucht. Eine zentrale Rolle spielen dabei solche Wahlberechtigten, die im Hinblick auf ihre Wahlteilnahme und / oder ihre Wahlentscheidung zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht sicher waren.

Die Untersuchung war von Art und Umfang der Stichprobe her wie die 2019 durchgeführte Jugendstudie der Stiftung so angelegt, dass Aussagen zu allen Altersgruppen und Regionen sowie zu weiteren wichtigen soziodemographischen Teilgruppen auf der Basis aussagekräftiger Fallzahlen möglich sind. Dazu musste die Stichprobe in den Altersgruppen von 17 bis 44 Jahren aufgestockt werden.

Insgesamt wurden fast 2.170 bei der kommenden Bundestagswahl wahlberechtigte, in Bayern lebende Personen befragt.

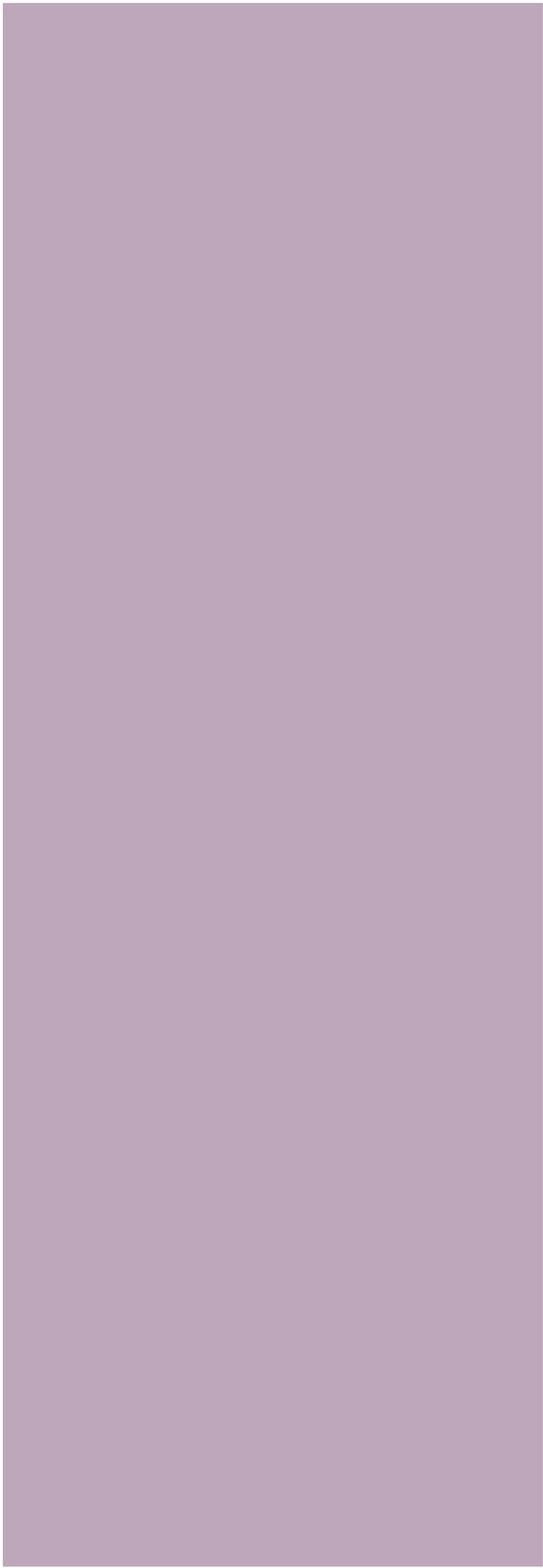
Wir freuen uns, die zentralen Ergebnisse der neuen Grundlagenuntersuchung mit dem Titel „Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl“ der Öffentlichkeit vorstellen zu können.

///

Inhalt

1. Einführung: Die Grundlagenforschung der Hanns-Seidel-Stiftung	7
2. Methodische Vorbemerkungen	10
3. Einzelergebnisse	13
3.1 Allgemeine Grundstimmung	13
3.2 Die wichtigsten politischen Ereignisse und Aufgaben	15
3.2.1 Ereignisse	15
3.2.2 Politische Aufgaben und deren Relevanz für das Wahlverhalten	19
3.2.3 Die Lösungskompetenz der Parteien für politische Aufgaben	28
3.3 Wahlverhalten	32
3.3.1 Aktuelle Wahlabsichten	32
3.3.2 Die weitesten Wählerkreise der Parteien	37
3.3.3 Wahlteilnahme und Wählertypen	46
3.4 Offene Fragen im Vorfeld der Bundestagswahl	54
3.4.1 Unsicherheit über Wahlteilnahme und Wahlentscheidung	54
3.4.2 Einstellungen zur Briefwahl	59
3.4.3 Koalitionspräferenzen	63

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	68
5. Anhang (Abbildungen und Tabellen)	80



Markus Ferber / Oliver Jörg (Hrsg.)

/// Untersuchungsbericht

Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl

1. Einführung: Die Grundlagenforschung der Hanns-Seidel-Stiftung

Mit der vorliegenden Grundlagenuntersuchung zum Thema „Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl“ setzt die Stiftung I. und W. Tausend im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung die vor fast 50 Jahren begründete Tradition in der empirischen sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung mit der kontinuierlichen Untersuchung politischer, sozialer und gesellschaftlicher Entwicklungen fort. Dabei standen nicht nur die Gesamtbevölkerung, sondern immer wieder auch spezifische Teilgruppen der Bevölkerung wie z. B. Frauen, ältere Menschen und vor allem Jugendliche im Blickpunkt des Interesses.

Durch den raschen sozialen Wandel, technologische Innovationen und die fortschreitende Globalisierung mit daraus resultierenden, meist weltweiten Krisen, aber auch wegen der demographischen Entwicklungen ist die empirische Begleitung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Veränderungen notwendiger denn je geworden. Die aus der demographischen Entwicklung entstehenden Herausforderungen für die Sozialsysteme sowie wirtschaftliche und Arbeitsmarktprobleme mit immer enger werdenden Verteilungsspielräumen legten es nahe, nicht nur die Gesamtgesellschaft oder alternativ die Lage spezifischer Teilgruppen der Bevölkerung (z. B. Jugend, Senioren, Frauen) in einer überwiegend isolierten Betrachtungsweise in den Mittelpunkt der Forschungsaktivitäten zu stellen.

Der vorliegende Untersuchungsbericht setzt die Tradition der empirischen sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung fort.

Spezifische Zielgruppen werden im Vergleich zur Gesamtbevölkerung oder anderen Teilgruppen betrachtet.

Vielmehr wurde bei der Konzeption sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung für die Hanns-Seidel-Stiftung auch bei einer Fokussierung auf eine spezifische Zielgruppe wie z. B. Frauen oder Jugend immer Wert darauf gelegt, die Ergebnisse nicht isoliert nur für diese Zielgruppe, sondern in Verbindung mit anderen wichtigen Bevölkerungsgruppen bzw. der Gesamtbevölkerung darzustellen. Diese Vorgehensweise erleichtert es einerseits, Besonderheiten der im Fokus der Untersuchung stehenden Gruppe im Vergleich zur Gesamtbevölkerung oder anderen Teilgruppen herauszuarbeiten. Bei weitgehend identischen Einstellungen und Verhaltensprädisposition ist es andererseits aber auch besser möglich, durch Einbeziehung von Vergleichen mit Kontrollgruppen den falschen Eindruck zu vermeiden, dass eine bestimmte Teilgruppe eine vermeintliche „Sonderstellung“ einnimmt und völlig anders fühlt und denkt als der Rest der Bevölkerung.

Aus diesen Gründen wurde bereits in den 90er-Jahren das Konzept der Generationenforschung der Hanns-Seidel-Stiftung entwickelt. Dabei werden wichtige Einstellungen und Verhaltensweisen einer bestimmten Teilgruppe immer wieder mit der Gesamtbevölkerung oder besonders interessierenden Kontrollgruppen (Jugend vs. Senioren) verglichen.

Die jüngste Grundlagenuntersuchung zum Thema „Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl“ ist zwar im Hinblick auf Themen und Inhalte der Untersuchung keine Jugendstudie wie die 2019 durchgeführte Vorgängeruntersuchung. Sie führt aber im Hinblick auf die grundsätzliche Konzeption der Umfrage mit einer für die jüngeren Altersgruppen disproportionalen Stichprobe die Tradition der Generationenforschung in der Hanns-Seidel-Stiftung weiter fort. Analysen auf Basis aussagekräftiger Fallzahlen sind auch hier nicht nur für die jüngeren Altersgruppen, sondern auch für andere soziodemographische Teilgruppen möglich, die bei einem proportionalen Stichprobenansatz und einer relativ kleinen Gesamtstichprobe von 1.000 Befragten nicht durchführbar wären.

Bei den Hauptthemen der neuesten Untersuchung handelt es sich nicht um spezifische Einstellungen und Verhaltensbereiche, die primär für die jüngeren Altersgruppen besondere Relevanz besitzen. Im Vordergrund dieser Untersuchung stehen vielmehr Themen, deren Untersuchung in nahezu allen Bevölkerungsgruppen sinnvoll ist, wobei die spezielle Untersuchungsanlage differenzierte Analysen auch für kleinere Teilgruppen mit üblicherweise geringen, wenig aussagekräftigen Fallzahlen ermöglicht.

Schwerpunkte der neuesten Untersuchung waren u. a.:

- Grundstimmung in der Bevölkerung bzw. Zukunftserwartungen nach mehr als einem Jahr Corona-Pandemie,
- Wahrnehmung der wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ereignisse,
- aus Ereignissen abgeleitete Bedürfnisse und Forderungen an die Politik (Aufgaben),
- die Problemlösungsfähigkeit der Parteien für wichtige politische Aufgaben,
- momentanes und grundsätzliches Wahlverhalten,
- Wahlteilnahme und Selbsteinstufung als Wählertypus,
- weiteste Wählerkreise der Parteien,
- Unsicherheit bei Wahlteilnahme und Wahlentscheidung,
- Einstellungen zur Briefwahl und
- Koalitionspräferenzen.

In dieser Grundlagenuntersuchung der Hanns-Seidel-Stiftung wurde analog zur Vorgehensweise bei der Jugendstudie 2019 ein neues, zielgruppenadäquateres Stichproben- und Erhebungsverfahren eingesetzt, bei dem die Befragten sowohl per Festnetz als auch über Mobiltelefon und via Internet rekrutiert und interviewt wurden.

Für die ebenfalls erneut erfolgte regionale Begrenzung der Untersuchung auf Bayern sprechen unverändert mehrere Gründe. Zum einen bietet es sich für die in Bayern beheimatete Hanns Seidel-Stiftung an, Einstellungen zu politischen Themen nicht bundesweit für alle Länder im Vergleich mit Bayern, sondern nur für Bayern und dann aber auch differenziert für Teilgruppen und für die einzelnen Regionen Bayerns auf der Basis aussagekräftiger Fallzahlen zu untersuchen. Die Fokussierung auf Bayern bietet zudem die Möglichkeit, bereits existierende Zeitreihen aus früheren Generationenstudien weiter fortzuschreiben. Darüber hinaus können Unterschiede in den Regionen und Stadt-Land-Gegensätze trennschärfer als bei einer bundesweiten Untersuchung herausgearbeitet werden.

**Bereits existierende
Zeitreihen aus früheren
Generationenstudien
werden weiter
fortgeschrieben.**

2. Methodische Vorbemerkungen

Ziel ist die Ermittlung und Überprüfung politischer Einstellungen fünf Monate vor der Bundestagswahl.

Der vorliegende Untersuchungsbericht basiert auf den Ergebnissen einer repräsentativen sozialwissenschaftlichen Grundlagenuntersuchung der GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg. Die Befragung wurde im Frühjahr 2021 auf Basis einer repräsentativen Zufallsstichprobe unter der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung Bayerns mit deutscher Staatsangehörigkeit ab 17 Jahren durchgeführt.

Die Hauptzielsetzungen waren die Ermittlung und Überprüfung von Einstellungen und Verhaltensprädispositionen in Verbindung mit Politik etwa fünf Monate vor der Bundestagswahl im September vor dem Hintergrund der bereits mehr als ein Jahr andauernden Corona-Pandemie. Die im Rahmen des Interviews behandelten Themenbereiche betreffen wegen der seit mehr als einem Jahr andauernden Covid-19-Pandemie zum einen die allgemeine Grundstimmung in der Bevölkerung, zum anderen aber auch die konkrete Wahrnehmung wichtiger Ereignisse und die daraus abgeleiteten Forderungen an die Politik einschließlich der mit politischen Aufgaben verbundenen Lösungskompetenzen der Parteien.

Angesichts des näher rückenden Wahltermins am 26. September wurden aber auch neben der aktuellen Wahlabsicht weitere Einstellungen und Verhaltensprädispositionen in Verbindung mit dem Wahlverhalten untersucht. Dazu gehören unter anderem die Selbsteinstufung der Befragten in eine Wählertypologie, die Berechnung der weitesten Wählerkreise für die einzelnen Parteien, ferner die noch stark verbreitete Unsicherheit in Hinblick auf Wahlteilnahme und / oder die in der Umfrage geäußerte Wahlabsicht. Weitere Themen waren zudem Einstellungen und Verhaltensprädispositionen in Verbindung mit der Briefwahl sowie Koalitionspräferenzen in der Wählerschaft Bayerns.

Grundgesamtheit der Studie bildete die deutschsprachige (wahlberechtigte) Wohnbevölkerung innerhalb der politischen Grenzen Bayerns, die bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Bei den meist üblichen Stichprobenumfängen von $n = 1.000$ Befragten wären die Altersgruppen der 17- bis 24-Jährigen mit nur 91 Befragten und der 25- bis 34-Jährigen mit 144 Befragten in der Gesamtstichprobe vertreten. Dies hätte zu großen statistischen Schwankungsbreiten und zu wenig aussagekräftigen Ergebnissen für die im Zentrum der Untersuchung stehenden jüngeren Altersgruppen geführt.

Deshalb wurde eine disproportionale Stichprobe mit insgesamt 2.169 Interviews realisiert, bei der zusätzlich zur Basisstichprobe mit 1.480 Interviews eine Aufstockung der Fallzahlen um weitere 689 Interviews in den Altersgruppen 17 bis 24 Jahre, 25 bis 34 Jahre und 35 bis 44 Jahre erfolgte.

Dadurch konnten eine ausreichende Basisfallzahl mit etwa 400 Nettointerviews für alle im Stichprobenplan aufgeführten Altersgruppen gewährleistet und für jede Altersgruppe differenzierte Auswertungen ermöglicht werden.

Für die Gesamtauswertung der Untersuchung wurden die einzelnen Altersgruppen mit „aufgestockten“ Fallzahlen durch eine faktorielle Gewichtung proportionalisiert und damit wieder den tatsächlichen Größenverhältnissen in der Bevölkerung angepasst.

Altersgruppe	Anteil in %	Grundstichprobe n = 1.480	Aufstockung n = 708	Gesamtfallzahl n = 2.169
17 bis 24	8,9%	132	280	412
25 bis 34	14,3%	211	199	410
35 bis 44	14,0%	207	210	417
45 bis 59	27,1%	401	0	401
60 und älter	35,7%	529	0	529
Gesamt	100,0%	1.480	689	2.169

Angesichts der Tatsache, dass der Anteil der mit einer Festnetz-Telefonstichprobe schwer bzw. gar nicht erreichbaren Zielpersonen insbesondere bei jüngeren Altersgruppen stark angestiegen ist, wurde zur Optimierung der Stichprobe zudem erneut eine Methodenkombination vorgenommen. Dabei wurde die Grundstichprobe (n=1.480) zu 85 % aus Festnetz- und zu 15 % aus Mobilfunkteilnehmern (Dual Frame) gezogen. Dieses Vorgehen wurde auch für die Hälfte der Aufstockungstichprobe (17 bis 44 Jahre) gewählt, während die restliche Hälfte der Aufstockungstichprobe von insgesamt 689 Interviews im Rahmen eines Online Access-Panels rekrutiert und befragt wurde. In einem letzten Schritt wurden sodann die Dual Frame-Stichproben mit der Online-Stichprobe kombiniert.

Durch diesen Methodenmix bei der Stichprobenanlage und den Erhebungsmethoden ist gewährleistet, dass auch die Zielgruppen im Alter zwischen 17 bis 44 Jahren, die durch eine ausschließliche Festnetztelefonstichprobe schwer bzw. gar nicht erreichbar sind, adäquat in der Gesamtstichprobe vertreten sind.

Insgesamt wurden in der Zeit vom 6. April bis 7. Mai 2021 mit der Erhebungsmethode des computergestützten Telefoninterviews (CATI - Festnetz- / Mobiltelefon) und Online 2.169 Interviews realisiert. Auf der Basis der so gebildeten Zufallsstichprobe wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung Bayerns ab 17 Jahren befragt. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 22,5 Minuten.

Die Ergebnisdarstellung erfolgt in erster Linie im Hinblick auf die Merkmale Alter und Wahlabsicht.

In diesem Untersuchungsbericht erfolgt die Ergebnisdarstellung in erster Linie im Hinblick auf die Merkmale Alter und Wahlabsicht. Dabei wird im Regelfall zwischen drei bzw. vier Altersgruppen unterschieden: die Jungen (17- bis 34-Jährige), meist auch getrennt für die Teilgruppen 17 bis 24 Jahre und 25 bis 34 Jahre, Personen mittleren Alters (35- bis 59-Jährige) und Ältere (über 60-Jährige). Obwohl die Daten generell eine weitere interne Differenzierung der Jungen, der mittleren Altersgruppe und der Alten in jeweils zwei Untergruppen erlauben, wird in diesem Bericht auf diese Möglichkeit aus inhaltlichen und aus Platzgründen nur dann zurückgegriffen, wenn sich zwischen den Untergruppen erwähnenswerte Unterschiede ergeben. Ähnliches gilt auch für Differenzierungen der Ergebnisse nach Geschlecht, Regionen, Gemeindegröße oder dem Stadt-Land-Gegensatz. Diese werden in diesem Bericht nur dann vorgenommen, wenn signifikante Unterschiede in den Ergebnissen existieren.

3. Einzelergebnisse

3.1 Allgemeine Grundstimmung

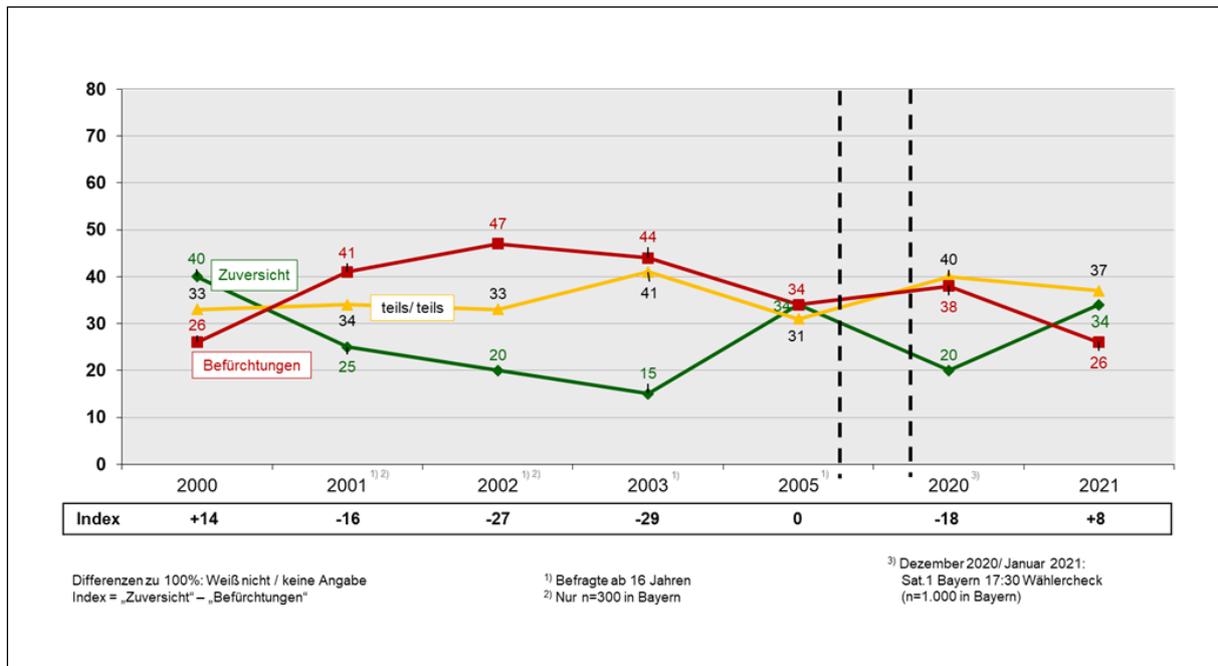
Bei langfristigen Zeitreihen sozialwissenschaftlicher Grundlagenuntersuchungen wird immer wieder erkennbar, dass die aktuelle Grundstimmung zum jeweiligen Befragungszeitpunkt kurzfristig erhebliche Einflüsse auch auf langfristig alles in allem eher stabile politische Einstellungen zu Politik und Wirtschaft ausüben kann. Diese sind oftmals aber nur temporärer Natur. Typische Beispiele hierfür sind stimmungsbedingte zeitweise Veränderungen der Akzeptanz des politischen Systems oder der sozialen Marktwirtschaft, die mit kurzfristig schwankenden wirtschaftlichen Einstellungen oder Zukunftserwartungen einhergehen.

Zur besseren Einordnung der Ergebnisse dieser Grundlagenuntersuchung in die aktuellen Kontextbedingungen ein gutes Jahr nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie wurden deshalb die allgemeinen Zukunftserwartungen in der Bevölkerung Bayerns als Stimmungsindikator erhoben. Auf die Frage, ob sie der Zukunft eher mit Zuversicht oder eher mit Befürchtungen entgegensehen, bekundeten die Befragten alles in allem einen verhaltenen Optimismus. 34 % der Befragten gaben sich eindeutig optimistisch. Eine relative Mehrheit von 37 % bekundete teilweise Optimismus und teilweise Skepsis, während eine Minderheit von 26 % eindeutig pessimistisch war (Abbildung 1, siehe folgende Seite).

Im langfristigen Zeitreihenvergleich ähnelt diese Grundstimmung noch am ehesten der Situation im Jahr 2000, obwohl damals der Anteil der vorbehaltlosen Optimisten mit 40 % noch größer war als die Gruppe der teilweisen Skeptiker (33 %). Auffällig ist, dass in den Folgeuntersuchungen, als es zum Platzen der Internetblase kam, die Zuversicht auf einem Tiefpunkt angelangt war und dass es erstmals 2005 wieder in etwa gleich große Anteile Zuversichtlicher (34 %) sowie teilweise (31 %) und auch eindeutig skeptischer Befragter (34 %) gab. Der in der neuesten Untersuchung erkennbar gewordene vorsichtige Optimismus, trotz des Fortdauerns und der Restriktionen aufgrund der Pandemie, ist unverkennbar eine neuere Entwicklung, da zum Ende des Jahres 2020 die Anteile der Befragten mit Befürchtungen die Optimisten noch deutlich überwogen (Abbildung 1).

Die aktuelle Grundstimmung kann politische Einstellungen zu Politik und Wirtschaft stark beeinflussen.

Abbildung 1: Die Entwicklung der allgemeinen Grundstimmung in Bayern seit 2000



Eine Differenzierung dieser Einstellungen nach soziodemographischen Merkmalen zeigt, dass in Ein-Personen-Haushalten mit Befragten ab 60 Jahren (41 %), bei CSU-Wählern (39 %) und auch in der Altersgruppe der 60- bis 74-Jährigen (38 %) überdurchschnittlich viele Zuversichtliche anzutreffen sind. Skeptische Zukunftserwartungen finden sich hingegen vergleichsweise häufiger in Ein-Personen-Haushalten mittleren Alters (45 bis 59 Jahre), bei Befragten, die seit weniger als neun Jahren in der jetzigen Region leben, in Oberfranken, bei katholisch nicht eng gebundenen Personen und bei Wählern der Linken, der AfD und der SPD (Abbildung I im Anhang).

Im Zeitreihenvergleich wird erkennbar, dass sich die allgemeine Grundstimmung in der Bevölkerung Bayerns seit Ende des vergangenen Jahres trotz des Andauerns der vor mehr als einem Jahr ausgebrochenen Pandemie und trotz erheblicher staatlicher Einschränkungen in Verbindung mit der Bekämpfung der Krankheit erheblich verändert hat. Ende des Jahres 2020 dominierten skeptische eindeutig die zuversichtlichen Zukunftserwartungen, während nunmehr der Zukunftsoptimismus die eindeutige Skepsis trotz eines gleichzeitig hohen Anteils Ambivalenter überwiegt. Offensichtlich haben verschiedene Lockerungen der Restriktionen und vor allem auch das zunehmende Tempo der Impfkampagne viele Menschen in Bayern dazu veranlasst, der Zukunft wieder mit mehr Zuversicht entgegen zu sehen.

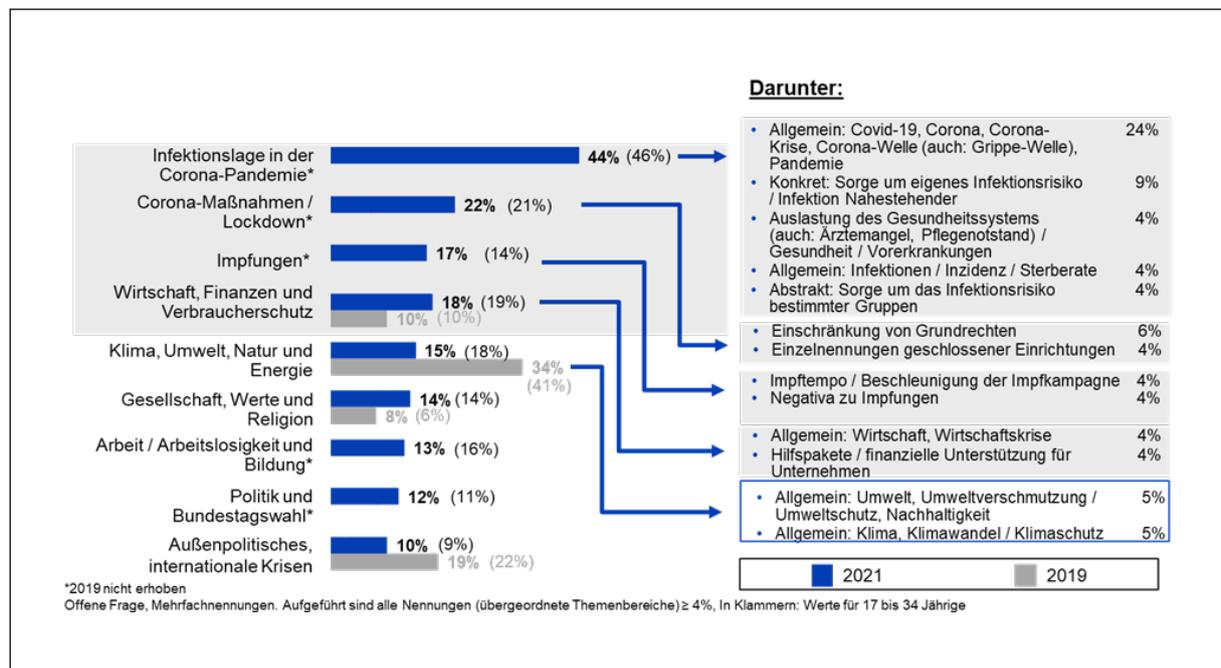
Unverkennbar ist aber auch, dass der größere Optimismus eher verhalten artikuliert wird, weil man zwar Licht am Ende des Tunnels sieht, aber gleichzeitig vermutet, dass die Probleme noch nicht überstanden sind.

3.2 Die wichtigsten politischen Ereignisse und Aufgaben

3.2.1 Ereignisse

In der vorliegenden Grundlagenuntersuchung wurde analog zur Jugendstudie 2019 erneut die offene Frage nach wichtigen politischen Ereignissen und Themen gestellt, die derzeit die Bevölkerung Bayerns bewegen und umtreiben. Die Antworten auf diese Frage erlauben Rückschlüsse darüber, welchen Stellenwert die Covid-19-Pandemie mehr als ein Jahr nach ihrem Ausbruch für die Bevölkerung Bayerns hat und inwieweit sich die Wahrnehmungen von Ereignissen im Vergleich zu der zwei Jahre zuvor durchgeführten Vorgängeruntersuchung unterscheiden (Abbildung 2). Außerdem kann durch Vergleich mit der offenen Frage nach den wichtigsten politischen Aufgaben überprüft werden, ob und inwieweit wichtige Ereignisse in Forderungen an die Politik umgesetzt werden.

Abbildung 2: Die wichtigsten Ereignisse und Themen



Die Corona-Pandemie dominiert die Wahrnehmung von Ereignissen und Geschehnissen im Frühjahr 2021.

Aus den Anwohnhäufigkeiten wird erkennbar, dass im Frühjahr 2021 die Wahrnehmung von Ereignissen und Geschehnissen in Verbindung mit der Corona-Pandemie alle anderen Themenbereiche dominiert und die vor zwei Jahren am häufigsten genannten Ereignisse in Verbindung mit dem Thema Klima, Umwelt, Natur und Energie vom ersten Rangplatz verdrängt haben. Wegen der hohen Nennungshäufigkeiten und der gleichzeitigen Komplexität der angesprochenen Einzelaspekte mussten die einzelnen Nennungen sogar in drei thematisch verschiedene Untergruppen zusammengefasst werden.

Am häufigsten mit insgesamt 44 % werden Wahrnehmungen und Ereignisse in Verbindung mit der Infektionslage angesprochen. Dabei geht es sowohl um die extrem hohen Infektionsziffern und Todesraten, aber auch um die damit verbundene Überlastung des Gesundheitssystems sowie auch um Sorgen wegen des Infektionsrisikos spezifischer, besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen. Danach folgt mit 22 % Nennungshäufigkeit die Bezugnahme auf die mit der Pandemie verbundenen Restriktionen bzw. den Lockdown mit entsprechenden Einschränkungen der Grundrechte und der Schließung vieler Einrichtungen. Der dritte Komplex von Ereignissen in Verbindung mit der Pandemie betrifft mit 17 % der Nennungen das Thema Impfungen, die vor allem wegen des Tempos kritisiert werden (Abbildung 2).

Gemessen an den Nennungshäufigkeiten findet sich an vierter Stelle mit Ereignissen aus Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz (18 %) erstmals ein klassischer, traditionell bedeutsamer Themenbereich aus dem Spektrum wichtiger Ereignisse. Bei detaillierter Betrachtung der Einzelaspekte wird deutlich, dass die dort erfolgten Wahrnehmungen ebenfalls im engen Zusammenhang mit der Pandemie stehen. Hier werden nämlich vor allem die durch die Pandemie hervorgerufene Wirtschaftskrise, die Notwendigkeit von Hilfspaketen und die finanzielle Unterstützung für bedrohte Unternehmen angesprochen (Abbildung 2).

Erst danach folgt die Erwähnung von Ereignissen in Verbindung mit dem Themenkomplex Klima, Umwelt, Natur und Energie (15 %), die in der Vorgängeruntersuchung im Jahr 2019 mit 34 % der Nennungen noch den ersten Rangplatz einnahmen. Danach folgen mit einer im Vergleich zu 2019 deutlich höheren Häufigkeit Nennungen zu Ereignissen, die unter dem Titel Gesellschaft, Werte und Religion zusammengefasst wurden (14 %). Hierbei handelt es sich häufig ebenfalls um Begleiterscheinungen der Pandemie wie zum Beispiel das Aufkommen von Verschwörungstheorien, Demonstrationen gegen die Beschränkungen, aber auch Gewalttätigkeit und verstärkten Hass in der Gesellschaft. Ferner werden mit zweistelligen Nennungshäufigkeiten auch Ereignisse aus dem Bereich Arbeit, Arbeitslosigkeit und Bildung (13 %), der Politik bzw. der anstehenden Bundestagswahl (12 %)

sowie außenpolitische Ereignisse und internationale Krisen (10 %) angesprochen (Abbildung 1). Auffällig ist, dass im Prinzip alle mit geringeren Nennungshäufigkeiten als früher üblich angesprochenen klassischen Themenbereiche aufgrund der dort thematisierten Einzelaspekte sehr stark mit der alles dominierenden Thematik der Covid-19-Pandemie verbunden werden (Abbildung 2).

Bei einer Differenzierung der Wahrnehmung wichtiger Ereignisse nach soziodemographischen Merkmalen ergeben sich im Hinblick auf das Geschlecht keine Unterschiede. Auch in den verschiedenen Altersgruppen sind nur relativ wenige Abweichungen vom Durchschnitt erkennbar. Alles in allem sprechen die 17- bis 34-Jährigen ähnlich den mittleren Jahrgängen zwischen 45 und 59 Jahren die Pandemie in allgemeiner Form vergleichsweise etwas häufiger an. Die Jüngeren artikulieren in diesem Zusammenhang auch Sorgen im Hinblick auf die Arbeitsplätze und nehmen vergleichsweise häufiger Ereignisse in Verbindung mit dem Klimawandel und der Umwelt wahr (Abbildung 2 und Tabelle I im Anhang).

Unterschiede ergeben sich hingegen bezüglich der Wahrnehmung wichtiger Ereignisse und Geschehnisse bei einer Differenzierung nach der Wahlabsicht. CSU-Wähler verweisen vergleichsweise häufiger auf die Pandemie in allgemeiner Form und seltener auf das Klima, sprechen ansonsten aber Ereignisse weitgehend entsprechend dem Durchschnitt aller Befragten an (Tabelle 1). Bei den Wählern der Grünen ist das Bild genau umgekehrt. Sie nehmen Ereignisse aus dem Bereich Klima, Natur und Umweltschutz mehr als doppelt so häufig wahr wie der Durchschnitt aller Befragten, erwähnen gleichzeitig aber die Maßnahmen gegen Corona und die Politik in Deutschland deutlich seltener. Die Anhänger der FDP thematisieren weniger die Pandemie in allgemeiner Form, sprechen dafür aber weit über dem Durchschnitt Restriktionen und Lockdown an, während Klima und Umwelt sowie die Politik in Deutschland für sie eine relativ untergeordnete Rolle spielen (Tabelle 1).

Auch die Wähler der AfD thematisieren ähnlich wie die FDP-Wähler die Pandemie in allgemeiner Form und den Klimawandel vergleichsweise selten, nehmen im Gegenzug aber offenbar Ereignisse wie Lockdown und Beschränkungen, aber auch die schleppende Impfkampagne sowie Geschehnisse im Bereich Wirtschaft und Finanzen und in Verbindung mit der Thematik Gesellschaft, Werte und Religion überdurchschnittlich oft wahr. SPD-Wähler scheinen etwas stärker auf die Bereiche Wirtschaft und Finanzen sowie Klima und Umweltschutz fokussiert zu sein, während die Wähler der Linken die Pandemie in allgemeiner Form, aber auch Gesellschaft, Werte und Religion sowie Ereignisse aus dem Bereich Arbeitsplätze häufiger thematisieren (Tabelle 1).

CSU-Wähler verweisen häufiger auf die Pandemie und seltener auf das Klima.

Tabelle 1: Die wichtigsten politischen Ereignisse und Themen nach Wahlabsicht

	Gesamt									
		CSU	Grüne	FDP	AfD	SPD	Linke	FW	Sonstige	Nicht-Wähler
Infektionslage in der Corona-Pandemie	44	50	45	35	27	46	49	48	38	37
Corona-Maßnahmen / Lockdown	22	19	18	31	31	22	19	34	28	19
Impfungen	17	16	17	17	23	14	17	13	21	18
Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz	18	20	20	15	25	32	18	24	16	14
Klima, Umwelt, Natur und Energie	15	12	36	3	3	20	14	18	10	6
Gesellschaft, Werte und Religion	14	15	14	14	22	13	20	12	12	10
Arbeit / Arbeitslosigkeit und Bildung	13	12	13	14	15	15	26	12	7	13
Politik und Bundestagswahl	12	12	8	8	10	5	8	10	11	24
Außenpolitisches, internationale Krisen	10	13	9	8	10	11	8	1	4	7

Offene Frage, Mehrfachnennungen. Aufgeführt sind alle Nennungen (übergeordnete Themenbereiche) $\geq 4\%$

Die Anhänger der Freien Wähler beziehen sich häufiger auf die Pandemie in allgemeiner Form sowie auch auf die damit verbundenen Beschränkungen und die unverkennbaren wirtschaftlichen Folgen von Covid-19. Wähler der sonstigen Parteien und derzeit Unentschlossene tendieren dazu, Ereignisse aus fast allen Bereichen etwas seltener wahrzunehmen. Ausgenommen davon sind Ereignisse in Verbindung mit den Corona-Maßnahmen und der Impfkampagne, die von den Wählern der sonstigen Parteien häufiger erwähnt werden (Tabelle 1).

Im Hinblick auf die Ortsgröße und die Regionen in Bayern gibt es nur wenige Unterschiede in der Wahrnehmung wichtiger Ereignisse. In Schwaben wird die Pandemie häufiger in allgemeiner Form thematisiert, während Restriktionen und Lockdown eher in Oberbayern (ohne Großraum München) angesprochen werden (Tabelle II im Anhang).

Offenkundig gibt es in Verbindung mit den wichtigen Ereignissen selektive Wahrnehmungsprozesse, die dazu führen, dass jüngere Wähler ähnlich den mittleren Jahrgängen die Pandemie in allgemeiner Form vergleichsweise häufiger wahrnehmen und zudem in diesem Zusammenhang auch eher Sorgen im Hinblick auf die Arbeitsplätze und ihr Kernthema Klima und Umwelt äußern. Die deutlichsten Unterschiede bezüglich der Wahrnehmung der wichtigsten Ereignisse ergeben sich jedoch im Hinblick auf die momentane Wahlabsicht. Es wird deutlich, dass die Anhängerschaften der einzelnen Parteien jeweils Ereignisse und Geschehnisse überdurchschnittlich wahrnehmen, die von der jeweils bevorzugten Partei besonders intensiv thematisiert werden.

3.2.2 Politische Aufgaben und deren Relevanz für das Wahlverhalten

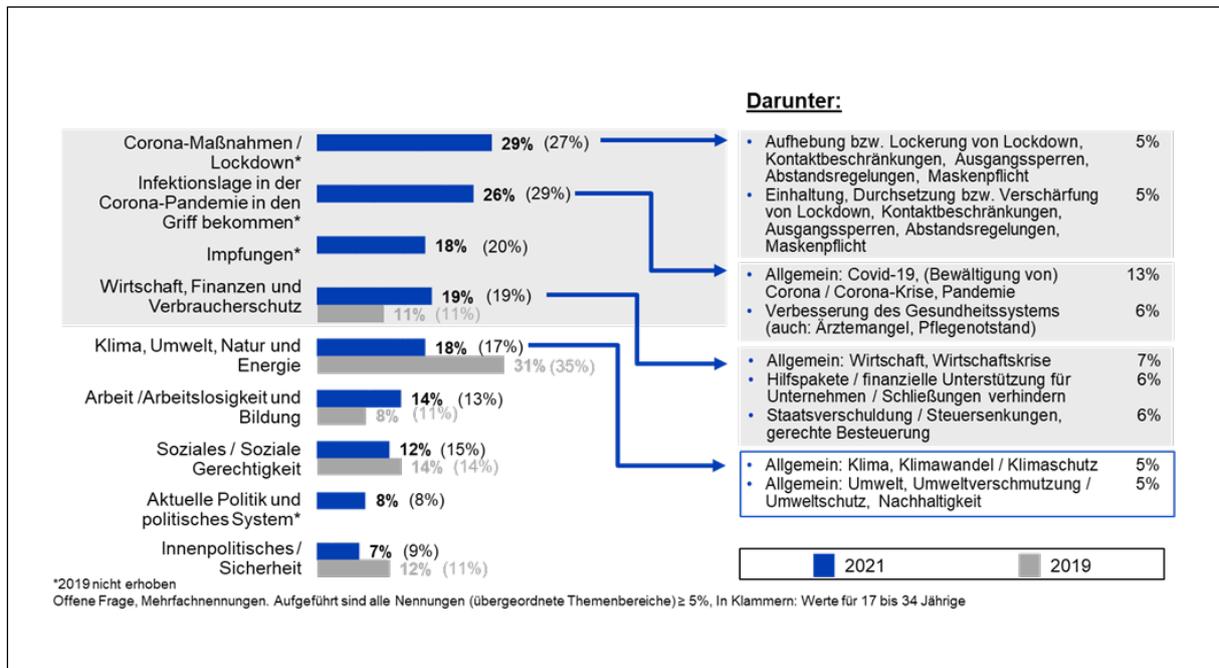
Die aus den wichtigen Ereignissen und aktuellen Themen abgeleiteten Forderungen an die Politik werden bei den Antworten auf die (offene) Frage nach den wichtigsten politischen Aufgaben erkennbar. Erwartungsgemäß liegt auch hier der Themenbereich Corona-Pandemie bei den Nennungshäufigkeiten auf den vorderen Plätzen. Allerdings liegen bei den politischen Aufgaben gemessen an den Nennungshäufigkeiten die ergriffenen Maßnahmen und der Lockdown (29 %) im Gegensatz zu den Ereignissen noch vor allgemeinen Forderungen zur Verbesserung der Pandemiebekämpfung (26 %; Abbildung 3).

Die politischen Aufgaben in Verbindung mit der Impfkampagne finden sich wie bei den wichtigsten Ereignissen auf dem dritten Rangplatz (18 %). Aber auch Sachthemen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik (19 %), meist mit engen Bezügen zur Corona-Pandemie, werden gleich häufig angesprochen. In dieser Größenordnung bewegen sich auch Forderungen und Erwartungen an die Politik in Verbindung mit dem Themenkomplex Klima, Umwelt, Natur und Energie (18 %), der vor zwei Jahren mit großem Vorsprung vor allen anderen Themenbereichen noch den ersten Rangplatz einnahm (Abbildung 3).

Ferner bewegen sich politische Aufgaben zu den Themenkomplexen Arbeit / Arbeitslosigkeit und Bildung (14 %) sowie Soziales / soziale Gerechtigkeit (12 %) in der neuesten Untersuchung ebenfalls noch im zweistelligen Bereich, während Sachthemen wie die aktuelle Politik und politisches System (8 %) sowie Innenpolitik / Innere Sicherheit (7 %) nur von weniger als 10 % der Befragten in Bayern angesprochen werden. Ähnlich wie bei den Ereignissen ergibt sich somit auch bei den derzeit wichtigsten politischen Aufgaben ein völlig anderes Bild als bei der 2019 durchgeführten Vorgängeruntersuchung.

Zu den wichtigsten politischen Aufgaben gehören Maßnahmen und Lockdown.

Abbildung 3: Die wichtigsten politischen Aufgaben in Deutschland



Zum einen findet sich in dem aktuellen Katalog der Forderungen an die Politik durch die seit mehr als einem Jahr grassierende Corona-Pandemie eine Reihe völlig neuer Themen, die die früher besonders wichtigen politischen Aufgaben dominieren und teilweise fast völlig überlagern. Zum anderen werden die Teilaspekte sogenannter klassischer politischer Aufgabenbereiche wie Wirtschaft und Finanzen oder Soziales aufgrund der Pandemie durch völlig neue Erwartungen (Hilfsprogramme, soziale Absicherung der Pandemiefolgen) geprägt. Hinzu kommt, dass es innerhalb der sogenannten traditionellen politischen Aufgabenbereiche auch erhebliche Verschiebungen in den Nennungshäufigkeiten gegeben hat. So werden politische Aufgaben in Verbindung mit den Themenbereichen Innere Sicherheit, Soziales / soziale Gerechtigkeit und vor allem Klima, Umwelt und Natur im Vergleich zu 2019 deutlich seltener angesprochen, während gleichzeitig Aufgaben in Verbindung mit Wirtschaft, Finanzen, Verbraucherschutz sowie Arbeit und Bildung häufiger genannt werden als vor zwei Jahren (Abbildung 3).

Differenziert man die genannten wichtigsten politischen Aufgaben nach soziodemographischen Merkmalen, so ergeben sich zwischen Frauen und Männern keine signifikanten Unterschiede in den Nennungshäufigkeiten. Bei den Altersgruppen fällt auf, dass jüngere Befragte zwischen 17 und 34 Jahren häufiger Aufgaben ansprechen, die mit der Beherrschung der Infektionslage

in der Corona-Pandemie sowie der Verbesserung des Klima- und Umweltschutzes zu tun haben (Tabelle 2).

In der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen werden hingegen Aufgaben in Verbindung mit dem Themenbereich Soziales / soziale Gerechtigkeit häufiger angesprochen, während in den mittleren Altersjahrgängen (45 bis 59 Jahre) staatliche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und bei den 60- bis 74-Jährigen der Themenbereich der Pandemiebekämpfung in allgemeiner Form vergleichsweise seltener als politische Aufgaben genannt werden (Tabelle 2).

Wesentlich differenzierter ist hingegen das Bild, wenn man die Nennungshäufigkeiten für die wichtigsten politischen Aufgaben differenziert nach der Wahlabsicht betrachtet. Die CSU-Wähler sprechen nur die Bekämpfung der Corona-Pandemie in allgemeiner Form sowie Themen in Verbindung mit der Inneren Sicherheit überdurchschnittlich oft an, während die Wähler der Grünen neben der Bekämpfung der Infektion allgemein die Themenbereiche Soziales / soziale Gerechtigkeit und vor allem Klima, Umwelt, Natur und Energie weit überdurchschnittlich oft als politische Aufgaben bezeichnen (Tabelle 3).

Tabelle 2: Die wichtigsten politischen Aufgaben nach Alter und Geschlecht

	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-34	35-44	45-59	60-74	75+	Männlich	Weiblich
Corona-Maßnahmen / Lockdown	29	28	26	24	32	30	28	30
Infektionslage in der Corona-Pandemie in den Griff bekommen	26	30	29	29	21	25	26	26
Impfungen	18	17	18	16	18	18	18	18
Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz	19	16	21	21	18	19	21	17
Klima, Umwelt, Natur und Energie	18	22	19	20	16	18	20	17
Arbeit / Arbeitslosigkeit und Bildung	14	11	14	15	13	15	14	14
Soziales / Soziale Gerechtigkeit	12	14	16	13	10	12	13	11
Aktuelle Politik und politisches System	8	9	8	7	7	8	7	8
Innenpolitisches / Sicherheit	7	7	9	7	8	7	8	7

Offene Frage, Mehrfachnennungen. Aufgeführt sind alle Nennungen (übergeordnete Themenbereiche) ≥ 5%.

Tabelle 3: Die wichtigsten politischen Aufgaben nach Wahlabsicht

	Gesamt									
		CSU	Grüne	FDP	AfD	SPD	Linke	FW	Sonstige	Nicht-Wähler
Corona-Maßnahmen / Lockdown	29	27	23	40	41	31	29	42	36	25
Infektionslage in der Corona-Pandemie in den Griff bekommen	26	31	33	21	15	26	32	20	24	16
Impfungen	18	21	20	19	13	19	11	23	16	14
Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz	19	22	16	33	28	19	18	25	10	10
Klima, Umwelt, Natur und Energie	18	15	47	1	4	23	16	26	11	8
Arbeit / Arbeitslosigkeit und Bildung	14	15	16	9	9	19	35	13	7	13
Soziales / Soziale Gerechtigkeit	12	9	17	4	5	26	52	6	17	7
Aktuelle Politik und politisches System	8	5	5	5	9	2	1	2	8	17
Innenpolitisches / Sicherheit	7	11	9	4	7	11	14	13	10	3

Offene Frage, Mehrfachnennungen. Aufgeführt sind alle Nennungen (übergeordnete Themenbereiche) ≥ 5%.

Die Wähler der FDP nennen hingegen Aufgaben in Verbindung mit der Bekämpfung der Pandemie allgemein und ganz besonders auch die Themenbereiche Klima, Umwelt und Natur sowie Arbeit / Arbeitslosigkeit und Soziales / soziale Gerechtigkeit vergleichsweise seltener. Sie stellen dafür aber die Wirtschafts- und Finanzpolitik mit entsprechenden Hilfsmaßnahmen und Forderungen zur Lockerung staatlicher Restriktionen stärker in den Vordergrund. Bei der Setzung dieser Schwerpunkte ähneln sie den AfD-Wählern, die zudem deutlich weniger Aufgaben in Verbindung mit der Impfkampagne nennen (Tabelle 3).

Wähler der SPD betonen hingegen nicht ganz unerwartet überdurchschnittlich oft politische Aufgaben in den Bereichen Klima, Umwelt und Natur, bei Arbeit / Arbeitslosigkeit und Soziales / soziale Gerechtigkeit, aber auch bei der Inneren Sicherheit. Mit ihren Anforderungen ähneln sie sehr stark den Anhängern der Linkspartei, die diese Forderungen noch etwas häufiger erheben und zusätzlich die Notwendigkeit zur Pandemiebekämpfung allgemein überdurchschnittlich oft betonen (Tabelle 3).

Die Wähler der sonstigen Parteien äußern hingegen überdurchschnittlich oft Forderungen gegenüber der Politik im Hinblick auf Rücknahme staatlicher Beschränkungen und Restriktionen im Rahmen der Pandemiebekämpfung sowie bezüglich des sozialen Ausgleichs für erlittene wirtschaftliche Schäden. Die Gruppe der derzeitigen Nichtwähler unterscheidet sich von den Anhängerschaften der anderen Parteien deutlich. Sie artikulieren überdurchschnittliche Erwartungen an die Politik nur im Hinblick auf die Abstellung verschiedener Missstände, die bei ihnen zu Politikverdrossenheit geführt haben. Ansonsten werden in allen anderen politischen Themenbereichen wichtige Aufgaben vergleichsweise deutlich seltener genannt (Tabelle 3).

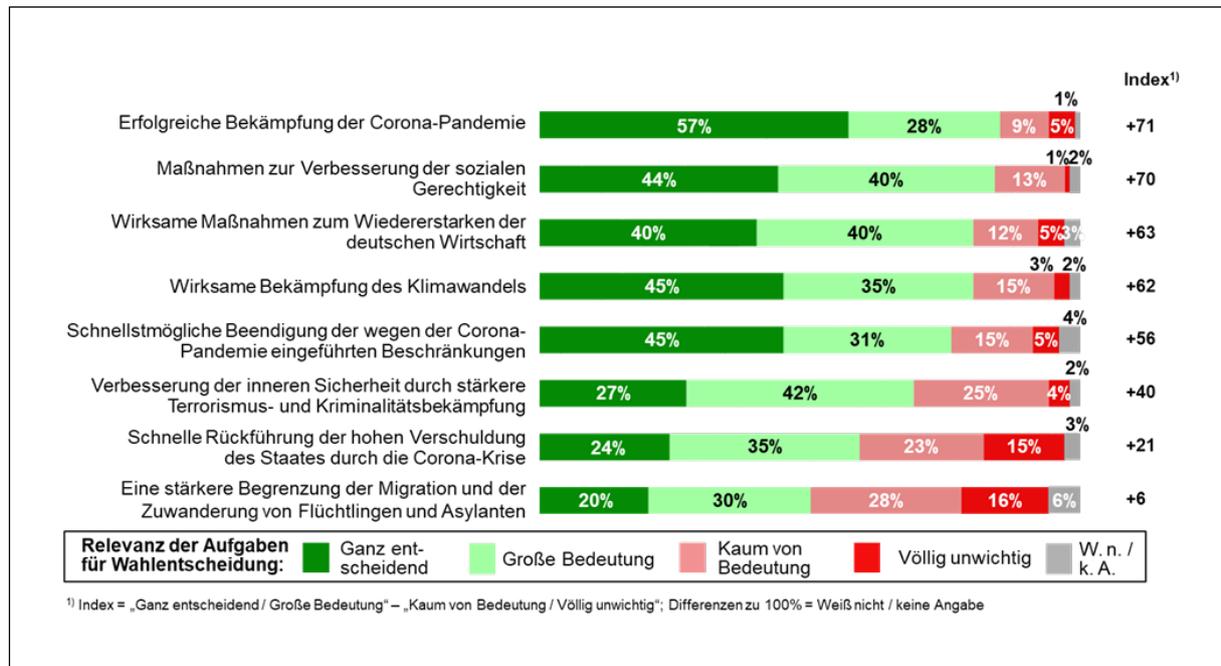
Wenn es um die Relevanz spezifischer politischer Aufgaben geht, dient bei der offenen Frage nach den wichtigsten politischen Aufgaben üblicherweise die Nennungshäufigkeit, mit der ein Sachthema angesprochen wird, als Kriterium für Relevanz. Alternativ kann aber auch bei einer gestützten Abfrage von vorgegebenen politischen Sachthemen ermittelt werden, ob und in welchem Ausmaß die jeweilige Aufgabe für die Wahlentscheidung von Bedeutung ist. Diese alternative Form der Abfrage wurde im Rahmen dieser Grundlagenuntersuchung in Ergänzung zu der offenen, ungestützten Abfrage nach wichtigen politischen Aufgaben ebenfalls eingesetzt, um die Relevanz einiger vorab ausgewählter Sachthemen für die Wahlentscheidung überprüfen und gegebenenfalls mit den Antworten aus den offenen Fragen vergleichen zu können.

Zu diesem Zweck wurden den Befragten in zufälliger Reihenfolge acht politische Aufgaben vorgelesen. Die Befragten wurden gebeten, anhand einer Verbalskala anzugeben, ob für sie die jeweilige politische Aufgabe für ihre Wahlentscheidung ganz entscheidend, von großer Bedeutung, kaum von Bedeutung oder völlig unwichtig ist. Die Ergebnisse belegen, dass auch bei einer gestützten Frageformulierung die „erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie“ höchste Priorität besitzt. Für 57 % der Befragten war diese Aufgabe für ihre Wahlentscheidung ganz entscheidend und für weitere 28 % von großer Bedeutung (Abbildung 4).

In der Rangfolge der Wichtigkeit befinden sich an zweiter Stelle „Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit“, die von 44 % als entscheidend und von weiteren 40 % als von großer Bedeutung bezeichnet werden. Dieser Aufgabenbereich wurde bei der offenen Frage nur von 12 % angesprochen und landete somit in der Rangfolge der Nennungshäufigkeiten nur auf dem siebten Platz unter weniger prioritären politischen Aufgaben. Die deutlich höheren Relevanzeinstufungen bei der gestützten Abfrage sind ein Beleg dafür, dass vielen Wählern zumindest derzeit das Thema der sozialen Gerechtigkeit nicht spontan als wahlentscheidend einfällt, sondern erst dann als wichtig eingestuft wird, wenn es zuvor konkret angesprochen wurde (Abbildung 4).

Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit sind der zweitwichtigste Aspekt bei der Wahlentscheidung.

Abbildung 4: Für die Wahlentscheidung relevante politische Aufgaben



Dessen ungeachtet bestätigen die Ergebnisse der gestützten Abfrage der Relevanz ausgewählter politischer Sachthemen für die Wahlentscheidung weitgehend die zuvor bei der offenen Frage ermittelte Rangfolge. So werden neben der Bekämpfung der Pandemie auch wirksame Maßnahmen zum Wiedererstarren der deutschen Wirtschaft, eine effektive Bekämpfung des Klimawandels und die schnellstmögliche Beendigung der wegen der Pandemie eingeführten Beschränkungen von jeweils mindestens 40 % der Befragten als ganz entscheidend bezeichnet. Deutlich geringere Quoten von weniger als 30 % für „ganz entscheidend“ finden sich hingegen bei der Verbesserung der Inneren Sicherheit, der schnellen Rückführung der hohen Verschuldung des Staates durch die Corona-Krise und vor allem im Hinblick auf eine stärkere Begrenzung der Migration und der Zuwanderung (Abbildung 4).

Auch bei einer Differenzierung der gestützten Abfrage der Relevanz politischer Aufgaben nach dem Alter ergeben sich ähnliche Einstellungsmuster wie bei der offenen Frage. Die jüngeren Befragten zwischen 17 und 34 Jahren betonen überdurchschnittlich oft die Bekämpfung des Klimawandels, aber auch die schnelle Rückführung der Staatsverschuldung durch die Pandemie, sehen dafür aber etwas seltener die Notwendigkeit zur Verbesserung der Inneren Sicherheit.

Die geringere Relevanz der Inneren Sicherheit findet sich auch bei den 35- bis 44-Jährigen, während in der Befragtengruppe ab 75 Jahren soziale Gerechtigkeit, Maßnahmen zum Wiedererstarken der Wirtschaft und eine schnelle Rückführung der Staatsverschuldung weniger oft angesprochen werden (Tabelle 4).

In den Altersgruppen zwischen 45 und 59 Jahren gibt es im Hinblick auf die Relevanz spezifischer politischer Aufgaben keine signifikanten Abweichungen (Tabelle 4). Dies gilt auch für das Geschlecht, die politische Ortsgröße und mit einer Ausnahme auch für die Regionen, da in der Oberpfalz die stärkere Begrenzung der Migration überdurchschnittlich oft angesprochen wird.

Erwartungsgemäß ergeben sich bei einer Differenzierung der Nennungshäufigkeiten für die Relevanz politischer Sachthemen nach der momentanen Wahlentscheidung deutlich größere Unterschiede. Für CSU-Wähler sind die Bekämpfung der Corona-Pandemie, die Verbesserung der Inneren Sicherheit und eine stärkere Begrenzung der Migration überdurchschnittlich, die schnellstmögliche Beendigung der durch die Pandemie eingeführten Beschränkungen hingegen weniger wichtig.

Tabelle 4: Für die Wahlentscheidung relevante Aufgaben nach Alter

	Gesamt	Alter				
		17-34	35-44	45-59	60-74	75+
Erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie	85	85	83	84	84	84
Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit	84	84	82	85	84	81
Wirksame Maßnahmen zum Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft	80	81	79	78	82	76
Wirksame Bekämpfung des Klimawandels	80	83	79	78	78	79
Schnellstmögliche Beendigung der wegen der Corona-Pandemie eingeführten Beschränkungen	76	78	78	75	76	74
Verbesserung der Inneren Sicherheit durch stärkere Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung	69	66	65	70	71	70
Schnelle Rückführung der hohen Verschuldung des Staates durch die Corona-Krise	59	62	59	59	58	56
Eine stärkere Begrenzung der Migration und der Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylanten	50	48	52	52	50	49

Basis: Alle Befragten

Tabelle 5: Für die Wahlentscheidung relevante Aufgaben nach Wahlabsicht

	Gesamt	CSU	Grüne	FDP	AfD	SPD	Linke	FW	Sons-tige	Nicht Wähler
Erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie	85	92	91	88	82	89	90	83	83	68
Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit	84	82	92	80	82	85	98	78	86	79
Wirksame Maßnahmen zum Wiedererstarren der deutschen Wirtschaft	80	90	84	79	88	90	59	90	87	59
Wirksame Bekämpfung des Klimawandels	80	83	96	69	66	82	85	76	75	82
Schnellstmögliche Beendigung der wegen der Corona-Pandemie eingeführten Beschränkungen	76	72	72	89	87	73	81	77	87	77
Verbesserung der Inneren Sicherheit durch stärkere Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung	69	78	64	82	84	72	72	68	77	51
Schnelle Rückführung der hohen Verschuldung des Staates durch die Corona-Krise	59	62	53	80	68	66	42	67	50	54
Eine stärkere Begrenzung der Migration und der Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylanten	50	54	27	60	87	44	28	73	62	56

Basis: Alle Befragten

Bei den Wählern der Grünen ergeben sich ebenfalls überdurchschnittliche Werte für die erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie. Daneben sind den Grünen-Wählern aber auch Maßnahmen zum Wiedererstarren der Wirtschaft und vor allem die Bekämpfung des Klimawandels vergleichsweise wichtiger. Geringere Priorität genießen in dieser Wählergruppe hingegen die schnelle Beendigung der pandemiebedingten Beschränkungen, die Innere Sicherheit, die schnelle Rückführung der durch Corona hervorgerufenen Staatsverschuldung und vor allem die stärkere Begrenzung der Migration (Tabelle 5).

Hinsichtlich der Forderungen im Hinblick auf spezifische politische Sachthemen ergeben sich zwischen den Wählern der FDP und der AfD teilweise erhebliche Übereinstimmungen. Beide Wählergruppen sehen die Beendigung der durch Corona eingeführten Beschränkungen, eine Verbesserung der Inneren Sicherheit, die schnelle Rückführung der hohen Staatsverschuldung durch Corona sowie auch eine stärkere Begrenzung der Migration überdurchschnittlich oft als wichtig an. Gleichzeitig ergeben sich in beiden Wählerlagern vergleichsweise geringere Quoten für die Bekämpfung des Klimawandels. Allerdings sprechen sich FDP-Wähler weder vergleichsweise

seltener für Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit aus, während die Wähler der AfD überdurchschnittlich oft für Maßnahmen zum Wiedererstarren der deutschen Wirtschaft eintreten (Tabelle 5).

Ähnlichkeiten bezüglich der Prioritäten für politische Sachthemen sind auch zwischen den Wählern der SPD und der Linken zu erkennen. Beide Wählergruppen sprechen sich überdurchschnittlich oft für eine erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie und vor allem für Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit aus. Im Gegenzug gibt es deutlich geringere Präferenzen für eine stärkere Begrenzung der Migration in beiden Wählerlagern. Ansonsten gibt es aber teilweise erhebliche Unterschiede, da die Wähler der SPD das Wiedererstarren der deutschen Wirtschaft und eine schnelle Rückführung der Staatsverschuldung überdurchschnittlich oft als wichtig bezeichnen, während die Wähler der Linken vergleichsweise häufiger die Bekämpfung des Klimawandels und die schnelle Beendigung der Beschränkungen als wichtiges Sachthema favorisieren (Tabelle 5).

Die Anhänger der Freien Wähler und der sonstigen Parteien weisen hingegen nur wenige Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Priorisierung spezifischer Sachthemen auf. Beide Wählergruppen sehen überdurchschnittlich oft Maßnahmen zum Wiedererstarren der deutschen Wirtschaft und vor allem auch eine stärkere Begrenzung der Migration als wichtige politische Aufgaben an, betonen hingegen die wirksame Bekämpfung des Klimawandels vergleichsweise seltener. Für die Anhänger der Freien Wähler spielen darüber hinaus zusätzliche Maßnahmen zur Rückführung der Staatsverschuldung eine überdurchschnittliche und die Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit eine vergleichsweise geringere Rolle. Bei den Wählern der sonstigen Parteien fallen hingegen die überdurchschnittlichen Präferenzen für eine schnelle Beendigung der durch Corona bedingten Beschränkungen und für eine Verbesserung der Inneren Sicherheit ins Auge (Tabelle 5).

Die Gruppe der derzeitigen Nichtwähler unterscheidet sich vom Rest der Befragten im Wesentlichen dadurch, dass mit Ausnahme des Klimawandels und der schnellstmöglichen Beendigung der Beschränkungen alle anderen Aufgaben bei der gestützten Abfrage unterdurchschnittlich oft als entscheidend oder von großer Bedeutung bezeichnet werden (Tabelle 5).

Anhänger der Freien Wähler erwarten vor allem Maßnahmen zum Wiedererstarren der deutschen Wirtschaft.

3.2.3 Die Lösungskompetenz der Parteien für politische Aufgaben

Angesichts des stark veränderten Spektrums für zentrale, teils völlig neue politische Aufgaben ist die Frage von besonderem Interesse, welchen Parteien insbesondere bei den neuen Themen mit hoher Relevanz für die Wahlentscheidung eine große Lösungskompetenz zugeschrieben wird. Diese wurde in Verbindung mit der offenen Frage nach den wichtigsten politischen Aufgaben für jedes genannte Einzelthema ermittelt. Die Ergebnisse belegen, dass es in den vergangenen beiden Jahren nicht nur erhebliche Veränderungen im Spektrum der genannten wichtigen politischen Aufgaben, sondern auch bei der Zuweisung der Lösungskompetenzen gegeben hat (Abbildung 5).

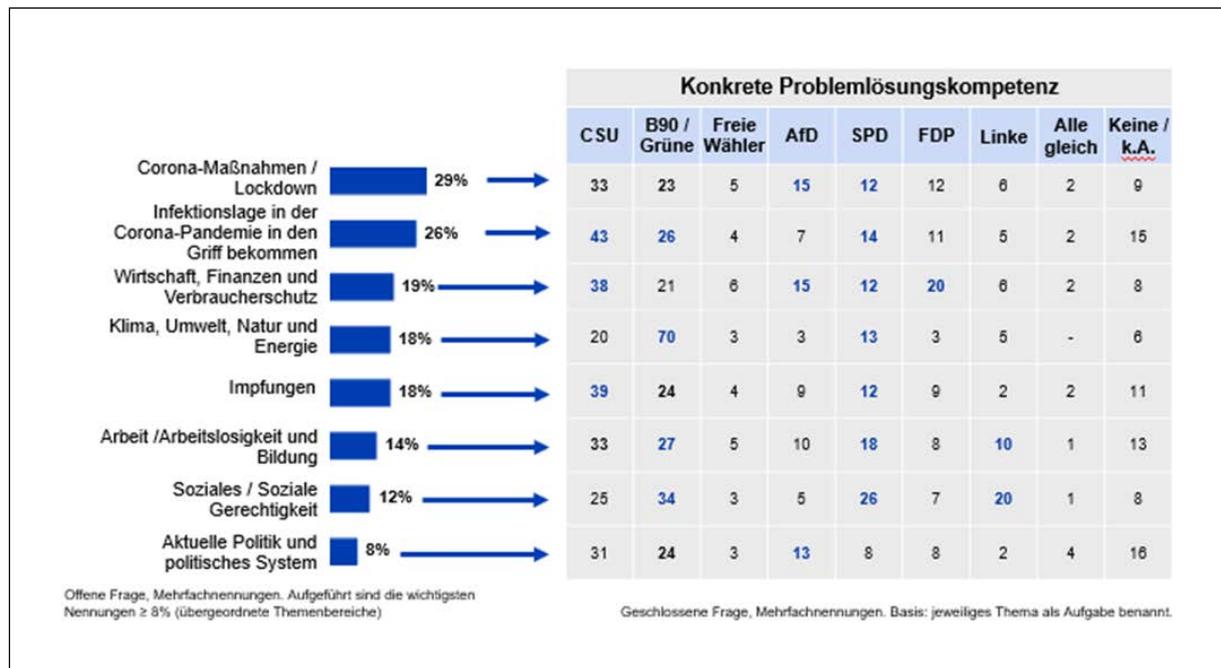
Von einer vergleichsweise guten Lösungskompetenz kann grundsätzlich immer dann ausgegangen werden, wenn eine Partei bei einer politischen Aufgabe eine Kompetenzquote erzielt, die bei oder über ihrem in der Umfrage erreichten Stimmanteil bei der Wahlabsicht liegt. Eine besonders hohe Lösungskompetenz ist allerdings erst dann vorhanden, wenn die von einer Partei erzielte Kompetenzquote zudem auch noch deutlich über den Kompetenzwerten für die anderen Parteien liegt. Ein hoher Kompetenzvorsprung einer Partei für eine besonders wichtige politische Aufgabe könnte angesichts der stetigen Abnahme grundsätzlicher Parteibindungen bei einem an Sachthemen orientierten Wähler Anlass bieten, die bisherige Wahlentscheidung nochmals zu überdenken.

Vom Klima abgesehen gibt es bei keinem Sachthema mehr ein Kompetenzmonopol für eine einzelne Partei.

Die Kompetenzzuweisungen für die einzelnen Parteien im Frühjahr 2021 für die acht wichtigsten Themenbereiche lassen erkennen, dass es von einer einzigen Ausnahme abgesehen bei keinem Sachthema mehr ein Kompetenzmonopol für eine einzelne Partei gibt. Diese Ausnahme betrifft den Themenbereich Klima, Umwelt und Natur, bei dem die Grünen eine Kompetenzquote von 70 % erzielen können, die in etwa dreimal größer ist als der von den Grünen bei der Bundestagswahlabsicht in Bayern erzielte Stimmanteil. Darüber hinaus wird deutlich, dass die Grünen neben dem Kompetenzmonopol im Umweltbereich mit Ausnahme des Bereichs Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz auch bei allen anderen Themenbereichen respektable Kompetenzquoten erzielen, die zumindest bei oder sogar über ihrem Ergebnis bei der Wahlabsichtsfrage liegen (Abbildung 5).

Die CSU erreicht zwar bei sechs der acht zentralen Themenbereiche Kompetenzvorsprünge vor den Grünen, kann aber nur bei den Sachthemen „Infektionslage in den Griff bekommen“, Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz sowie „Verbesserung der Impfkampagne“ Kompetenzquoten erzielen, die deutlich über dem bei der Wahlabsicht erreichten Wert liegen.

Abbildung 5: Lösungskompetenz für die wichtigsten politischen Aufgaben



Darüber hinaus bleibt es neben dem Kompetenzdefizit der CSU in Verbindung mit dem Umweltschutz auch bei dem traditionellen Kompetenzdefizit in der Sozialpolitik, weil hier bereits die Anmutung der Begriffe Soziales bzw. soziale Gerechtigkeit Kompetenzvermutungen zugunsten der SPD und der Grünen auslöst (Abbildung 5).

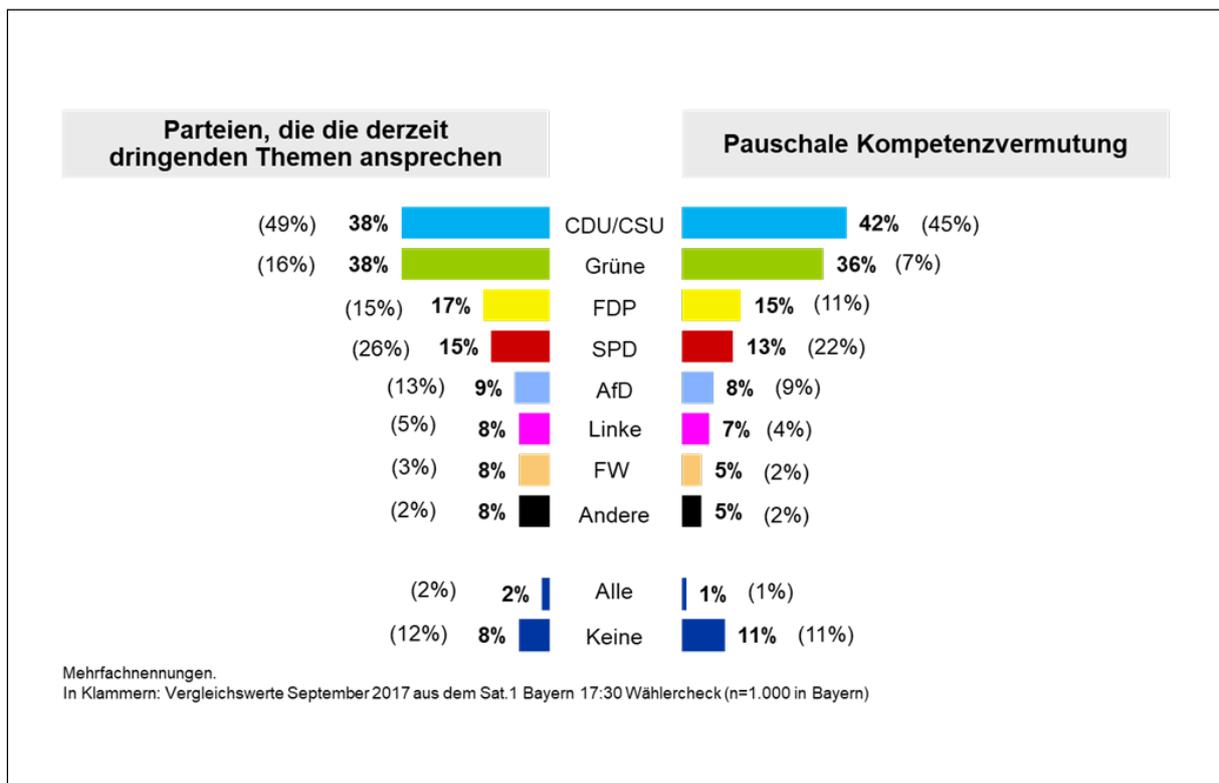
Neben diesen Entwicklungen der Kompetenzzuweisungen für CSU und Grüne fallen aber auch teilweise beträchtliche Kompetenzquoten für andere Parteien ins Auge, die über den derzeit bei der Bundestagswahlabsicht erzielbaren Stimmanteilen liegen. Jeweils 15 % Kompetenzquote für Corona-Maßnahmen / Lockdown sowie für den Themenbereich Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz und 13 % für Aufgaben in Verbindung mit einer Optimierung aktueller Politik und des politischen Systems könnten ein Hinweis darauf sein, dass die AfD nicht nur aus Protest gewählt wird (Abbildung 5).

Bei der FDP ergibt sich für den Themenbereich Wirtschaft, Finanzen, Verbraucherschutz mit 20 % eine ausgesprochen hohe Kompetenzquote. Dies gilt für die Linke in Verbindung mit den Themenbereichen Arbeit / Arbeitslosigkeit und Bildung (10 %) und Soziales / soziale Gerechtigkeit (20 %). Noch häufiger sind bei der SPD Kompetenzquoten festzustellen, die relativ deutlich über dem derzeit in Bayern realisierten Umfrageergebnis liegen.

Von einer Ausnahme abgesehen (aktuelle Politik und politisches System) kann die SPD nämlich bei allen acht Themenbereichen Kompetenzvermutungen erzielen, die zwischen 12 % und 26 % liegen. Hier profitiert die SPD offenkundig von ihrer Beteiligung an der Großen Koalition in Berlin, was zu guten Kompetenzwerten bei allen mit Corona zusammenhängenden Themen, vor allem aber auch bei Aufgaben in Verbindung mit Arbeit / Arbeitslosigkeit und Bildung sowie Soziales / soziale Gerechtigkeit führt (Abbildung 5).

Neben den Kompetenzzuweisungen für spezifische, als besonders wichtig angesehene Sachthemen wurde aber auch in allgemeiner Form der Frage nachgegangen, welche Parteien die derzeit dringenden Themen ansprechen und welchen Parteien man am ehesten zutraut, die vordringlichsten politischen Probleme und Aufgaben in Deutschland zu lösen. Im Hinblick auf die Ansprache der derzeit dringenden Themen liegen mit jeweils 38 % CSU und Grüne gleichauf, gefolgt von der FDP (17 %) und der SPD (15 %). Auch die AfD sowie die Linke, Freie Wähler und sonstige Parteien werden in diesem Zusammenhang von 9 % bzw. 8 % der Befragten genannt (Abbildung 6).

Abbildung 6: Pauschale Kompetenzvermutungen bezüglich der Parteien



Im Vergleich zu 2017 sind in der Sicht einzelner Parteien erhebliche Veränderungen erkennbar.

Die teilweise erheblichen Veränderungen in der Sicht der einzelnen Parteien werden aus einem Vergleich mit Umfragedaten aus dem Jahr 2017 erkennbar. Seinerzeit bezeichneten noch 49 % der Bayern die CSU als die Partei, die die derzeit dringenden Probleme anspricht, während die Grünen nur auf eine Quote von 16 % kamen. Unverkennbar ist auch, dass die SPD (-11 Punkte) und die AfD (-4 Punkte) seither deutliche Einbußen hinnehmen mussten, während die FDP in etwa stagnierte und Linke, Freie Wähler und sonstige Parteien Zuwächse erzielen konnten (Abbildung 6).

Ein ähnliches, teilweise dennoch anderes Bild ergibt sich bei den Antworten auf die Frage, welcher Partei man am ehesten zutraut, die derzeit dringenden Zukunftsprobleme zu lösen. So konnten die Grünen bei den pauschalen Kompetenzvermutungen seit 2017 zwar immense Zuwächse von 7 % auf 36 % erzielen, im Gegensatz zu der Ansprache dringender Themen jedoch nicht zur CSU aufschließen. Die CSU musste gegenüber 2017 zwar einen Rückgang der Kompetenzquote von 45 % auf 42 % hinnehmen, liegt aber bei der pauschalen Kompetenzvermutung für dringende Themen weiterhin vor den Grünen. Im Zeitvergleich konnten FDP, Linke, Freie Wähler und sonstige Parteien ihre Kompetenzquoten etwas verbessern, während die AfD leichte und die SPD deutliche Kompetenzverluste hinnehmen mussten (Abbildung 6).

Bei einer Differenzierung dieser Einstellungen nach dem Alter ergeben sich die aus anderen Zusammenhängen bereits bekannten Muster. Die 17- bis 24-Jährigen sind häufiger der Meinung, dass die Grünen (47 %) und die Linken (14 %) die dringenden Probleme ansprechen. Sie vertreten auch häufiger die Ansicht, dass besonders die Grünen (46 %) die Probleme angehen, während die Älteren von 60 Jahren an aufwärts diese Kompetenz eher bei der CSU (46 %) vermuten.

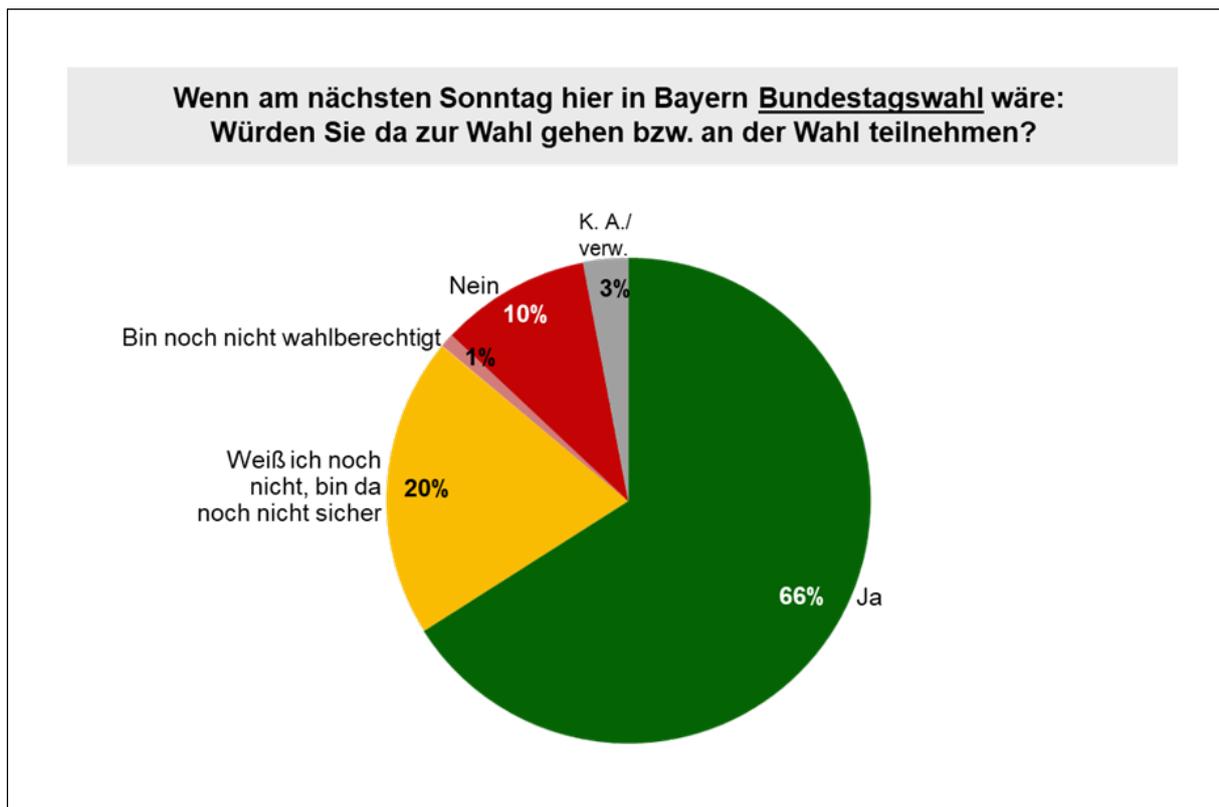
Im Hinblick auf die Ansprache dringender Sachthemen und die generelle Problemlösungsfähigkeit für Zukunftsaufgaben ergibt sich somit im Frühjahr 2021 ein differenziertes Bild und zugleich eine deutlich veränderte Situation gegenüber den Einstellungen zu diesen Fragen im Jahr 2017. Grüne und Union werden neuerdings im Hinblick auf die Ansprache dringender Themen gleich bewertet, während sich bei der Lösungskompetenz für die dringenden Themen unverändert noch ein Vorsprung für die Unionsparteien vor den Grünen ergibt. Während die FDP ihre Werte in etwa halten bzw. sogar leicht verbessern konnte, ergeben sich im Gegenzug deutliche Einbußen zulasten der SPD. Die Sozialdemokraten werden deutlich seltener als vor vier Jahren als die Partei gesehen, die dringende Themen nicht nur anspricht, sondern auch löst. Parallel zu diesen Entwicklungen gibt es auch Einbußen zulasten der AfD, während sich alle anderen Parteien leicht verbessern können.

3.3 Wahlverhalten

3.3.1 Aktuelle Wahlabsichten

Etwa fünf Monate vor dem Wahltermin erklären zwei Drittel der Befragten in Bayern ihre Teilnahmebereitschaft für eine Bundestagswahl, während sich ein Fünftel noch nicht sicher ist und jeder zehnte Wahlberechtigte zugibt, nicht wählen zu wollen. Der Anteil von 66 % Teilnahmebereiten ist fernab von einem Wahltermin durchaus normal, da sich zu diesem Zeitpunkt erfahrungsgemäß nur ein kleiner Anteil der Wählerschaft bereits intensiver mit der anstehenden Bundestagswahl auseinandergesetzt hat. Die auf den ersten Blick relativ geringe Quote für eine Teilnahmebereitschaft für die anstehende Bundestagswahl, die derzeit (noch) deutlich unter der tatsächlichen Wahlbeteiligung von 78,1 % in Bayern bei der Bundestagswahl 2017 liegt, kann wegen der zeitlichen Distanz zum Wahltermin nicht als Indikator für eine zu erwartende niedrige Wahlbeteiligung gewertet werden, zumal sich noch beträchtliche Anteile aus der Gruppe der derzeit noch Unsicheren zu einer Teilnahme an der Wahl entschließen dürften (Abbildung 7).

Abbildung 7: Wahlteilnahme bei einer Bundestagswahl



Bei einer Differenzierung der Bereitschaft zur Teilnahme an einer Bundestagswahl nach der politischen Ortsgröße und den Regionen ergeben sich nur relativ selten erwähnenswerte Unterschiede. Bei der politischen Ortsgröße gibt es in allen Teilgruppen keinerlei signifikante Abweichungen von der Gesamtheit aller Befragten. Bei den Regionen ist die Teilnahmebereitschaft in Franken leicht über- und in der Oberpfalz und Niederbayern unterdurchschnittlich. Dafür gibt es in der Oberpfalz und Niederbayern vergleichsweise etwas mehr Unsicherheit bzw. Unentschlossenheit über eine Beteiligung an einer Bundestagswahl (Tabelle III im Anhang).

Auch bei einer Betrachtung der Teilnahmebereitschaft nach dem Alter und Geschlecht gibt es nur relativ wenige Unterschiede. Frauen und Männer unterscheiden sich nicht im Hinblick auf ihre Teilnahmebereitschaft. Bei den Altersgruppen ist hingegen ein seit längerem bekanntes Muster festzustellen, nachdem die 17- bis 24-Jährigen eine unterdurchschnittliche, die Altersgruppen von 25 bis 44 Jahren hingegen eine überdurchschnittliche Bereitschaft zur Wahlteilnahme bekunden (Tabelle 6).

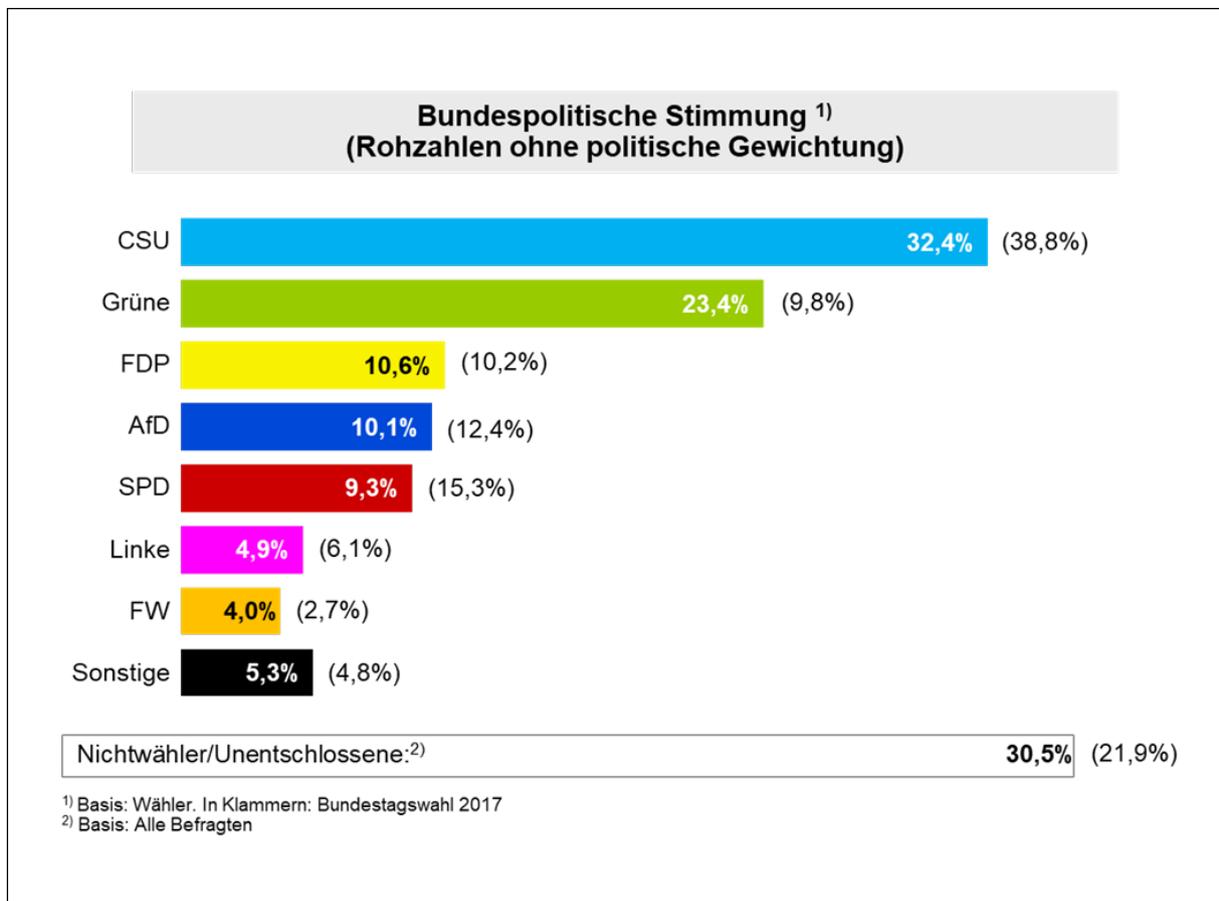
Tabelle 6: Wahlteilnahme bei einer Bundestagswahl nach Alter und Geschlecht

Wenn am nächsten Sonntag hier in Bayern <u>Bundestagswahl</u> wäre: Würden Sie da zur Wahl gehen bzw. an der Wahl teilnehmen?								
	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-24	25-34	35-44	45-59	60+	Männlich	Weiblich
Ja	66	63	69	69	65	66	66	66
Weiß nicht / noch nicht sicher	20	18	18	19	21	20	21	19
Nein	10	11	9	10	10	9	9	11

Differenzen zu 100% = noch nicht wahlberechtigt + weiß nicht / keine Angabe

Allen potenziell an einer Bundestagswahl teilnahmebereiten Befragten wurde anschließend die Wahlabsichtsfrage (für die Zweitstimme) gestellt. Dabei erzielte die CSU mit 32,4 % zwar den höchsten Stimmenanteil von allen Parteien, schnitt aber wegen der aktuellen politischen Rahmenbedingungen während der Befragung sehr schlecht ab. Ausschlaggebend dafür waren neben den Auseinandersetzungen um die Kanzlerkandidatur zwischen CDU und CSU auch die massiv angestiegene Unzufriedenheit in der Bevölkerung wegen der zahlreichen staatlich verordneten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und mehrere öffentlich gewordene Korruptionsfälle in Verbindung mit der Beschaffung von Masken. In dieser Situation erreichten die Grünen in Bayern in der Umfrage einen beachtlichen Stimmenanteil von 23,4 %, gefolgt von der FDP (10,6 %) und der AfD (10,1 %). Die ebenfalls unter Druck stehenden Sozialdemokraten kamen auf 9,3 %, während die Linke (4,9 %) und die Freien Wähler (4,0 %) in Bayern unter 5 % blieben. Die sonstigen Parteien spielten mit insgesamt 5,3 % keine Rolle (Abbildung 8).

Abbildung 8: Aktuelle Bundestagswahlabsicht Frühjahr 2021



Verglichen mit dem Bundestagswahlergebnis 2017 gibt es große Veränderungen bezüglich der aktuellen Wahlabsicht.

Bei einem Vergleich der aktuellen Wahlabsicht mit den amtlichen, bei der Bundestagswahl 2017 erzielten Ergebnissen werden teils massive Veränderungen der aktuellen Wählerpräferenzen erkennbar. So konnte die CSU bei der Bundestagswahl 2017 immerhin 38,8 % der Zweitstimmen erzielen, während die Grünen mit 9,8 % seinerzeit noch unter der 10 %-Marke blieben. Die FDP konnte ihre Position in etwa behaupten, während AfD (-2,3%) und vor allem SPD (-6,0%) deutlich gegenüber der letzten Bundestagswahl verloren. Auch die Linke musste im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 Verluste hinnehmen (-1,2 %), während die Freien Wähler (+1,3 %) zumindest in Bayern bei der Bundestagswahlabsicht etwas zulegen konnten (Abbildung 8).

Im Hinblick auf die Ortsgröße und die Regionen ergeben sich bei der Wahlabsicht einige signifikante Unterschiede. Im Großraum München sind die Grünen und die FDP überdurchschnittlich stark, während die CSU sich mit dem landesweit gemessenen Durchschnittswert behaupten kann. Im restlichen Oberbayern können die Grünen ebenfalls überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielen, während die FDP vergleichsweise schlecht abschneidet. In Schwaben gibt es leicht überdurchschnittliche Stimmenanteile für Die Linke, während in der Oberpfalz und Niederbayern CSU, FDP aber auch die AfD überdurchschnittlich abschneiden (Tabelle IV im Anhang).

Im Hinblick auf die Ortsgröße schneiden Grüne und FDP in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern relativ schlecht ab, während in dieser Gemeindegrößenklasse die AfD und auch sonstige Parteien mit besonders guten Stimmenanteilen aufwarten können. Deutlich anders ist hingegen das Bild in den mittleren Gemeindegrößen zwischen 20.000 bis unter 100.000 Einwohnern. Hier ist die SPD die einzige Partei mit überdurchschnittlich guten Zweitstimmenanteilen bei der Bundestagswahlabsicht. Während es im Hinblick auf die Wahlabsicht in Großstädten bis unter 500.000 Einwohner keine signifikanten Unterschiede gibt, können die Grünen in Großstädten ab 500.000 Einwohnern deutlich über dem Durchschnitt liegende Stimmenanteile erzielen, während gleichzeitig die AfD vergleichsweise schlecht abschneidet (Tabelle IV im Anhang).

Bei einer Differenzierung der Wahlabsichten nach Alter und Geschlecht ergeben sich teilweise die bereits aus früheren Untersuchungen bekannten Verhaltensmuster. Die jüngeren Wähler zwischen 17 und 34 Jahren entscheiden sich unterdurchschnittlich häufig für die CSU und entsprechend öfter für die Grünen (Tabelle 7).

Tabelle 7: Aktuelle Bundestagswahlabsicht Frühjahr 2021 nach Alter und Geschlecht

Bundespolitische Stimmung ¹⁾ (ohne politische Gewichtung)	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-34	35-44	45-59	60-74	75+	Männlich	Weiblich
CSU	32,4	27	31	34	31	45	30	35
Grüne	23,4	31	23	20	21	21	26	22
FDP	10,6	9	9	14	12	6	10	11
AfD	10,1	10	12	12	9	5	11	9
SPD	9,3	9	10	9	10	10	9	10
Linke	4,9	6	5	4	6	4	4	5
FW	4,0	4	5	4	6	1	4	4
Sonstige	5,3	4	5	3	5	8	6	4
Nichtwähler/Unentschlossene: ²⁾	30,5	29	28	30	35	27	30	32

¹⁾ Basis: Wähler.
²⁾ Basis: Alle Befragten.

In den mittleren Altersgruppen zwischen 35 und 59 Jahren kann die AfD leicht überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielen. Dies trifft bei den 45- bis 59-Jährigen auch für die FDP zu. Bei den 60- bis 74-Jährigen sind zum einen überdurchschnittliche Stimmenanteile für die Freien Wähler zu konstatieren, wobei gleichzeitig ein vergleichsweise hoher Anteil von Nichtwählern ins Auge fällt. Ein anderes Bild ergibt sich hingegen in der Gruppe der Wähler von 75 Jahren an aufwärts. Hier erreichen die sonstigen Parteien und vor allem die CSU weit überdurchschnittliche Stimmanteile, während gleichzeitig FDP und AfD vergleichsweise schlecht abschneiden. Bemerkenswert ist in dieser Altersgruppe gleichzeitig der deutlich geringere Anteil von Nichtwählern und Unentschlossenen (Tabelle 7).

Erwähnenswert ist auch der einzige signifikante Unterschied in der Wahlabsicht in Verbindung mit dem Geschlecht. Überraschenderweise ist der CSU-Anteil unter den Frauen überdurchschnittlich hoch, während sich bei den Männern leicht überdurchschnittliche Stimmanteile für die Grünen ergeben (Tabelle 7).

3.3.2 Die weitesten Wählerkreise der Parteien

Die in den vergangenen Jahren beobachtbaren, teils massiven Veränderungen der Parteienstärken bei Wahlen auf allen politischen Ebenen sowie das Entstehen immer wieder neuer Parteien wäre ohne den für wohlhabende Industriegesellschaften typischen raschen sozialen und gesellschaftlichen Wandel sowie den damit verbundenen Wertewandel nicht möglich. Zwischenzeitlich begreifen sich politische Parteien oftmals nicht mehr primär als Interessenvertreter einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe oder einer sozialen Schicht. Durch die Auflösung homogener sozialer Milieus fühlen sich Wähler umgekehrt deshalb auch immer seltener einer bestimmten politischen Partei verbunden, zumal durch die stärkere Segmentierung der Gesellschaft neue Parteien in den Wettbewerb eingetreten sind und sich als Alternative „zur bisher bevorzugten Partei“ empfehlen. Der Wähler, für den im Prinzip bei einer Wahl nur eine einzige Partei in Betracht kommt, ist in der Vielparteiendemokratie des 21. Jahrhunderts somit eher die Ausnahme von der Regel. Auch Wähler, die bei einer anstehenden Wahl nur über eine einzige Alternative zur derzeit bevorzugten Partei verfügen, werden zunehmend seltener.

Die Spannbreite der für Wähler grundsätzlich in Betracht kommenden Parteien („Relevant Set“) ist seit Jahren immer größer geworden. Durch die Ermittlung des sogenannten „Relevant Set“ werden bei aggregierter Betrachtung Informationen über die weitesten Wählerkreise (WWK) der verschiedenen Parteien für die Wählerschaft insgesamt sowie auch für Teilgruppen verfügbar.

Zur Erhebung dieser Informationen wurden die Befragten analog zu früheren Untersuchungen gebeten, unabhängig von ihren momentanen Präferenzen mitzuteilen, welche der Parteien für sie bei einer anstehenden Wahl „ganz bestimmt“, „unter Umständen“ oder „auf gar keinen Fall“ grundsätzlich wählbar ist. Diese drei Antwortkategorien erlauben Unterteilungen in einen engeren Wählerkreis („ganz bestimmt“), einen weiteren Wählerkreis („unter Umständen“) und den sogenannten weitesten Wählerkreis („ganz bestimmt“ + „unter Umständen“). In der vorliegenden Grundlagenuntersuchung ergeben sich erneut erhebliche Unterschiede hinsichtlich Art und Umfang der weitesten Wählerkreise für die einzelnen Parteien. Darüber hinaus werden teils erhebliche Veränderungen zu früheren Untersuchungen erkennbar (Abbildung 9).

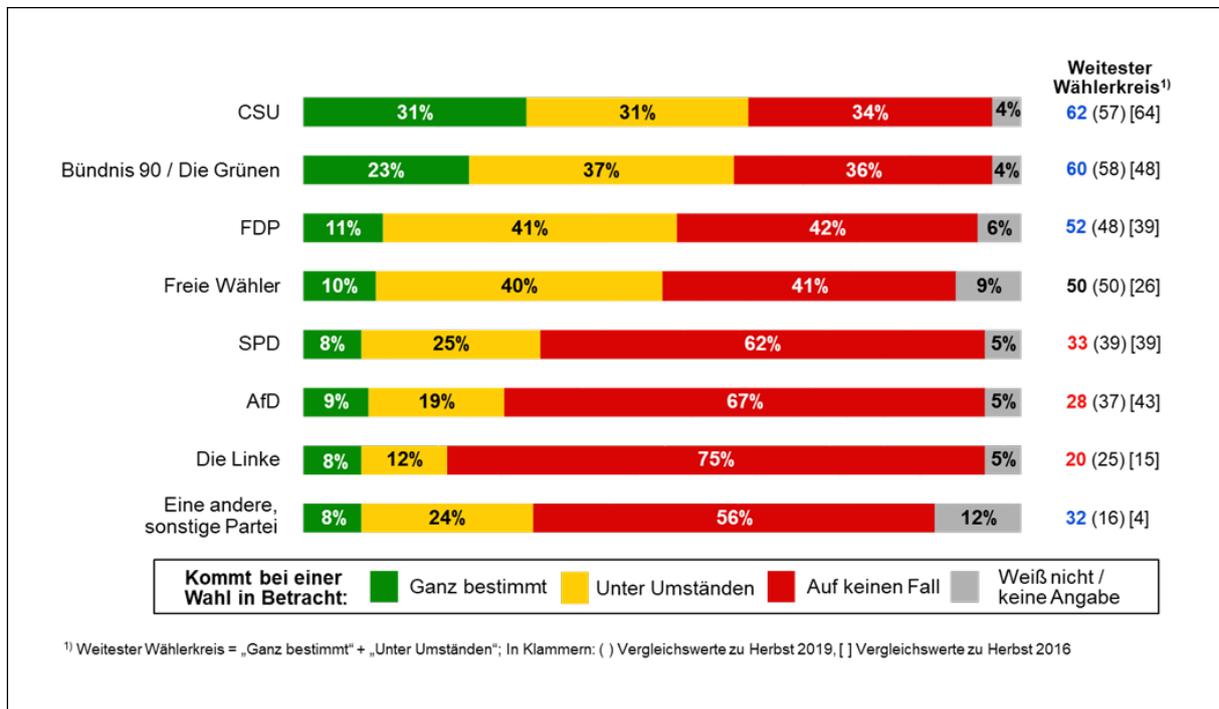
Über die derzeit eindeutig größten weitesten Wählerkreise in Bayern verfügen die CSU (62 %) und die Grünen (60 %), die somit jeweils für rund sechs von zehn Wahlberechtigten ganz bestimmt oder zumindest unter Umständen wählbar sind. Danach folgen mit überraschend großen weitesten

Es gibt erhebliche Unterschiede bezüglich Art und Umfang der weitesten Wählerkreise der einzelnen Parteien.

Wählerkreisen die FDP (52 %) und die Freien Wähler (50 %), die gemessen an den von ihnen in der Umfrage erzielten Stimmenanteilen nur einen kleinen Teil ihres theoretischen Potenzials ausschöpfen. Deutlich geschrumpft sind hingegen im Verlauf der vergangenen Jahre die weitesten Wählerkreise von SPD (33 %), AfD (28 %) und Die Linke (20 %), während es im Hinblick auf die Wählbarkeit einer anderen, sonstigen Partei einen erheblichen Aufwuchs des Potenzials gibt (Abbildung 9).

Betrachtet man die Entwicklung der weitesten Wählerkreise für die Parteien in Bayern seit 2016, werden aktuelle Chancen und Risiken für die einzelnen Parteien klar erkennbar. Die CSU, die in einer Untersuchung der Hanns-Seidel-Stiftung im Jahr 2005 noch über einen weitesten Wählerkreis von 73 % verfügte, kann die 2019 erlittenen Einbußen fast wieder völlig wettmachen, ohne jedoch wieder ihre Spitzenwerte aus dem Jahr 2005 zu erreichen. Im Gegensatz dazu erlebten die Grünen einen kontinuierlichen Aufstieg, da ihr weitester Wählerkreis im Jahr 2005 nur 38 % ausmachte und jetzt mit 60 % nahezu identisch mit den Werten der CSU ist. Eine erhebliche, weitgehend kontinuierlich verlaufende Ausweitung des weitesten Wählerkreises konnten sowohl die Freien Wähler als auch die FDP erzielen, die allerdings bereits im Jahr 2005 schon einmal über einen WWK von 43 % verfügte (Abbildung 9).

Abbildung 9: Weiteste Wählerkreise der Parteien



Die weitesten Wählerkreise bei SPD, AfD und Linke schrumpfen deutlich.

Eine deutliche Schrumpfung ihrer weitesten Wählerkreise mussten hingegen die SPD, die AfD und Die Linke hinnehmen, ein Beleg dafür, dass diese drei Parteien aus verschiedenen Gründen bei etlichen Wahlberechtigten in Bayern zwischenzeitlich aus deren Relevant Set grundsätzlich wählbarer Parteien aussortiert wurden. Eine Besonderheit stellt neben den geschilderten Befunden der starke Anstieg des weitesten Wählerkreises für „eine andere, sonstige Partei“ von 4 % im Jahr 2016 auf 32 % in der neuesten Untersuchung dar. Da hier nicht die Wählbarkeit einer spezifischen Partei bzw. ein konkreter einzelner Parteiname erfragt wurde, signalisiert der hohe Anstieg für „eine andere, sonstige Partei“ von 4% auf 32 % unverkennbar den Wunsch vieler Wähler in Bayern, bei Bedarf auf eine weitere, für sie grundsätzlich wählbare Partei zurückgreifen zu können, da das bisherige Angebot offenbar nicht alle Bedürfnisse befriedigt (Abbildung 9).

Während es im Hinblick auf die weitesten Wählerkreise keine signifikanten Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt, sind im Hinblick auf die Altersgruppen mehrere deutliche Unterschiede erkennbar. Bei den jüngeren Wählern zwischen 17 und 24 Jahren sind die weitesten Wählerkreise für CSU (51 %), FDP (45 %) und Freie Wähler (44 %), aber auch für die AfD (20 %) teils deutlich kleiner als für die Gesamtheit aller Befragten (Tabelle 8). Umgekehrt bedeutet das, dass die Jüngeren in den weitesten Wählerkreisen der sogenannten bürgerlichen Parteien wie CSU, FDP und Freie Wähler vergleichsweise seltener zu finden sind. Im Gegenzug sind die 17- bis 24-Jährigen überdurchschnittlich oft in den weitesten Wählerkreisen der sonstigen Parteien, der Linkspartei, der SPD und vor allem bei den Grünen anzutreffen (Tabelle 8).

Insgesamt hat die CSU bei den beiden jüngeren Altersgruppen (17 bis 34 Jahre) nur unterdurchschnittliche und in allen anderen Altersgruppen dem Durchschnitt entsprechende weiteste Wählerkreise. Die Grünen sind unter den 17- bis 24-Jährigen besonders stark, erzielen ansonsten analog zur CSU ebenfalls nur dem Durchschnitt entsprechende Werte. Die FDP ist in der jüngsten Altersgruppe unterrepräsentiert, hat dafür aber bei den 25- bis 34-Jährigen einen überdurchschnittlich großen Wählerkreis, während die weitesten Wählerkreise für die Freien Wähler bei den ganz Jungen und den Alten (60+) unterdurchschnittlich, in allen anderen Altersgruppen hingegen mit 53 % bis 54 % überdurchschnittlich ausfallen (Tabelle 8).

Die SPD genießt hingegen in den Altersgruppen zwischen 17 und 24 Jahren sowie zwischen 35 und 44 Jahren besonderen Rückhalt, schneidet dafür aber bei den 45- bis 59-Jährigen unterdurchschnittlich ab. Die AfD kann hingegen auf die 17- bis 24-Jährigen weniger und auf die 45- bis 59-Jährigen überdurchschnittlich oft zählen, während die weitesten Wählerkreise für Die Linke in den beiden jüngeren Altersgruppen überdurchschnittlich groß

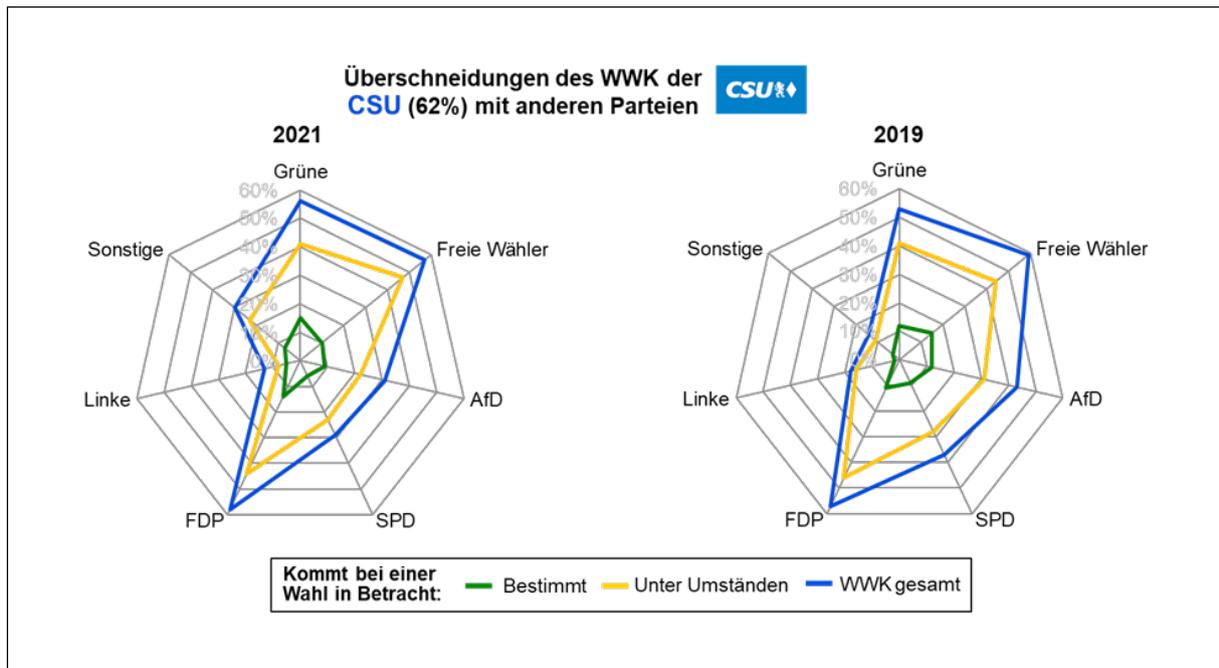
Tabelle 8: Weiteste Wählerkreise der Parteien nach Alter und Geschlecht

Weitester Wählerkreis	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-24	25-34	35-44	45-59	60+	Männlich	Weiblich
CSU	62	51	58	61	64	64	61	62
Grüne	60	74	58	59	58	60	58	62
FDP	52	45	56	50	53	53	53	51
FW	50	44	54	54	53	46	52	49
SPD	33	42	33	36	29	33	32	34
AfD	28	20	27	29	32	28	29	28
Die Linke	20	33	25	22	13	18	20	19
Sonstige	32	36	38	35	31	27	33	31

und bei den 45- bis 59-Jährigen unterdurchschnittlich sind. Die namentlich nicht näher konkretisierte sonstige Partei mit einem WWK von 32 % in der Gesamtbevölkerung schneidet bei den Befragten ab 60 Jahren unterdurchschnittlich, in den drei unteren Altersgruppen mit Werten zwischen 35 % und 38 % jedoch deutlich über dem Durchschnitt ab, offenbar auch ein Beleg dafür, dass hier das Bedürfnis nach einem erweiterten Parteienangebot besonders groß zu sein scheint (Tabelle 8).

Neben der bisher erfolgten Quantifizierung der weitesten Wählerkreise für die einzelnen Parteien und der Betrachtung der Entwicklung dieser Wählerkreise im Zeitablauf sind natürlich auch die Überschneidungen zwischen den verschiedenen Wählerkreisen der einzelnen Parteien von Interesse. Dies kann besonders gut durch eine graphische Darstellung der Schnittmengen der einzelnen Wählerkreise mithilfe von Netzdiagrammen deutlich gemacht werden. Mithilfe eines solchen Netzdiagramms werden in der folgenden Abbildung zuerst die Wahlalternativen bzw. die damit verbundenen Überschneidungen im weitesten Wählerkreis der CSU visualisiert (Abbildung 10).

Abbildung 10: Weitesten Wählerkreise der CSU 2019 und 2021



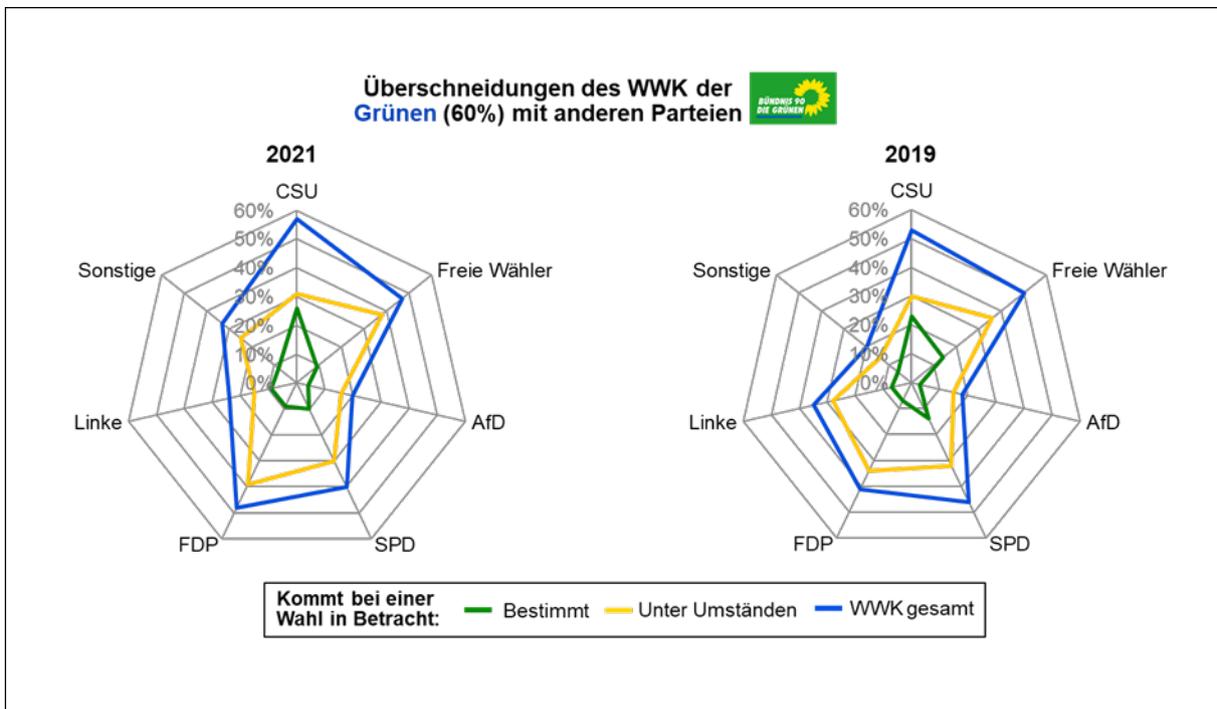
Das innere (grüne) Netz bildet die Überschneidungen der engeren Wählerkreise mit anderen Parteien („Wahl kommt ganz bestimmt in Betracht“) ab. Das gelbe Netz markiert ausschließlich die entsprechenden weiteren Wählerkreise („Wahl kommt unter Umständen in Betracht“). Beide Netze zusammenaddiert ergeben das äußere blaue Netz, das durch Addition des engeren und des weiteren Wählerkreises den sogenannten weitesten Wählerkreis („ganz bestimmt“ + „unter Umständen“) ergibt.

Für die CSU selbst wurde im Frühjahr 2021 ein weitester Wählerkreis von 62 % der Wahlberechtigten ermittelt. Davon erklärte jeweils die Hälfte (31 %), die CSU „ganz bestimmt“ bzw. „unter Umständen“ wählen zu wollen. Im Diagramm für das Jahr 2021 wird erkennbar, dass der weiteste Wählerkreis der CSU die größten Überschneidungen mit dem weitesten Wählerkreis der FDP aufweist (58 %), weil 58 % der potenziellen CSU-Wähler ebenfalls bereit sind, die FDP entweder „ganz bestimmt“ (14 %) oder zumindest „unter Umständen“ (44 %) wählen zu wollen. Sehr ähnlich sehen die Überschneidungen auch mit den Freien Wählern aus. Hier erklären sich 57 % der potenziellen CSU Wähler „ganz bestimmt“ (10 %) oder zumindest „unter Umständen“ (47 %) auch zur Wahl der Freien Wähler bereit. Auch im Hinblick auf die Wahl der Grünen ist das Bild mit 15 % („bestimmt“) und 41 % („unter Umständen“) sehr ähnlich (Abbildung 10).

Im Hinblick auf die alternative Wahl anderer Parteien gibt es innerhalb des weitesten Wählerkreises der CSU aber auch geringere Werte. Die AfD (31 %), aber auch die SPD (29 %) und eine sonstige Partei (30 %) sowie Die Linke (13 %) können im Zweifelsfall nur auf deutlich weniger Unterstützung aus dem CSU-Potenzial hoffen. Im Vergleich mit den letztmals 2019 erhobenen Daten sehen beide Netzdiagramme für die weitesten Wählerkreise der CSU sehr ähnlich aus. Bei genauerer Betrachtung gibt es jedoch Veränderungen zuungunsten der AfD und der Linkspartei sowie gleichzeitig deutliche Verschiebungen zugunsten einer sonstigen Partei. Neuerdings ergibt es erkennbar weniger Personen im weitesten Wählerkreis der CSU, für die auch die Wahl der AfD oder der Linkspartei in Betracht käme, gleichzeitig aber auch mehr Potenzial für eine sonstige Partei (Abbildung 10).

Auch innerhalb des weitesten Wählerkreises der Grünen, der im Frühjahr 2021 mit 60 % der Wahlberechtigten (23 % bestimmt, 37 % unter Umständen) berechnet wurde, gibt es erhebliche Austauschbeziehungen. Diese bestehen vor allem gegenüber den weitesten Wählerkreisen der CSU (56 %), der FDP (48 %), der Freien Wähler (47 %) sowie in geringerem Umfang auch noch mit der SPD (40 %). Im Gegensatz dazu fallen die Überschneidungen mit den Sonstigen (33 %), der Linkspartei (24 %) und der AfD (20 %) deutlich geringer aus (Abbildung 11).

Abbildung 11: Weiteste Wählerkreise der Grünen 2019 und 2021



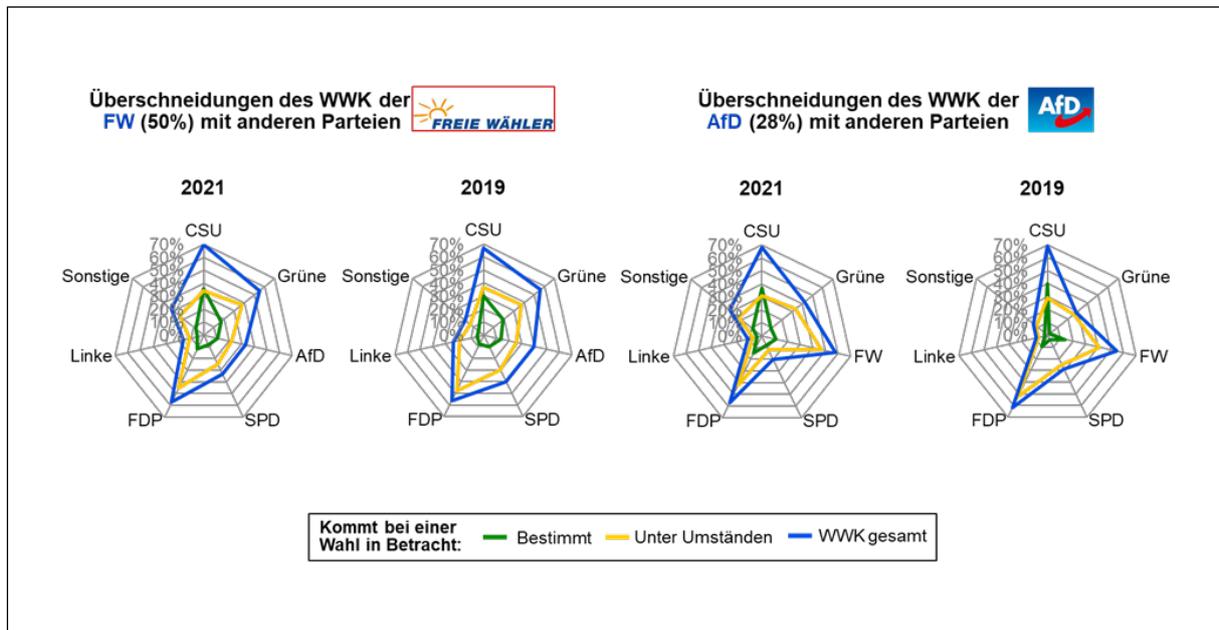
Eigentlich wäre aufgrund des Image der Grünen davon auszugehen gewesen, dass es stärkere Überschneidungen mit den weitesten Wählerkreisen der SPD und der Linkspartei geben müsste. Im Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2019 wird erkennbar, dass dies früher auch tatsächlich der Fall war. Beim Vergleich der beiden Netzdiagramme für die Grünen wird nämlich deutlich, dass es noch vor zwei Jahren stärkere Austauschbeziehungen zwischen Grünen, SPD und Die Linke gab. Diese sind im Verlauf der beiden letzten Jahre allerdings zugunsten deutlich größerer Überschneidungen mit einer sonstigen Partei geringer geworden (Abbildung 11).

Die seit 2019 erkennbar gewordenen Verschiebungen in den Austauschbeziehungen mit den anderen Parteien spiegeln offenbar die im Auftritt der Grünen erkennbar gewordenen Veränderungen. Die Bemühungen um eine Vergrößerung des Wählerpotenzials und der Versuch, durch ein deutlich gesteigertes Wahlergebnis endlich mit der Teilhabe an der Macht belohnt zu werden, waren offenbar erfolgreich. Die Folge ist offenkundig, dass – auch durch Schrumpfungsprozesse bei der SPD und der Linken – die Anzahl jener Wähler deutlich geringer geworden ist, die sich vorstellen können, alternativ entweder die Grünen, die SPD oder auch die Linke zu wählen (Abbildung 11).

Bei genauerer Betrachtung sind auch aus den Netzdiagrammen für die Freien Wähler und die AfD zwischen 2019 und 2021 etliche Veränderungen in den Überschneidungen der weitesten Wählerkreise mit anderen Parteien abzulesen. In beiden Fällen geht es trotz oder vielleicht sogar gerade wegen mancher Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Überschneidungen mit den sogenannten bürgerlichen Parteien primär um eine Vergrößerung der Überschneidungen zwischen Freien Wählern bzw. der AfD einerseits sowie einer sonstigen Partei andererseits, obwohl sich die weitesten Wählerkreise der Freien Wähler (50 %) und der AfD (28 %) nicht nur quantitativ, sondern auch bezüglich der Überschneidungen mit den Grünen deutlich unterscheiden. Die Schnittmengen zwischen Freien Wählern und Grünen sind ungeachtet der geschilderten Veränderungen seit 2019 auch 2021 deutlich größer als die Überschneidungen zwischen AfD und Grünen (Abbildung 12).

Die Austauschbeziehungen zwischen Grünen, SPD und Linken sind im Vergleich zu 2017 zurückgegangen.

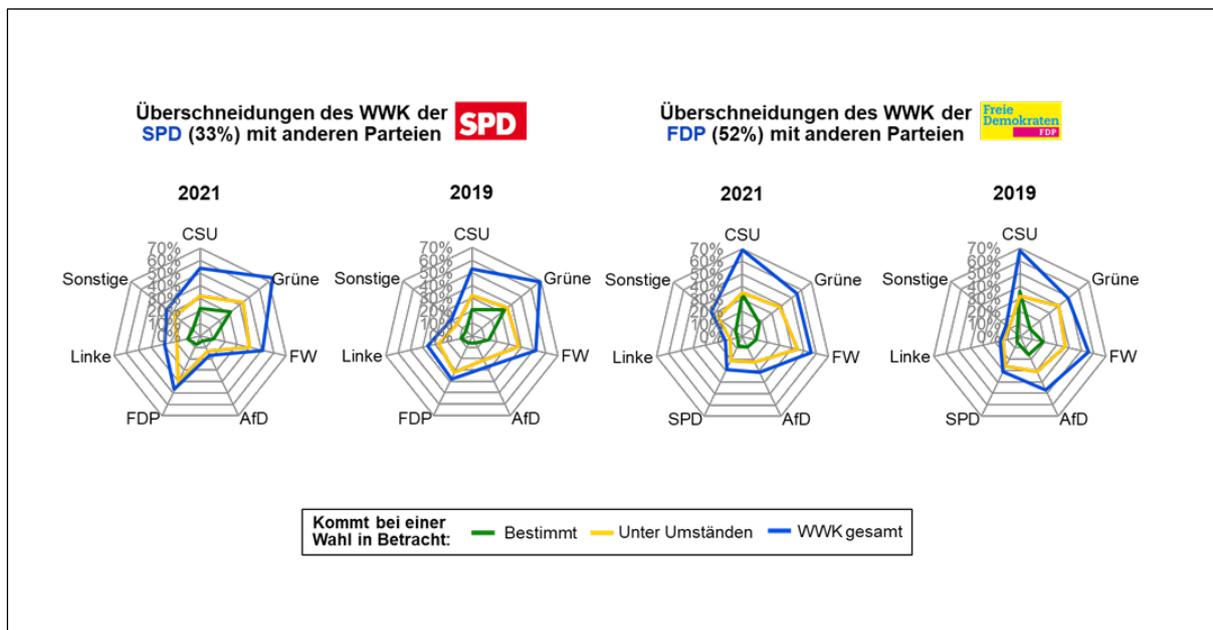
Abbildung 12: Weiteste Wählerkreise der Freien Wähler und der AfD 2019 und 2021



Auch bei der Entwicklung der weitesten Wählerkreise für SPD und FDP sind in den letzten beiden Jahren einige bemerkenswerte Veränderungen zu verzeichnen. Zum einen würden in dem seit 2019 von 39 % auf 33 % geschrumpften WWK der SPD in Bayern derzeit nur noch 8 % die SPD „ganz bestimmt“ und weitere 25 % „unter Umständen“ wählen. Neben der nochmaligen Schrumpfung des WWK der SPD sind aber auch teilweise erhebliche Veränderungen in den Schnittmengen mit anderen Parteien zu konstatieren. Bereits beim optischen Vergleich der Netzdiagramme fallen eine erhebliche Verringerung der Überschneidungen mit der Linkspartei und gleichzeitig eine deutlich gewachsene Schnittmenge gegenüber einer sonstigen, anderen Partei auf. Auch bei den Überschneidungen der SPD mit der FDP hat es in den beiden letzten Jahren eine deutliche Zunahme gegeben, während sich die Schnittmengen mit der AfD gleichzeitig verringert haben (Abbildung 13).

Teilweise ähnliche Entwicklungen sind auch beim weitesten Wählerkreis der FDP zu beobachten, der mit insgesamt 52 % (11 % „ganz bestimmt“ + 41 % „unter Umständen“) zum einen deutlich größer ist als der weiteste Wählerkreis der SPD in Bayern und zudem in den letzten beiden Jahren auch nochmals um vier Prozentpunkte angewachsen ist. Auch beim weitesten Wählerkreis der FDP haben sich die Schnittmengen zur AfD deutlich verringert. Dafür sind die gemeinsamen Potenziale mit den Grünen und

Abbildung 13: Weiteste Wählerkreise der SPD und der FDP 2019 und 2021



auch vor allem mit einer sonstigen, anderen Partei deutlich angewachsen. Trotz dieser Veränderungen ist allerdings die Grundstruktur für die engeren Wählerkreise von SPD und FDP in den letzten Jahren gleichgeblieben. Diese besteht darin, dass es beim engeren Wählerkreis der SPD weiterhin vergleichsweise stärkere Austauschbeziehungen zu den Grünen, bei der FDP jedoch größere Gemeinsamkeiten mit der CSU gibt (Abbildung 13).

Die weitesten Wählerkreise für Die Linke (20 %) sowie für eine sonstige, andere Partei (32 %) werden im Folgenden nur noch kurz behandelt (Abbildung II im Anhang). Der weiteste Wählerkreis für Die Linke ist seit 2019 nochmals um fünf Prozentpunkte auf 20 % geschrumpft und besteht in Bayern nur noch aus 8 %, die sich vorstellen können, Die Linke ganz bestimmt zu wählen (12 % unter Umständen). Die stärksten Austauschbeziehungen bestehen weiterhin mit den Grünen. Die Schnittmengen mit der SPD haben hingegen seit 2019 noch weiter abgenommen. Erwartungsgemäß halten sich die Überschneidungen mit der CSU in Grenzen, liegen 2021 immerhin aber noch bei einem WWK von 41 % (Abbildung II im Anhang).

Im Gegensatz zur Die Linke ist der weiteste Wählerkreis für sonstige Parteien bzw. eine sonstige Partei in den letzten Jahren erheblich auf nunmehr 32 % angewachsen, wobei sich auch hier 8 % vorstellen können, eine sonstige Partei ganz bestimmt wählen zu können (24 % unter Umständen).

In Verbindung mit der Analyse der anderen Parteien wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass innerhalb des weitesten Wählerkreises für sonstige Parteien besonders starke Überschneidungen mit den sogenannten bürgerlichen Parteien und den Grünen bestehen und dass das Anwachsen des WWK für eine bzw. mehrere sonstige Parteien als Anzeichen dafür gewertet werden kann, dass das derzeitige Parteienangebot häufiger als unzureichend empfunden wird (Abbildung II im Anhang).

Beim WWK der CSU sind weiter stärkste Überschneidungen mit FDP, Freien Wählern sowie zunehmend mit Grünen feststellbar.

Die Analyse der Entwicklung von Überschneidungen zwischen den verschiedenen Wählerkreisen der einzelnen Parteien seit 2019 bestätigt eine Reihe von Trends, die sowohl in Umfragen als auch bei Wahlen erkennbar wurden. Beim WWK der CSU gibt es unverändert die stärksten Überschneidungen mit der FDP, den Freien Wählern, den Sonstigen bzw. einer sonstigen, nicht konkret benannten Partei sowie weiter zunehmend auch mit den Grünen, während gleichzeitig die Gemeinsamkeiten mit der SPD und der ebenfalls deutlich geschrumpften AfD abnehmen. Diese Entwicklungen finden sich teilweise spiegelbildlich auch im WWK der Grünen, wo die Überschneidungen mit der CSU, den Freien Wählern, der FDP und ebenso auch wieder den bzw. der Sonstigen seit 2019 zugenommen haben.

Der CSU und den Grünen sowie der FDP und den Freien Wählern gelangen in den letzten Jahren leichte Zuwächse und im Falle der Freien Wähler zumindest eine Stabilisierung der Größe ihrer weitesten Wählerkreise. Im Gegensatz dazu mussten SPD, AfD und Die Linke nicht nur Schrumpfungen ihrer weitesten Wählerkreise, sondern stark rückläufige Schnittmengen zu spezifischen Parteien hinnehmen, bei denen sie vor einigen Jahren noch größere Übereinstimmungen hatten. Neben den allgemeinen Einbußen der AfD fällt auf, dass die Grünen zunehmend stärkere Übereinstimmungen zu den sogenannten bürgerlichen Parteien zu besitzen scheinen und sich stärker von dem eher schrumpfenden, linken Lager aus Die Linke und SPD abgekoppelt haben.

3.3.3 Wahlteilnahme und Wählertypen

Neben den Verhaltensprädispositionen bezüglich einer Teilnahme an der im Herbst anstehenden Bundestagswahl (Kapitel 3.3.1) hat das Thema der Wahlteilnahme angesichts langer Zeit sinkender Wahlbeteiligung auf allen politischen Ebenen erheblich an grundsätzlicher Bedeutung gewonnen. Zugleich hat angesichts stetig abnehmender Parteibindungen die Ansicht, dass Wählen Staatsbürgerpflicht sei, im Laufe der Jahrzehnte an Akzeptanz verloren. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen gewinnt die kontinuierliche Überprüfung der grundsätzlichen Einstellungen der Wähler zur Wahlbeteiligung und die Selbsteinstufung in einem bestimmten Wählertypus zunehmend an Bedeutung.

Im Vergleich mit der Grundlagenuntersuchung aus dem Jahr 2019 zeigt sich, dass die grundsätzlichen Einstellungen zur Teilnahme an einer Wahl zwar weitgehend unverändert sind, dessen ungeachtet aber schon seit längerer Zeit bei erheblichen Teilen der Wahlberechtigten nicht mehr auf der Prämisse beruhen, dass Wählen Staatsbürgerpflicht sei. Immerhin geben unverändert 46 % aller Wahlberechtigten in Bayern an, an fast allen Wahlen teilzunehmen, während drei von zehn Wahlberechtigten behaupten, sich nur bei wichtigen Wahlen zu beteiligen. Hinzu kommen 15 %, die angeblich nie bzw. so gut wie nie wählen und weitere 4 %, die erst seit Kurzem wahlberechtigt sind bzw. bisher noch nicht an Wahlen teilgenommen haben (Tabelle 9).

Von jenen 76 % der Wahlberechtigten in Bayern, die entweder an fast allen Wahlen oder aber nur bei wichtigen Wahlen teilnehmen, bezeichnen sich 45 % eher als typische Stammwähler, während sich genau die Hälfte der mehr oder weniger häufig an Wahlen Beteiligten als typische Wechselwähler einstuft. Bezogen auf die Gesamtheit aller Wahlberechtigten in Bayern wären das somit ca. 34 % Stammwähler und ca. 38 % Wechselwähler, während der Rest der Befragten als dezidierte Nicht- bzw. als Jung- oder Erstwähler in keine der beiden Kategorien eingeordnet werden kann (Tabelle 9).

Tabelle 9: Wahlteilnahme und Wählertypen nach Geschlecht und Alter

Teilnahme an Wahlen	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-24	25-34	35-44	45-59	60+	Männlich	Weiblich
Nehme an fast allen Wahlen teil	46 (46)	27	51	49	44	49	45	47
Wähle nur bei wichtigen Wahlen	30 (31)	21	30	27	35	30	31	30
Wähle nie bzw. so gut wie nie	15 (14)	8	14	17	16	14	14	15
Erst seit kurzem wahlberechtigt / noch nicht an Wahlen teilgenommen	4 (3)	42	1	0	-	-	4	4
Wählertypus								
Bin eher Stammwähler	45 (52)	39	43	55	42	46	45	46
Bin eher Wechselwähler	50 (40)	55	51	41	53	49	51	49

Differenzen zu 100% = Noch nicht wahlberechtigt + weiß nicht/ keine Angabe.
In Klammern: Vergleichswerte zu Herbst 2019.

Bei einer Differenzierung der Einstellungen und Verhaltensprädispositionen zur Wahlteilnahme ergeben sich im Hinblick auf das Geschlecht keinerlei Unterschiede. Erwartungsgemäß nehmen die 17- bis 24-Jährigen unterdurchschnittlich oft an Wahlen teil, oftmals auch deshalb, weil sie bisher noch nicht wahlberechtigt waren. Die Altersgruppen zwischen 25 und 44 Jahren sowie die älteren Befragten ab 60 Jahren geben überdurchschnittlich oft an, an fast allen Wahlen teilzunehmen, während 35- bis 44-Jährige angeblich seltener, 45- bis 59-Jährige hingegen vergleichsweise häufiger nur bei wichtigen Wahlen teilnehmen. Somit bekennt sich bei der Selbsteinstufung eigentlich nur die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen dazu, überdurchschnittlich oft nur bei wichtigen Wahlen mit abzustimmen (Tabelle 9).

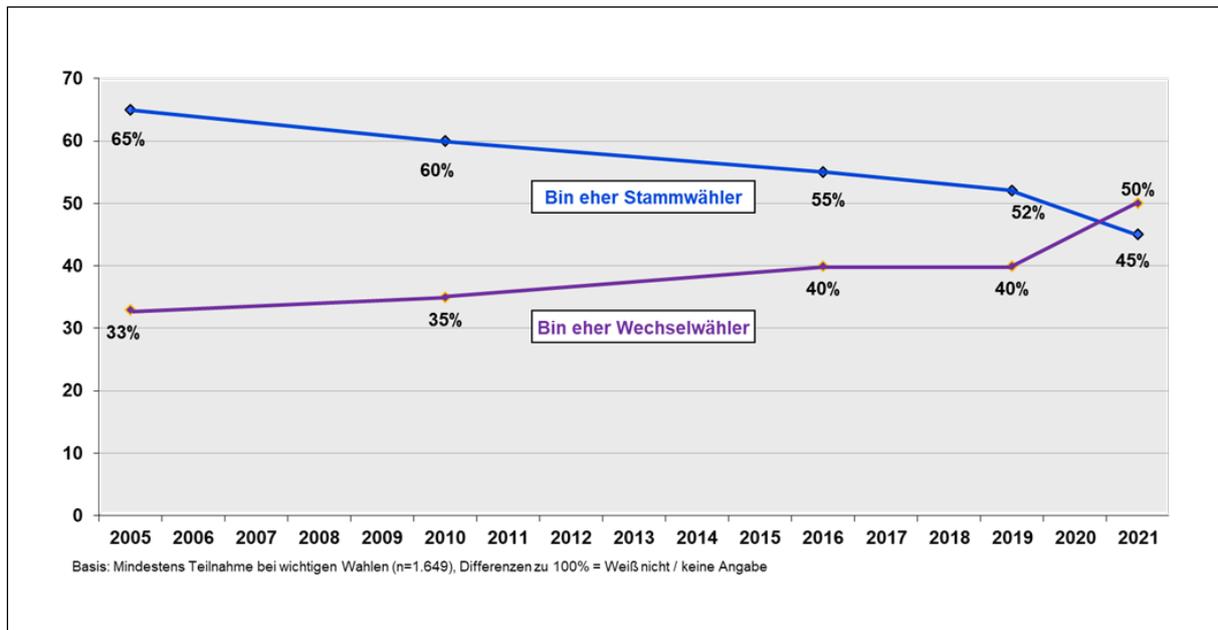
Auch im Hinblick auf die Selbsteinstufung als Stamm- oder Wechselwähler ergeben sich beim Geschlecht keine signifikanten Unterschiede. Beim Alter bezeichnen sich jedoch 17- bis 24-Jährige, aber auch Befragte zwischen 45 und 59 Jahren vergleichsweise seltener als Stammwähler. Diese sind überdurchschnittlich oft in der Altersgruppe zwischen 35 und 44 Jahren anzutreffen. Außerdem sehen sich die Jüngeren bis 24 Jahre und die 45- bis 59-Jährigen überdurchschnittlich oft als Wechselwähler einer Partei, während sich die 35- bis 44-Jährigen entsprechend seltener als Wechselwähler einstufen.

Bewohner von Großstädten geben häufiger an, an fast allen Wahlen teilzunehmen.

Auch bei einer Differenzierung der Wahlteilnahme und der Wählertypen nach der politischen Ortsgröße ergeben sich einige signifikante Unterschiede. Die Bewohner von Großstädten geben häufiger an, an fast allen Wahlen teilzunehmen, während sich in Mittelstädten (20-100.000 Einwohner) vergleichsweise mehr Befragte finden, die angeblich nur an wichtigen Wahlen teilnehmen. In kleineren Gemeinden (unter 5.000 Einwohnern) und in kleineren Großstädten unter 500.000 Einwohnern finden sich vergleichsweise seltener Stammwähler, die offenbar eher in Mittelstädten (20-100.000 Einwohner) anzutreffen sind. Dafür gibt es in kleineren Gemeinden und Großstädten bis unter 500.000 Einwohnern überdurchschnittlich viele Wechselwähler (Tabelle V im Anhang).

Auf eine Diskussion der Validität der Selbsteinstufungen im Hinblick auf Wahlteilnahme und Wählertypus wird hier bewusst verzichtet. Sofern es in den Selbsteinstufungen einen systematischen Messfehler geben sollte, weil zum Beispiel bestimmte Bevölkerungsgruppen ihr gelegentliches Wählen ungerne zugeben wollen, ist von einer relativen Konstanz des Messfehlers auszugehen, die sich bei einer langfristigen Zeitreihenbetrachtung weniger gravierend auswirkt. Auf Basis dieser Prämisse bietet die bis zum Jahr 2005 zurückreichende Zeitreihe aus Grundlagenstudien der Hanns-Seidel-Stiftung über die Selbsteinstufungen der Wähler als Stamm- oder Wechselwähler einen aufschlussreichen Überblick (Abbildung 14).

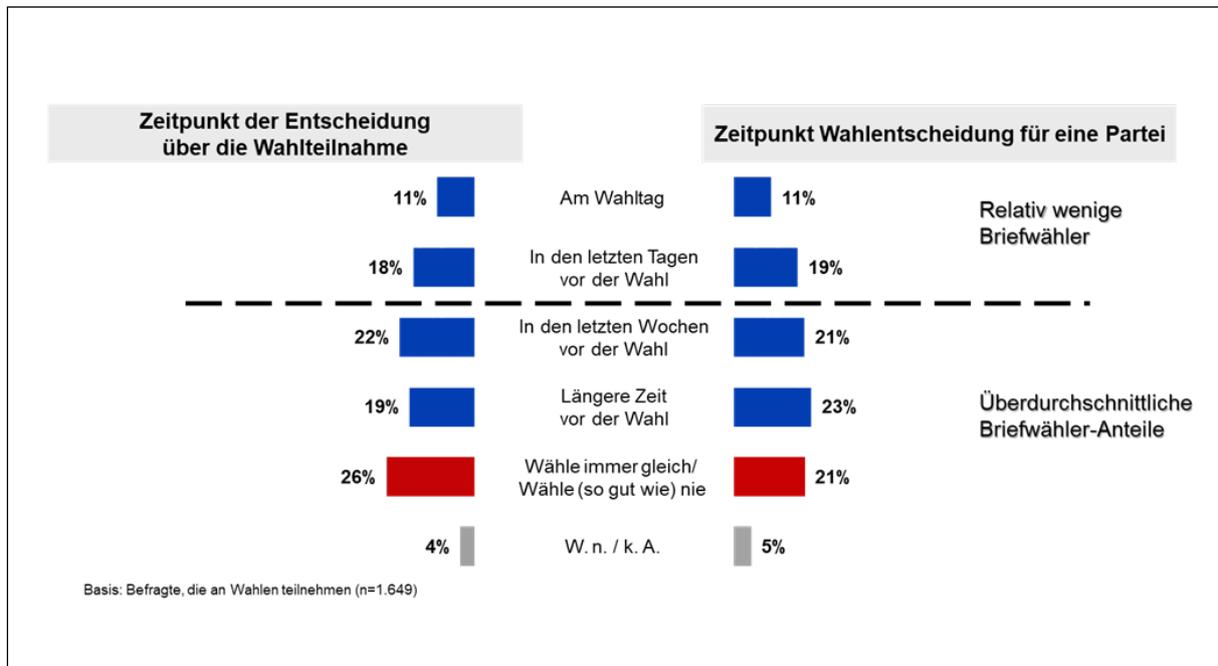
Abbildung 14: Selbsteinstufung des Wählertypus im Zeitverlauf



So bekannte sich 2005 nur ein Drittel der Wahlberechtigten in Bayern dazu, eher ein Wechselwähler zu sein, während sich fast zwei Drittel als typische Stammwähler einer Partei bezeichneten. Fünf Jahre später stuften sich immerhin noch 60 % der Befragten als Stamm- und 35 % als Wechselwähler ein. 2016 gab es nach eigenen Angaben bereits nur noch 55 % Stamm-, aber bereits 40 % Wechselwähler. Endgültig kehrten sich dann die Relationen zwischen Stamm- und Wechselwählern zwischen 2019 und 2021 um. Die Wechselwähler sind in der neuesten Untersuchung mit 50 % gegenüber 45 % Stammwählern erstmalig in der Mehrheit (Abbildung 14).

Die seit Jahren in Grundlagenuntersuchungen unter den Wahlberechtigten in Bayern erhobenen Angaben über regelmäßige bzw. zeitweise Beteiligung an Wahlen sowie die Selbsteinstufung der Befragten als Stamm- oder Wechselwähler lassen zwar keine präzisen Hochrechnungen für die knapp 9,5 Millionen Wahlberechtigten in Bayern zu, erlauben aber sehr wohl verlässliche Aussagen über diese Trends im Wahlverhalten. Das gilt im Übrigen auch für die Zeitpunkte, zu denen eine Entscheidung über die Beteiligung an einer Wahl bzw. für die konkret gewählte Partei getroffen wurde. Aus einer Vielzahl von Wahltagsbefragungen ist bekannt, dass eine endgültige Wahlentscheidung von denjenigen, die zu einer Wahl gingen und deshalb im Rahmen eines Exit Poll überhaupt befragt werden konnten, immer später getroffen wird.

Abbildung 15: Entscheidungszeitpunkt über Wahlteilnahme und Wahlentscheidung



In der vorliegenden Grundlagenuntersuchung konnte dieser Aspekt ebenfalls durch eine entsprechende Frage überprüft und durch eine zusätzliche Frage zur Entscheidung über die Wahlteilnahme ergänzt werden. Die Antworten lassen erkennen, dass die Angaben über den Zeitpunkt einer Entscheidung über die Wahlteilnahme und über die konkrete Entscheidung für eine gewählte Partei nicht weit auseinanderliegen (Abbildung 15).

So gibt zwischen einem Fünftel bzw. einem Viertel der Wahlberechtigten an, im Prinzip immer gleich oder aber nie zu wählen und deshalb keine Entscheidungszeitpunkte für Wahlteilnahme und die konkret gewählte Partei machen zu können. Etwa vier von zehn Befragten berichten, ihre Entscheidung über die Wahlteilnahme entweder bereits längere Zeit (19 %) oder aber langfristiger, d. h. in den letzten Wochen vor der Wahl (22 %), getroffen zu haben. Im Hinblick auf die Wahlentscheidung beträgt der Befragtenanteil mit der Angabe „längere Zeit“ 23 % und für „in den letzten Wochen vor der Wahl“ 21 %. Bei diesen Befragtengruppen dürfte es sich aufgrund der stetig steigenden Anteile von Briefwählern in überdurchschnittlichem Umfang um potenzielle Briefwähler handeln (Abbildung 15).

Gleichzeitig wird erkennbar, dass ca. ein Fünftel der Wahlberechtigten in Bayern erst in den letzten Tagen vor der Wahl über die Teilnahme und / oder die zu wählende Partei nachdenkt, während gut jeder zehnte Wahlberechtigte erst am Wahltag über eine Teilnahme und / oder die bevorzugte Partei entscheidet. Das bedeutet, dass ca. eine Woche vor dem Wahltermin noch etwa ein Drittel der Wahlberechtigten in Bayern sowohl im Hinblick auf die Teilnahme als auch die Wahlentscheidung nicht entschieden hat und deshalb die politischen Botschaften der konkurrierenden Parteien in der letzten Woche aufmerksamer verfolgen dürfte (Abbildung 15).

Die Betrachtung des Entscheidungszeitpunktes über die Wahlteilnahme nach Alter und Geschlecht erbringt in Verbindung mit dem Geschlecht keine signifikanten Unterschiede. Beim Alter wird jedoch erkennbar, dass 17- bis 24-Jährige überdurchschnittlich oft erst am Wahltag oder in den letzten Tagen vor der Wahl entscheiden (Tabelle VI im Anhang). Im Gegensatz dazu ist in dieser Altersgruppe eine Entscheidung in den letzten Wochen vor der Wahl relativ selten. Allerdings findet sich in dieser Altersgruppe auch ein überdurchschnittlicher Anteil von Befragten, der sich schon „längere Zeit vor der Wahl“ entschieden hat. Das trifft im Übrigen auch für die Befragten zwischen 25 und 44 Jahren zu, die gleichzeitig unterdurchschnittliche Anteile für eine Entscheidung in den letzten Tagen vor der Wahl aufweisen (Tabelle VI im Anhang).

Auch bei einer Differenzierung des Entscheidungszeitpunkts über die Wahlteilnahme nach der momentanen Wahlabsicht ergeben sich einige signifikante Unterschiede. CSU-Wähler begründen überdurchschnittlich oft, immer gleich zu wählen und deshalb keinen Entscheidungszeitpunkt nennen zu können. Dies trifft für Wähler der Grünen gerade nicht zu, die zudem auch seltener erst am Wahltag entscheiden. Die Wähler der AfD entscheiden hingegen überdurchschnittlich oft erst am Wahltag oder in den letzten Tagen vor der Wahl über ihre Teilnahme und wählen erwartungsgemäß deutlich seltener immer gleich. Die der SPD verbliebenen Wähler entscheiden über eine Wahlteilnahme vergleichsweise häufiger längere Zeit vor der Wahl bzw. wählen ebenfalls immer gleich. Die Wähler der Linken entscheiden teils überdurchschnittlich oft in den letzten Tagen, aber auch in den letzten Wochen vor der Wahl oder sie haben wegen konstanten Wahlverhaltens bzw. immer gleicher Wahl keine Entscheidungen zu fällen. Die Anhänger der Freien Wähler geben im Gegensatz dazu vergleichsweise häufig an, über ihre Teilnahme bereits längere Zeit vor der Wahl zu entscheiden, während die Wähler der sonstigen Parteien überdurchschnittlich oft erst am Wahltag oder immerhin in den letzten Wochen vor der Wahl entscheiden (Tabelle VII im Anhang).

**Wähler der AfD
entscheiden über ihre
Teilnahme überdurch-
schnittlich oft erst
kurz vor der Wahl.**

Beim Entscheidungszeitpunkt über die Wahlteilnahme gibt es bei der politischen Ortsgröße nur wenige nennenswerte Unterschiede. In kleineren Gemeinden (bis <5.000 Einwohner) entscheidet man in den letzten Wochen vor der Wahl etwas häufiger, in Großstädten jedoch seltener über die Wahlteilnahme. In den verschiedenen Regionen Bayerns ist das Bild relativ uneinheitlich. Überdurchschnittlich oft wird in den meisten Fällen in den letzten Wochen oder teilweise sogar längere Zeit vor der Wahl über eine Teilnahme entschieden (Tabelle VIII im Anhang).

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Wahlentscheidung spielt analog zur Entscheidung über die Teilnahme offensichtlich die derzeitige Wahlabsicht ebenfalls eine große Rolle. Erkennbar wird, dass sich die derzeitigen Wähler der sonstigen Parteien sowie der AfD und der Linken tendenziell häufiger in den letzten Tagen vor der Wahl oder erst am Wahltag entscheiden. Die derzeitigen Anhänger der Grünen, der FDP und der Freien Wähler tendieren hingegen überdurchschnittlich oft zu einer Wahlentscheidung längere Zeit vor dem Wahltermin oder spätestens in den letzten Wochen vor der Wahl. Die Anhänger der CSU und der SPD, aber auch die Wähler der Linkspartei bekunden hingegen häufiger, im Prinzip immer gleich zu wählen (Tabelle 10).

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Wahlentscheidung ist das Bild im Hinblick auf soziodemographisch bedingte Unterschiede relativ ähnlich wie beim Zeitpunkt der Entscheidung über eine Wahlteilnahme. Die 17- bis 24-Jährigen treffen analog zur Entscheidung über ihre Teilnahme auch ihre Wahlentscheidung überdurchschnittlich oft erst in den letzten Tagen vor der Wahl oder sogar am Wahltag selbst (Tabelle IX im Anhang).

Tabelle 10: Zeitpunkt der Wahlentscheidung nach Wahlabsicht

Zeitpunkt Wahlentscheidung für eine Partei	Gesamt	CSU	Grüne	FDP	AfD	SPD	Linke	FW	Sonstige
Am Wahltag	11	10	10	13	11	10	7	11	18
In den letzten Tagen vor der Wahl	19	17	14	20	27	16	23	11	18
In den letzten Wochen vor der Wahl	21	22	23	16	15	19	22	32	22
Längere Zeit vor der Wahl	23	23	28	27	22	24	21	32	18
Wähle immer gleich/ Wähle (so gut wie) nie	21	24	23	19	18	26	25	9	22
Weiß nicht/ keine Angabe	5	4	4	6	7	5	3	6	4

Der Großraum München tendiert etwas häufiger erst zu einer Wahlentscheidung am Wahltag.

Bei einer Differenzierung des Zeitpunktes der Wahlentscheidung für eine Partei nach der politischen Ortsgröße sind keinerlei signifikante Unterschiede erkennbar. Lediglich unter regionalen Gesichtspunkten gibt es einige Differenzierungen. So tendiert man im Großraum München offenbar etwas häufiger erst zu einer Wahlentscheidung am Wahltag, während im Rest Oberbayerns die Wahlentscheidung mit erhöhter Tendenz in den letzten Tagen vor der Wahl getroffen wird. In Franken ergeben sich erhöhte Werte für eine Entscheidung in den letzten Wochen vor der Wahl, während in Schwaben ähnlich wie im Raum München wohl etwas häufiger erst am Wahltag und in Oberpfalz bzw. Niederbayern eher in den letzten Tagen vor der Wahl entschieden wird (Tabelle X in Anhang).

In den letzten Jahren sind die grundsätzlichen Einstellungen zur Teilnahme an einer Wahl weitgehend unverändert geblieben. Von den etwa drei Viertel der Wahlberechtigten in Bayern, die entweder an fast allen Wahlen oder aber nur bei wichtigen Wahlen teilnehmen, bezeichnen sich weniger als die Hälfte eher als typische Stammwähler, während sich genau die Hälfte als typische Wechselwähler einstuft. Bezogen auf die Gesamtheit aller Wahlberechtigten in Bayern wären das somit ca. ein Drittel Stammwähler und ca. 40 % Wechselwähler, während der Rest der Befragten als dezidierte Nicht- bzw. als bisherige Nicht- oder Erstwähler in keine der beiden Kategorien eingeordnet werden kann.

Da aber heute Stammwähler von Parteien oftmals auch nur an für sie wichtigen Wahlen teilnehmen, bedeutet dies, dass je nach Wahl unter den abgegebenen Stimmen deutlich weniger als 30 % von Stammwählern der verschiedenen Parteien stammen dürften.

Die Angaben über den Zeitpunkt einer Entscheidung über die Wahlteilnahme und über die konkrete Entscheidung für eine gewählte Partei liegen nicht weit auseinander. Da etwa ein Viertel der Wahlberechtigten nie oder immer gleich wählt, kann diese Personengruppe auch nicht über Entscheidungszeitpunkte berichten. Deutlich weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten berichtet von einem längeren Entscheidungshorizont („längere Zeit vor der Wahl“ oder „in den letzten Wochen vor der Wahl“), während etwa ein Drittel der Wahlberechtigten relativ kurzfristig über Wahlteilnahme und / oder die gewählte Partei entscheidet, davon ein Fünftel „in den letzten Tagen vor der Wahl“ und mehr als jeder Zehnte sogar „erst am Wahltag“.

3.4 Offene Fragen im Vorfeld der Bundestagswahl

3.4.1 Unsicherheit über Wahlteilnahme und Wahlentscheidung

Insbesondere vor Bundestagswahlen beschäftigen sich Wissenschaft, Medien und vor allem die Strategen der Parteien besonders gerne mit der Frage, ob und wie man Nichtwähler, Unentschlossene und im Hinblick auf die Wahlteilnahme bzw. Wahlentscheidung noch nicht völlig festgelegte Personen grundsätzlich zu einer Wahlteilnahme oder auch zur Entscheidung für eine bestimmte Partei bewegen kann. Diesen Fragen soll auch durch eine entsprechende Analyse auf Basis der vorliegenden Grundlagenuntersuchung nachgegangen werden.

Allerdings wird hier auf eine Analyse der Nichtwähler verzichtet, weil im Rahmen dieser Grundlagenuntersuchung darunter nur solche Wahlberechtigte verstanden werden, die auf eine entsprechende Frage zu ihrem Wahlverhalten angeben, „nie bzw. so gut wie nie zu wählen“. Bei dieser Teilgruppe, die 314 von 2.169 Befragten umfasst (14,5 %), ist aufgrund der von den Befragten vorgenommenen Selbsteinstufung davon auszugehen, dass man entweder dauerhaft nicht wählt oder sich zumindest an dieser Wahl auf keinen Fall beteiligen will (siehe Kapitel 3.3.3).

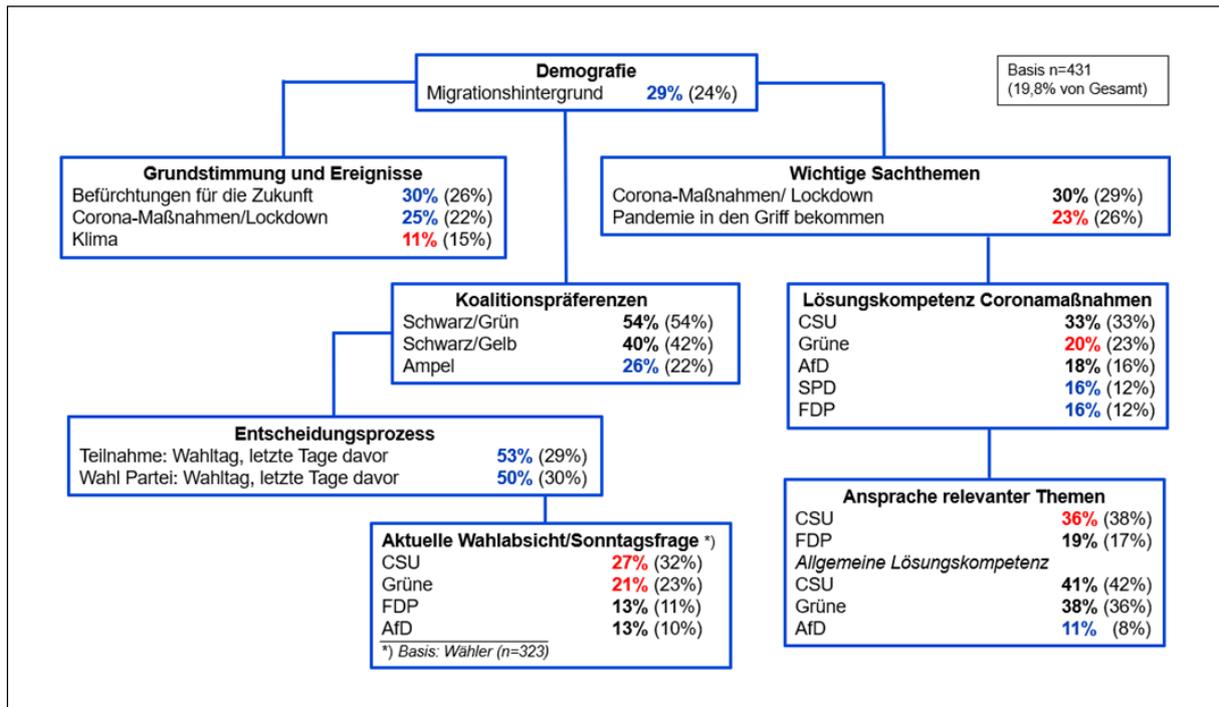
Rund 20 % der Befragten sind sich hinsichtlich ihrer Wahlteilnahme noch nicht sicher.

Wesentlich interessanter für eine Analyse sind im Gegensatz dazu die eventuell noch für eine Wahlteilnahme überzeugbaren Befragten, die sich auf eine entsprechende Frage zur Wahlbeteiligung derzeit noch nicht völlig sicher sind, ob sie sich an der kommenden Bundestagswahl beteiligen werden. Diese Teilgruppe macht immerhin 431 Personen (19,8 % aller Befragten) aus (siehe Kapitel 3.3.1). Für die bezüglich einer Wahlbeteiligung noch Unentschlossenen wurde deshalb eingehender überprüft, ob es bei deren Demographie oder Einstellungen Besonderheiten gibt (Abbildung 16).

Dabei zeigt sich, dass die hinsichtlich einer Wahlteilnahme noch unsicheren Personen bei einer Differenzierung nach demographischen Merkmalen kaum Besonderheiten aufweisen. Die einzige signifikante Abweichung besteht darin, dass der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in dieser Teilgruppe etwas über dem Durchschnitt liegt (Abbildung 16).

In Verbindung mit der Grundstimmung, den wahrgenommenen Ereignissen und wichtigen daraus abgeleiteten Sachthemen ist das Bild für die bei der Wahlteilnahme Unsicheren schon etwas differenzierter. Sie artikulieren etwas häufiger Zukunftsängste und nehmen bei den Ereignissen die durch die Pandemie getroffenen Beschränkungen überdurchschnittlich wahr, während der Klimawandel hier eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt.

Abbildung 16: Das Profil der hinsichtlich einer Wahlteilnahme Unsicheren



Eine Entsprechung findet sich auch bei den Forderungen nach wichtigen politischen Sachthemen, wo die Corona-Maßnahmen und der Lockdown dem Durchschnitt aller Befragten gemäß angesprochen werden, die Forderung an die Politik, die Pandemie in den Griff zu bekommen, hingegen weniger relevant ist (Abbildung 16).

Bei den Koalitionspräferenzen gibt es angesichts dieser Einstellungen nur durchschnittliche Werte für Schwarz-Grün und Schwarz-Gelb, aber leicht überdurchschnittliche Präferenzen für eine Ampel. Ebenso schneiden bei der Wahlabsichtsfrage, die den hinsichtlich einer Wahlteilnahme noch schwankenden Befragten ebenfalls gestellt wurde, CSU und Grüne unterdurchschnittlich ab. Allerdings gibt es bei den Entscheidungsprozessen zur Wahlteilnahme und zur Wahlentscheidung weit über dem Durchschnitt liegende Werte für die Angabe, dass man beide Fragen voraussichtlich erst am Wahltag oder in den letzten Tagen vor der Wahl entscheiden wird (Abbildung 16).

Obleich sich bei dieser Analyse für die Teilgruppe der bezüglich einer Wahlteilnahme noch unsicheren Befragten monokausale Erklärungsmuster verbieten, bleibt dennoch der Eindruck, dass ein erheblicher Teil der im

Von einer Wahlteilnahme der Unsicheren würden vermutlich eher FDP und AfD profitieren.

Hinblick auf eine Wahlbeteiligung noch schwankenden Personen (ca. ein Fünftel aller Wahlberechtigten) zu einer etwas negativeren Grundstimmung tendiert, in Verbindung mit der Pandemie vor allem die Beschränkungen und deren Aufhebung im Auge hat und sich zudem deshalb auch bei den etablierten, üblicherweise bevorzugten Parteien nicht so recht aufgehoben fühlt. Die Konsequenz besteht zumindest für einen Teil der noch Unsicheren darin, über eine Teilnahme und die konkret gewählte Partei erst in den letzten Tagen vor der Wahl oder sogar erst am Wahltag zu entscheiden. Die bisher schon unterdurchschnittlichen Wahlabsichten für CSU und Grüne in dieser Befragtengruppe deuten darauf hin, dass diese Konstellationen im Falle einer Wahlteilnahme eher zu Lasten der CSU und der Grünen gehen dürften, während FDP und AfD davon profitieren könnten.

Da im Vorfeld einer Wahl nicht nur Unsicherheit im Hinblick auf die Wahlteilnahme, sondern auch bezüglich der zu wählenden Partei besteht, ist ebenso eine Analyse der bei der Wahlentscheidung noch unentschlossenen oder schwankenden Befragten von Interesse. Da die Wahlabsichtsfrage allen Personen gestellt wurde, die zuvor eine Teilnahme an der Wahl nicht definitiv ausschlossen, konnten bzw. wollten immerhin 447 Befragte (knapp 21 % aller Befragten) zum Befragungszeitpunkt keine Partei ihrer Wahl nennen. Neben dieser Teilgruppe waren aber auch noch jene 610 Personen (ca. 28 % aller Befragten) von Interesse, die bei der Frage nach der aktuellen Wahlabsicht zwar eine Partei nannten, auf eine konkrete Nachfrage hin aber einräumten, dass für sie eventuell auch eine andere als die im Interview genannte Partei in Betracht käme.

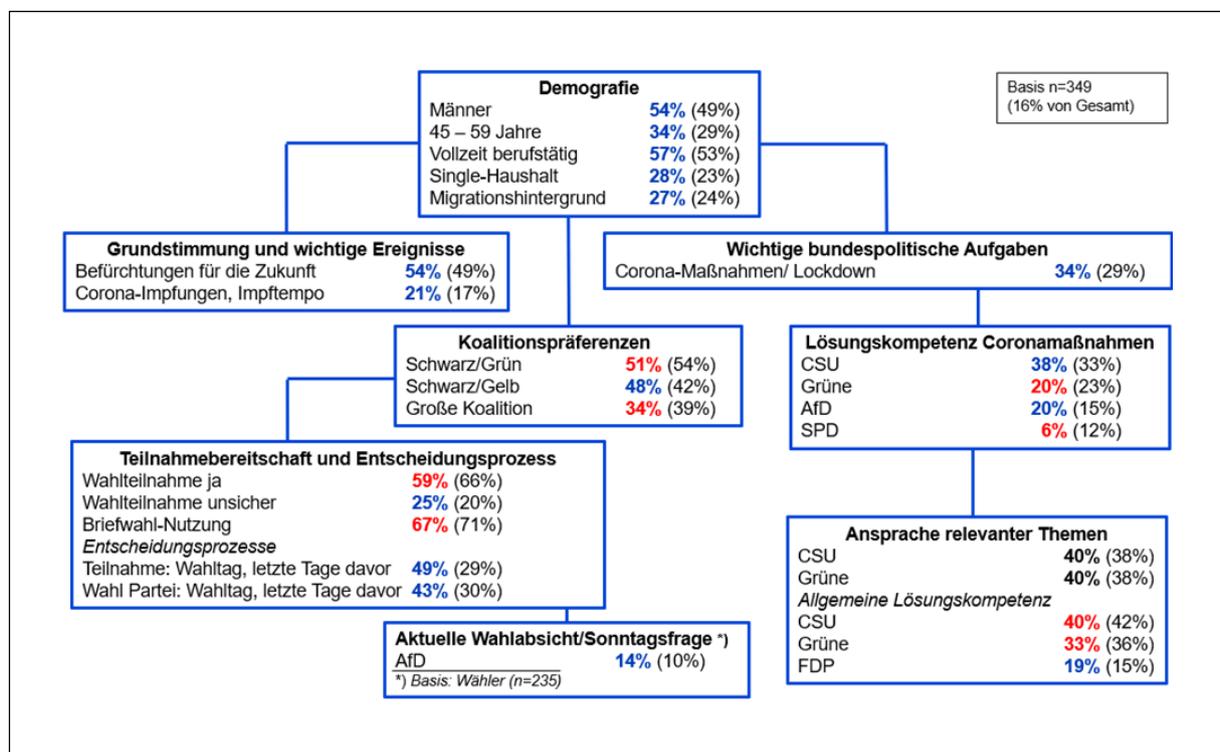
Sowohl die 447 bereits bei der Wahlabsicht Unentschlossenen als auch jene 610 Befragten, für die trotz konkreter Wahlentscheidung auch die Wahl einer anderen Partei in Betracht kam, wurden im Hinblick auf soziodemographische Merkmale und Besonderheiten bei den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen eingehend untersucht, ohne dass durch die Analyse die Herausarbeitung eines spezifischen Profils oder klarer Erkenntnisse möglich gewesen wäre. Dabei spielen sicherlich die ständig abnehmende Bedeutung der Parteien als Interessenvertreter spezifischer sozialer Gruppen, die weitgehend verschwundenen langfristigen Parteibindungen der Wähler sowie die ständig zunehmende Komplexität und Heterogenität politischer Probleme und Aufgaben eine Rolle.

Angesichts mangelnder Erkenntnisse über diese beiden Teilgruppen der bei der Wahlentscheidung noch Unentschlossenen wurde deshalb noch eine weitere Teilgruppe mit in die Analyse einbezogen. Dabei handelt es sich um solche Personen, die ihre Entscheidung bezüglich Teilnahme und gewählter Partei grundsätzlich bewusst möglichst lange hinauszögern, da sie als typische Wechselwähler auch an nur für sie wichtigen Wahlen teilnehmen und

dabei ihre Wahlentscheidung immer wieder an anderen, teils völlig neuen Kriterien ausrichten. Durch entsprechende Fragen zum Wahlverhalten und den Entscheidungsprozessen wurden im Rahmen dieser Untersuchung insgesamt 349 Personen (ca. 16 % aller Befragten) identifiziert, die sich als typische Wechselwähler einstufen und zugleich einräumten, nur an für sie wichtigen Wahlen teilzunehmen (siehe Kapitel 3.3.3).

Schon im Hinblick auf demographische Merkmale ergeben sich für diese Wählergruppe einige Besonderheiten. Unter den Wechselwählern, die nur bei wichtigen Wahlen teilnehmen, gibt es überdurchschnittlich viele Männer, Personen zwischen 45 und 59 Jahren, Vollzeit berufstätige sowie in einem Single-Haushalt lebende Befragte. Außerdem gibt es analog zu den bei der Wahlbeteiligung Unentschlossenen auch überdurchschnittlich viele Personen mit Migrationshintergrund (Abbildung 17). Eine weitere Gemeinsamkeit mit den bei der Wahlbeteiligung Unentschlossenen besteht darin, dass die Wechselwähler ebenfalls überdurchschnittlich oft Befürchtungen für die Zukunft hegen, auch die Aufhebung der Corona-Beschränkungen vergleichsweise häufiger als wichtige bundespolitische Aufgabe bezeichnen, aber bei den Ereignissen nicht die Beschränkungen, sondern die schleppe Imagekampagne in den Vordergrund stellen (Abbildung 17).

Abbildung 17: Das Profil der Wechselwähler, die nur bei wichtigen Wahlen teilnehmen



Wechselwähler sehen eine Lösungskompetenz bei Corona-Maßnahmen überdurchschnittlich oft bei CSU und AfD.

Anders als die bei der Wahlteilnahme Unentschlossenen billigen die Wechselwähler bei der Lösungskompetenz für Corona-Maßnahmen sowohl der CSU als auch der AfD überdurchschnittlich oft, den Grünen und der SPD hingegen unterdurchschnittliche Kompetenz zu. Bei der Ansprache relevanter Themen und der allgemeinen Lösungskompetenz für die dringenden Zukunftsaufgaben ergeben sich für die meisten Parteien im Regelfall eher durchschnittliche Werte mit Ausnahme einer deutlich positiveren Kompetenzzuweisung für die FDP als diejenige Partei, die sich besonders deutlich gegen restriktive Maßnahmen und Beschränkungen der Freiheit positioniert (Abbildung 17).

Angesichts dieser im Aggregat feststellbaren Meinungsmuster verwundert es nicht, dass bei den Koalitionspräferenzen Schwarz-Grün und Große Koalition unterdurchschnittlich oft, die Konstellation Schwarz-Gelb hingegen deutlich über dem Durchschnitt genannt werden. Ebenso plausibel ist es auch, dass diese Gruppe der Wechselwähler eine Wahlteilnahme oder die Nutzung der Briefwahl für deutlich unsicherer hält, gleichzeitig aber weit über dem Durchschnitt die Absicht bekundet, sowohl über die Wahlteilnahme als auch die gewählte Partei erst in den letzten Tagen vor der Wahl oder sogar erst am Wahltag zu entscheiden (Abbildung 17).

In vielen Belangen ähneln die Einstellungsmuster der Wechselwähler den Konstellationen bei den Unsicheren im Hinblick auf eine Wahlbeteiligung. Auch die Wechselwähler tendieren zu einer etwas negativeren Grundstimmung und haben in Verbindung mit der Pandemie ebenfalls die Aufhebung der Beschränkungen als wichtige Aufgabe im Fokus, sprechen aber zugleich bei den wichtigen Ereignissen auch ihre Unzufriedenheit mit der Impfkampagne an. Auch für einen überdurchschnittlichen Anteil der Wechselwähler führt eine erkennbare Unzufriedenheit mit Union, Grünen und der SPD dazu, dass man über eine Teilnahme und die konkret gewählte Partei erst in den letzten Tagen vor der Wahl oder sogar erst am Wahltag entscheiden will. Die bisher bereits deutlich überdurchschnittliche Wahlabsicht von 14 % zugunsten der AfD ist ein Beleg dafür, dass man sich mit einer Wahlentscheidung zuungunsten der bisher präferierten Parteien zwar schwertut, im Zweifelsfall aber doch bereit ist, gegenwärtige und zukünftige Regierungsparteien wegen der Corona-Politik abzustrafen (Abbildung 17).

3.4.2 Einstellungen zur Briefwahl

Die Covid-19-Pandemie hat im Verlauf des letzten Jahres bei verschiedenen Wahlen den ohnehin schon vorhandenen Trend zur Briefwahl nochmals stark beschleunigt. Die in der vorliegenden Grundlagenuntersuchung erhobenen Einstellungen der Bayern zur Briefwahl lassen vermuten, dass es nach Überwindung der Pandemie keineswegs zu einer Trendumkehr kommen wird. Vielmehr ist davon auszugehen, dass im Laufe der Jahre die Briefwahl allmählich vom Ausnahme- zum Regelfall werden wird.

Auf die Frage nach der Wahrscheinlichkeit der Nutzung der Briefwahl-Möglichkeit bei der kommenden Bundestagswahl geben 39 % der Wahlberechtigten in Bayern an, die Briefwahl „ganz bestimmt“ nutzen zu wollen. Weitere 36 % halten dies zumindest für wahrscheinlich. Das Lager der Briefwahl-Gegner ist inzwischen mit 17 % für „wahrscheinlich nicht“ und 5 % für „auf keinen Fall“ eindeutig in der Minderheit. Die Präferenzen für die Nutzung der Briefwahl sind auf den ersten Blick erstaunlich hoch, werden aber plausibel, wenn man die Informationen über die bisherige Nutzung der Briefwahl miteinbezieht. Demnach haben nämlich mehr als zwei Drittel der Befragten bereits die Briefwahl genutzt, davon 11 % „immer“, 34 % „mehrmals“ und weitere 23 % „einmal“. Umgekehrt hat bisher nur eine Minorität von 30 % die Briefwahl noch nie genutzt (Abbildung 18).

Abbildung 18: Einstellungen zur Briefwahl und deren Nutzung

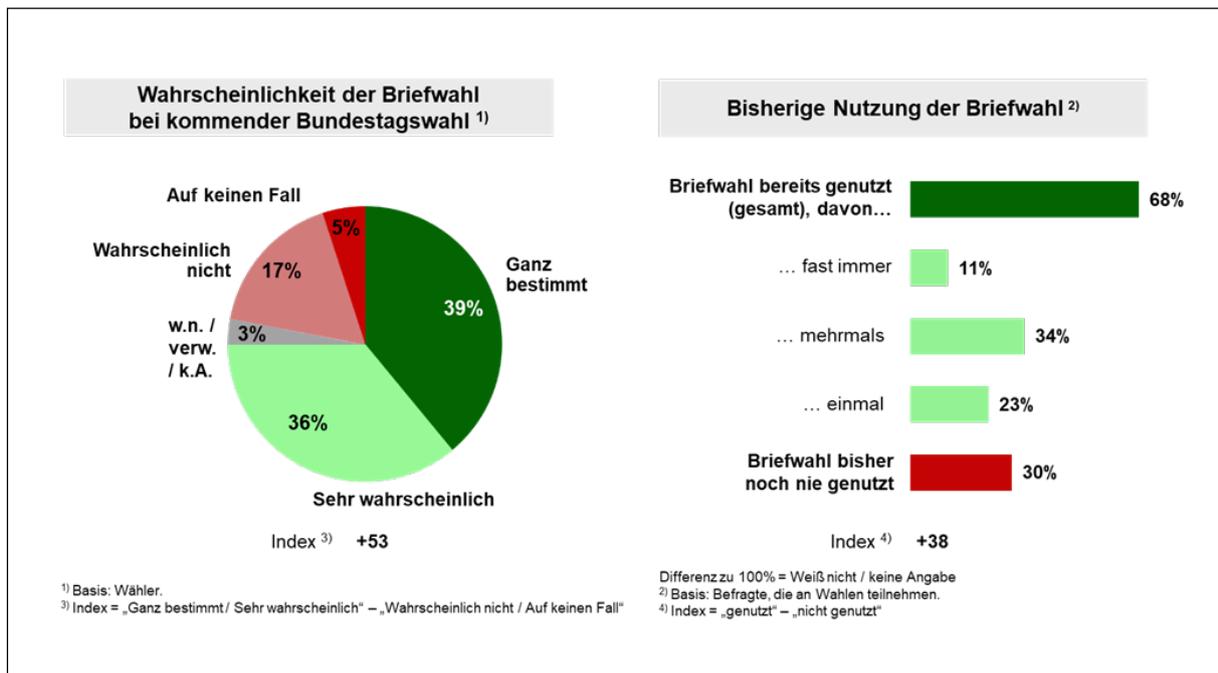


Tabelle 11: Einstellungen zur Briefwahl und deren Nutzung nach Alter und Geschlecht

Wahrscheinlichkeit der Briefwahl bei kommender Bundestagswahl ¹⁾	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-24	25-34	35-44	45-59	60+	Männlich	Weiblich
Ganz bestimmt	39	32	41	35	36	43	38	39
Sehr wahrscheinlich	36	40	33	40	38	34	37	36
Wahrscheinlich nicht	17	19	16	19	17	16	15	18
Auf keinen Fall	5	3	5	3	7	5	6	5
Index ²⁾	53	50	53	53	50	56	4	3

Bisherige Nutzung der Briefwahl ³⁾								
	Gesamt	17-24	25-34	35-44	45-59	60+	Männlich	Weiblich
Briefwahl bereits genutzt	68	50	69	73	65	70	69	66
Briefwahl bisher noch nie genutzt	30	46	28	25	32	28	29	30
Index ⁴⁾	38	4	41	48	33	42	40	36

Differenzen zu 100% = Weiß nicht / keine Angabe
¹⁾ Basis: Wähler.
²⁾ Index = „Ganz bestimmt“ / „Sehr wahrscheinlich“ – „Wahrscheinlich nicht“ / „Auf keinen Fall“
³⁾ Basis: Befragte, die an Wahlen teilnehmen.
⁴⁾ Index = „genutzt“ – „nicht genutzt“

Die Differenzierung der Einstellungen zur Briefwahl und deren Nutzung nach Alter und Geschlecht erbringt wie bei vielen anderen Themenstellungen auch hier keine signifikanten Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Beim Alter wird hingegen erkennbar, dass Befragte von 60 Jahren an aufwärts überdurchschnittlich oft die Briefwahl „ganz bestimmt“ nutzen wollen, während sich in den Altersgruppen bis zu 59 Jahren dafür eher unterdurchschnittliche Werte ergeben. Im Gegenzug ergeben sich für eine sehr wahrscheinliche Nutzung der Briefwahl bei den 17- bis 24-Jährigen sowie den 35- bis 44-Jährigen überdurchschnittliche Nennungshäufigkeiten (Tabelle 11).

Hinsichtlich der bisher gemachten Erfahrungen weisen die 17- bis 24-Jährigen, aber auch die 45- bis 59-Jährigen unterdurchschnittliche, die 35- bis 44-Jährigen hingegen überdurchschnittliche Werte auf. Dementsprechend höher ist deshalb bei den 17- bis 24-Jährigen der Anteil derjenigen, die noch nie von der Briefwahl Gebrauch gemacht haben, während die 35- bis 44-Jährigen unter den bisherigen Nichtnutzern unterrepräsentiert sind (Tabelle 11).

Auch bei der Wahlabsicht sind teils deutliche Unterschiede im Hinblick auf die bisherige und geplante Nutzung der Briefwahl-Möglichkeit erkennbar. So wollen Wähler der CSU und der Grünen die Möglichkeit der Briefwahl bei der kommenden Bundestagswahl überdurchschnittlich oft, Wähler der AfD, der SPD, der Linkspartei und vor allem der Freien Wähler hingegen vergleichsweise seltener nutzen. Die Wähler der SPD und der Freien Wähler halten die Nutzung der Briefwahl hingegen überdurchschnittlich oft für „sehr wahrscheinlich“, während es auch in der SPD-Wählerschaft sowie bei den Anhängern der Linkspartei, der FDP und der Freien Wähler vergleichsweise größere Gruppen gibt, die die Briefwahl „wahrscheinlich nicht“ oder „auf gar keinen Fall“ nutzen wollen (Tabelle 12).

Auch bei einer Differenzierung der Einstellungen zur Briefwahl nach politischer Ortsgröße und der Region werden einige Unterschiede erkennbar. Allerdings sind die Einstellungsmuster im Hinblick auf die politische Ortsgröße relativ uneinheitlich. In kleineren Gemeinden bis zu 5.000 Einwohnern sowie in mittelgroßen Städten (20.000-100.000 Einwohner) scheint die Tendenz zur Briefwahl gemessen an den Indexwerten etwas ausgeprägter zu sein als in Kleinstädten (bis 20.000 Einwohner) und in Großstädten ab 100.000 Einwohnern. Auch in den Regionen ist das Bild nicht einheitlich, obwohl für den Rest Oberbayerns ein überdurchschnittlicher Wert für eine ganz bestimmte Nutzung und für die Oberpfalz und Niederbayern eine häufigere Ablehnung der Nutzung erkennbar ist (Tabelle XI im Anhang).

Tabelle 12: Einstellungen zur Briefwahl und deren Nutzung nach Wahlabsicht

Wahrscheinlichkeit der Briefwahl bei kommender Bundestagswahl ¹⁾									
	Gesamt	CSU	Grüne	FDP	AfD	SPD	Linke	FW	Sonstige
Ganz bestimmt	39	42	42	40	36	31	33	28	33
Sehr wahrscheinlich	36	35	35	36	38	42	32	46	34
Wahrscheinlich nicht	17	14	17	15	16	23	26	15	23
Auf keinen Fall	5	5	4	8	5	5	4	8	6
Index ²⁾	53	58	56	53	53	45	34	51	38

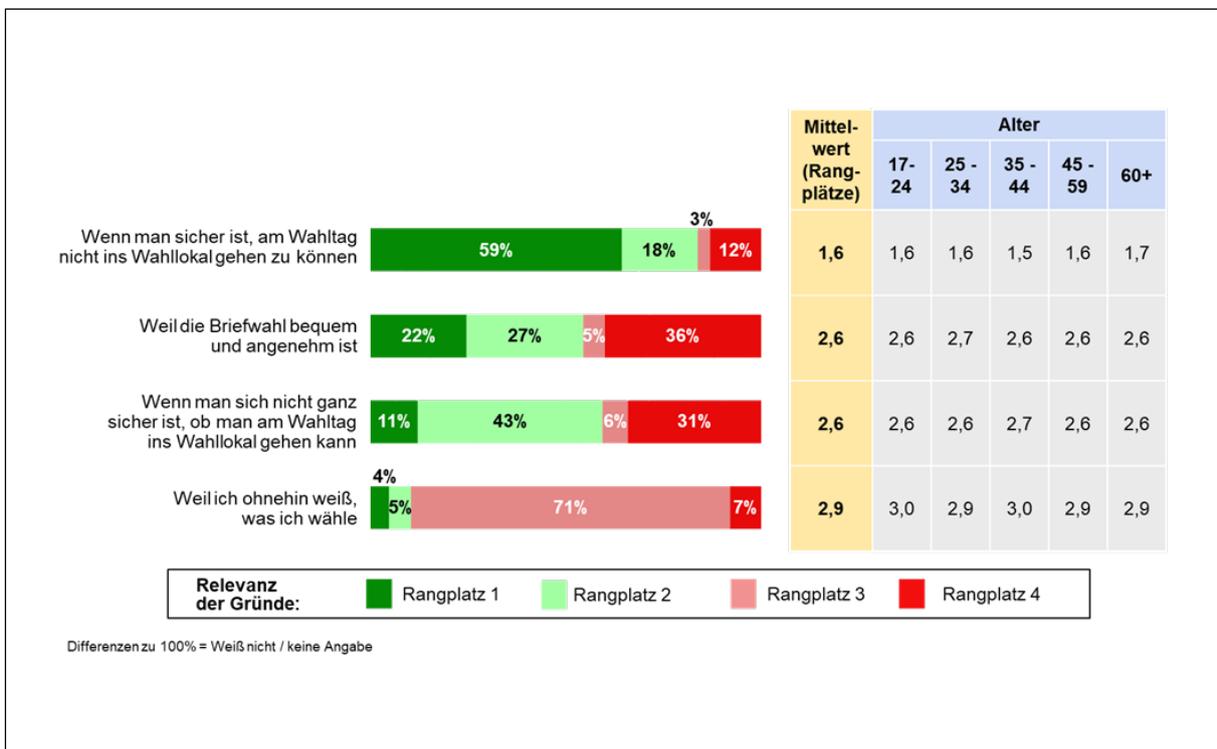
Bisherige Nutzung der Briefwahl ³⁾									
	Gesamt	CSU	Grüne	FDP	AfD	SPD	Linke	FW	Sonstige
Briefwahl bereits genutzt	68	71	70	67	69	70	64	64	59
Briefwahl bisher noch nie genutzt	30	25	27	30	30	30	35	32	37
Index ⁴⁾	38	46	43	37	39	40	29	32	22

Differenzen zu 100% = Weiß nicht / keine Angabe
¹⁾ Basis: Wähler.
²⁾ Index = „Ganz bestimmt“ / „Sehr wahrscheinlich“ – „Wahrscheinlich nicht“ / „Auf keinen Fall“
³⁾ Basis: Befragte, die an Wahlen teilnehmen.
⁴⁾ Index = „genutzt“ – „nicht genutzt“

In einem teils bemerkenswerten Gegensatz zu dem stark steigenden Trend zur Briefwahl steht hingegen die in der Umfrage erhobene Akzeptanz verschiedener Gründe für die Nutzung der Briefwahl-Möglichkeit. Der einzige, mit überwältigender Mehrheit akzeptierte Grund für die Nutzung der Briefwahl ist die Gewissheit, am Wahltag nicht ins Wahllokal gehen zu können. Darüber hinaus wird es aber auch noch akzeptiert, wenn man sich nicht ganz sicher ist, ob man am Wahltag ins Wahllokal kann und deshalb die Briefwahl beantragt (Abbildung 19).

Im Gegensatz dazu findet das Argument, dass die Briefwahl bequem und angenehm ist, eine vergleichsweise geringere Akzeptanz. Die eindeutig geringste Akzeptanz für Briefwahl besitzt hingegen das Argument, dass man ja ohnehin weiß, was man wählt und dies auch dann vorab per Briefwahl machen kann (Abbildung 19).

Abbildung 19: Akzeptanz der Gründe für Briefwahl



3.4.3 Koalitionspräferenzen

Aufgrund des raschen sozialen Wandels und der damit verbundenen stärkeren gesellschaftlichen Segmentierung in westlichen Industriegesellschaften haben sich auch in Deutschland die Parteien und das Parteiensystem deutlich verändert. Das betrifft sowohl den Schrumpfungsprozess der traditionellen Volksparteien als auch die veränderte Positionierung anderer Parteien wie zum Beispiel FDP und Linke sowie das Entstehen neuer Parteien. Dadurch sind absolute Mehrheiten mit Alleinregierungen so gut wie unmöglich geworden. Auch die traditionelle, vergleichsweise große Stabilität signalisierende Zweier-Koalition ist insbesondere auf Länderebene vielfach nicht mehr möglich, weil zur Regierungsbildung drei Parteien benötigt werden.

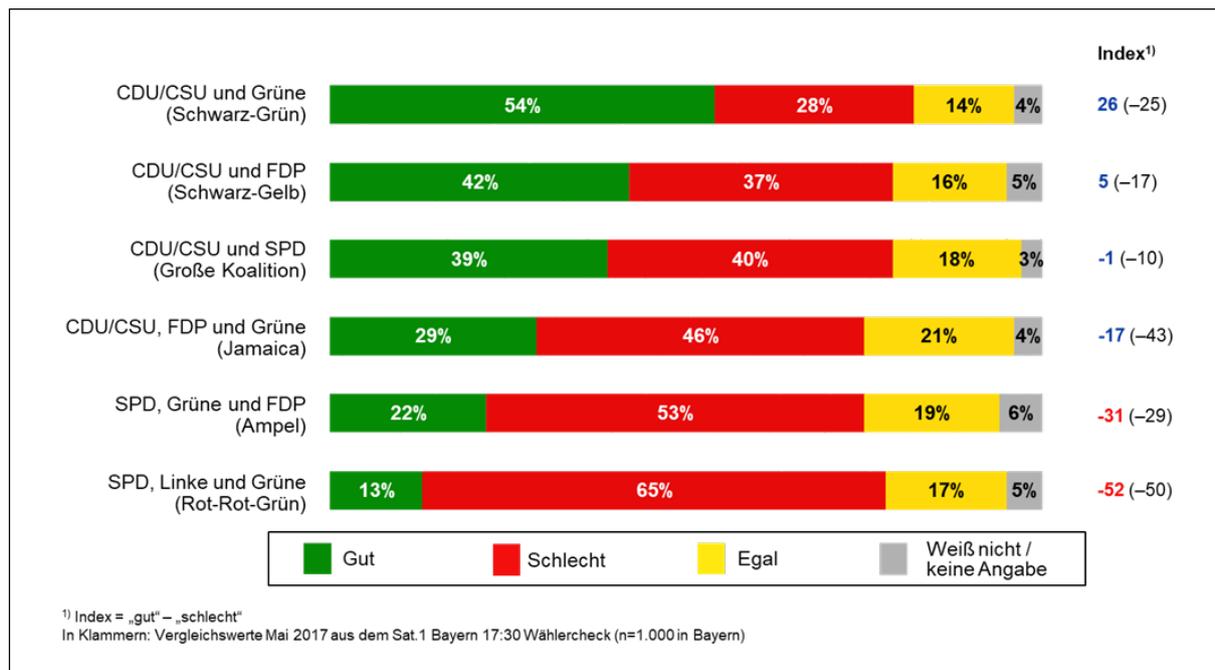
Ebenso ist es im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl noch keineswegs sicher, ob das Wahlergebnis vom 26. September 2021 die Bildung einer Zweier-Koalition zulassen wird. Angesichts der theoretisch wie inzwischen auch praktisch möglichen Vielzahl verschiedener Koalitionsmodelle mit drei Parteien stehen Parteien, Wähler, aber auch die politische Sozialforschung vor Herausforderungen. Die Parteien und ihre Wähler müssen beim Aushandeln von Koalitionsvereinbarungen für Dreier-Koalitionen größere Kompromisse als bisher machen.

Die Politikforschung kann hingegen nicht mehr wie früher durch einfache Abfrage von ein oder zwei realistischen Alternativen die Koalitionspräferenzen in der Wählerschaft ermitteln. Vielmehr sind komplexere Abfragemodelle erforderlich geworden, bei denen alle Alternativen von jedem einzelnen Befragten einzeln bewertet werden müssen. Diese Form der Abfrage belegt, dass sich wenige Monate vor der anstehenden Bundestagswahl Zweier-Koalitionen weiterhin einer größeren Beliebtheit erfreuen, weil man sich davon offensichtlich eine größere Stabilität verspricht (Abbildung 20).

Angesichts der unverkennbaren Ermüdungserscheinungen der seit 2013 regierenden Großen Koalition verwundert es nicht, dass von den theoretisch möglichen Zweier-Koalitionen eine Koalition aus Union und Grünen mit 54 % die größte Akzeptanz findet, gefolgt von einer Koalition aus Union und FDP, während die sogenannte Große Koalition nur noch von 39 % der Befragten in Bayern als eine gute Sache bezeichnet wird (Abbildung 20).

Aufgrund der stärkeren gesellschaftlichen Segmentierung verändert sich das Parteiensystem deutlich.

Abbildung 20: Koalitionspräferenzen



Erst danach folgen mit deutlich geringeren Zustimmungsqoten verschiedene Dreier-Koalitionen. Vergleichsweise am populärsten ist dabei derzeit ein Jamaica-Bündnis aus Union, FDP und Grünen (29 %), während eine Ampel aus SPD, Grünen und FDP mit 22 % und vor allem ein Rot-Rot-Grünes Bündnis nur noch bei 13 % der Befragten Zustimmung findet. Erst aus der synoptischen Betrachtung aller Einzelbewertungen für die alternativen Koalitionsmodelle lässt sich erkennen, dass eine Schwarz-Grüne oder Schwarz-Gelbe Zweier-Koalition in der Wählerschaft Bayerns die größte Akzeptanz finden, während Dreier-Koalitionen ohne Beteiligung der Union auf die vergleichsweise größte Ablehnung stoßen (Abbildung 20).

Bei der Bewertung dieser Koalitionsmodelle sind bei Alter und Geschlecht einige deutliche Unterschiede erkennbar. Männer halten unter anderem eine Koalition aus Union und FDP etwas seltener für eine gute Sache. Die 17- bis 24-Jährigen bewerten im Prinzip alle vorgestellten Koalitionsmodelle mit Ausnahme von Schwarz-Gelb und einer Großen Koalition überdurchschnittlich positiv, während die 25- bis 34-Jährigen mit Ausnahme einer Koalition von SPD, Linke und Grüne alle anderen Koalitionsmodelle vergleichsweise seltener für eine gute Sache halten. Auch bei den 35- bis 44-Jährigen werden Schwarz-Gelb und eine Große Koalition zurückhaltender, Rot-Rot-Grün jedoch etwas positiver beurteilt (Tabelle 13).

Tabelle 13: Koalitionspräferenzen nach Alter und Geschlecht

Koalitionsmodell als <u>gut</u> bewertet	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-24	25-34	35-44	45-59	60+	Männlich	Weiblich
CDU/CSU und Grüne – Schwarz-Grün	54	57	49	52	52	58	55	53
CDU/CSU und FDP – Schwarz-Gelb	42	33	39	36	46	43	39	43
CDU/CSU und SPD – Große Koalition	39	33	34	36	43	41	37	41
CDU, CSU, FDP und Grüne – Jamaica	29	32	26	28	29	30	30	28
SPD, Grüne und FDP - Ampel	22	26	19	21	23	22	21	23
SPD, Linke und Grüne – Rot-Rot-Grün	13	20	15	16	11	12	13	13

In der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen ergeben sich hingegen überdurchschnittliche Zustimmungswerte für Schwarz-Gelb und eine Große Koalition, während in der Altersgruppe von 60 Jahren an aufwärts die Zustimmung für Schwarz-Grün besonders hoch ausfällt. Die hohe, überdurchschnittliche Zustimmung für eine Koalition aus Union und Grünen bei den Älteren ist ein deutlicher Beleg dafür, dass die Grünen offensichtlich auch in dieser Altersgruppe keine gravierenden Akzeptanzprobleme mehr haben. Umgekehrt signalisieren die überdurchschnittlichen Werte für dieses Koalitionsmodell bei den 17- bis 24-Jährigen, dass man diese spezifische Kombination aus Union und Grünen für durchaus attraktiv hält. Zwar finden bei den Jüngeren alle Koalitionsmodelle unter Beteiligung der Grünen überdurchschnittliche Zustimmungswerte. Dessen ungeachtet ist in dieser Altersgruppe die Akzeptanz für Schwarz-Grün fast doppelt so hoch wie die Zustimmung zu einer Jamaica-Koalition. Außerdem wird deutlich, dass auch die Jüngeren trotz erhöhter Zustimmungswerte relativ wenig mit einer Ampel oder einer rot-rot-grünen Koalition anfangen können (Tabelle 13).

Noch deutlicher werden allerdings die Unterschiede, wenn man die Koalitionspräferenzen differenziert nach der Wahlabsicht betrachtet. Die beim Durchschnitt aller Befragten gemessene Zustimmungswerte von 54 % für Schwarz-Grün beträgt bei den CSU-Anhängern 75 % und bei den Wählern der Grünen sogar 83 %. Allerdings wird auch deutlich erkennbar, dass Schwarz-Grün in allen anderen Parteilagern massive Akzeptanzprobleme besitzt (Tabelle 14).

Tabelle 14: Koalitionspräferenzen nach Wahlabsicht

Koalitionsmodell als <u>gut</u> bewertet	Gesamt	CSU	Grüne	FDP	AfD	SPD	Linke	FW	Sonstige
CDU/CSU und Grüne – Schwarz-Grün	54	75	83	16	1	45	12	44	21
CDU/CSU und FDP – Schwarz-Gelb	42	67	13	84	30	28	5	46	27
CDU/CSU und SPD – Große Koalition	39	80	13	21	3	73	2	25	16
CDU, CSU, FDP und Grüne – Jamaica	29	42	33	41	2	5	8	27	16
SPD, Grüne und FDP - Ampel	22	3	36	25	3	54	10	17	24
SPD, Linke und Grüne – Rot-Rot-Grün	13	2	35	1	1	24	45	4	9

Ein etwas anderes Bild ergibt sich hingegen für Schwarz-Gelb. Auch hier ergeben sich bei den Anhängern der an dieser Koalition beteiligten Parteien erwartungsgemäß überdurchschnittliche Zustimmungswerte, während in den anderen Wählerlagern dieses Koalitionsmodell weitgehend abgelehnt wird. Eine Ausnahme davon ist hingegen die überdurchschnittliche Zustimmung für Schwarz-Gelb bei den Anhängern der Freien Wähler (Tabelle 14).

Ebenso eindeutig ist auch das Bild im Hinblick auf eine Große Koalition, die nur bei den Wählern von Union und SPD überdurchschnittliche Zustimmung findet, in allen anderen Parteilagern hingegen klar abgelehnt wird. Auch für die weniger populären Modelle mit Dreier-Koalitionen sind im Wesentlichen identische Einstellungsmuster zu finden, nach denen das jeweilige Modell bei den Anhängern der beteiligten Parteien überdurchschnittlich oft für gut befunden wird, während es bei den Wählern der anderen Parteien nur sehr geringe Akzeptanz findet (Tabelle 14).

Hinsichtlich der politischen Ortsgröße und der Region ergeben sich bei den Koalitionspräferenzen nur wenige erwähnenswerte Unterschiede. In kleineren Gemeinden zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern findet Jamaica leicht überdurchschnittliche Akzeptanz, während in Mittelstädten bis 100.000 Einwohner Schwarz-Gelb und Jamaica etwas seltener, eine Ampel und Rot-Rot-Grün jedoch etwas häufiger favorisiert werden. Für diese Unterschiede lassen sich aus der Untersuchung ebenso wenig Gründe ableiten wie für die etwas geringere Akzeptanz einer Großen Koalition in Großstädten. Dies gilt im Prinzip auch für über- bzw. unterdurchschnittliche Zustimmungswerte zu den einzelnen Koalitionsmodellen in den verschiedenen Regionen. Am ehesten nachvollziehbar sind die überdurchschnittlichen Werte für Rot-Rot-Grün im Großraum München und in Franken, die jedoch wie in allen anderen Fällen nichts an den grundsätzlichen Einstellungsmustern und der Rangfolge der Präferenzen für verschiedene Koalitionsmodelle ändern (Tabelle XII im Anhang).

Es gibt nur wenige Unterschiede bei Koalitionspräferenzen hinsichtlich politischer Ortsgröße und Region.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In Bayern überwiegt bei der allgemeinen Grundstimmung trotz andauernder Pandemie die Zuversicht.

Grundstimmung

Ein Zeitreihenvergleich belegt, dass sich die allgemeine Grundstimmung in der Bevölkerung Bayerns seit Ende des Jahres 2020 trotz des Andauerns der vor mehr als einem Jahr ausgebrochenen Pandemie und trotz erheblicher staatlicher Einschränkungen in Verbindung mit der Bekämpfung der Krankheit erheblich positiv verändert hat. Ende des Jahres 2020 dominierten noch eindeutig die pessimistischen Zukunftserwartungen, während nunmehr Zuversicht die Skepsis trotz eines gleichzeitig hohen Anteils Ambivalenter überwiegt. Offensichtlich haben verschiedene Lockerungen der Restriktionen und vor allem auch das zunehmende Tempo der Impfkampagne viele Menschen in Bayern dazu veranlasst, der Zukunft wieder mit mehr Optimismus entgegen zu sehen. Unverkennbar ist aber auch, dass der größere Optimismus eher verhalten artikuliert wird, weil man zwar Licht am Ende des Tunnels sieht, aber gleichzeitig vermutet, dass die Probleme noch nicht überstanden sind.

Wichtige Ereignisse

Im Frühjahr 2021 dominiert die Wahrnehmung von Ereignissen und Geschehnissen in Verbindung mit der Corona-Pandemie alle anderen Themenbereiche. Die vor zwei Jahren noch am häufigsten genannten Ereignisse in Verbindung mit dem Thema Klima, Umwelt, Natur und Energie wurden vom ersten Platz verdrängt. Wegen der hohen Nennungshäufigkeiten und der Komplexität der angesprochenen Einzelaspekte der Pandemie mussten die Nennungen sogar in drei verschiedene Untergruppen zusammengefasst werden.

Am häufigsten werden Wahrnehmungen und Ereignisse in Verbindung mit der Infektionslage wie z. B. die hohen Infektionsziffern und Todesraten, die Überlastung des Gesundheitssystems sowie auch Sorgen wegen des Infektionsrisikos angesprochen. Danach folgt die Bezugnahme auf die mit der Pandemie verbundenen Restriktionen bzw. den Lockdown. Der dritte Komplex von Ereignissen in Verbindung mit der Pandemie betrifft mit 18 % der Nennungen das Thema Impfungen, die vor allem wegen des Tempos kritisiert werden.

An vierter Stelle findet sich mit Ereignissen aus Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz erstmals ein klassischer, traditionell bedeutsamer Themenbereich aus dem Spektrum wichtiger Ereignisse. Bei detaillierter Betrachtung dieses Aspekts wird deutlich, dass die dort erfolgten Wahrnehmungen ebenfalls im engen Zusammenhang mit der Pandemie stehen. Erst danach werden Ereignisse in Verbindung mit dem Themenkomplex Klima, Umwelt, Natur und Energie erwähnt, die im Jahr 2019 noch den ersten Rang einnahmen. Auffällig ist, dass im Prinzip alle mit geringeren Nennungshäufigkeiten als früher angesprochenen klassischen Themenbereiche aufgrund der dort thematisierten Einzelaspekte sehr stark mit der alles dominierenden Thematik der Covid-19-Pandemie verbunden werden.

Bei einer Differenzierung der Wahrnehmung von wichtigen Ereignissen nach soziodemographischen Merkmalen ergeben sich nur relativ wenige erwähnenswerte Unterschiede. Offenkundig gibt es jedoch in Verbindung mit den wichtigen Ereignissen selektive Wahrnehmungsprozesse, die dazu führen, dass jüngere Wähler ähnlich den mittleren Jahrgängen die Pandemie in allgemeiner Form vergleichsweise häufiger wahrnehmen und zudem in diesem Zusammenhang auch eher Sorgen im Hinblick auf die Arbeitsplätze und ihr Kernthema Klima und Umwelt äußern. Die deutlichsten Unterschiede bezüglich der Wahrnehmung der wichtigsten Ereignisse ergeben sich jedoch im Hinblick auf die momentane Wahlabsicht. Es wird deutlich erkennbar, dass die Anhängerschaften der einzelnen Parteien jeweils Ereignisse und Geschehnisse überdurchschnittlich wahrnehmen, die von der jeweils bevorzugten Partei besonders intensiv thematisiert werden.

Jüngere Wähler sorgen sich in Verbindung mit der Pandemie eher um Arbeitsplätze, Klima und Umwelt.

Politische Aufgaben und deren Relevanz für das Wahlverhalten

Analog zu den wichtigen Ereignissen findet sich auch in dem aktuellen Katalog der wichtigsten politischen Aufgaben durch die seit mehr als einem Jahr grassierende Corona-Pandemie eine Reihe völlig neuer Themen, die die früher besonders wichtigen politischen Aufgaben dominieren und teilweise fast völlig überlagern. Dazu gehören Erwartungen im Hinblick auf die Bekämpfung der Pandemie, aber auch Forderungen sowohl zur Verschärfung als auch zur Lockerung staatlicher Beschränkungen sowie Themen in Verbindung mit der Impfkampagne.

Zum anderen werden die Teilaspekte sogenannter klassischer politischer Aufgabenbereiche wie Wirtschaft und Finanzen oder Soziales aufgrund der Pandemie durch völlig neue Erwartungen (Hilfsprogramme, soziale Absicherung der Pandemiefolgen) geprägt. Hinzu kommt, dass es innerhalb der sogenannten traditionellen politischen Aufgabenbereiche auch erhebliche Verschiebungen in den Nennungshäufigkeiten gegeben hat. So werden politische Aufgaben in Verbindung mit den Themenbereichen Innere Sicherheit, Soziales / soziale Gerechtigkeit und vor allem Klima, Umwelt und Natur im Vergleich zu 2019 deutlich seltener angesprochen, während gleichzeitig Aufgaben in Verbindung mit Wirtschaft, Finanzen, Verbraucherschutz sowie Arbeit und Bildung häufiger genannt werden als vor zwei Jahren.

Neben der Pandemie und der Stärkung der Wirtschaft bleibt auch Klima ein wahlentscheidendes Thema.

Die Ergebnisse einer zusätzlichen gestützten Abfrage der Relevanz ausgewählter politischer Sachthemen für die Wahlentscheidung bestätigen weitgehend die bei der offenen Frage ermittelte Rangfolge. So werden neben der Bekämpfung der Pandemie auch wirksame Maßnahmen zum Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft, eine effektive Bekämpfung des Klimawandels und die schnellstmögliche Beendigung der wegen der Pandemie eingeführten Beschränkungen von jeweils mindestens 40 % der Befragten als ganz entscheidend bezeichnet. Eine deutlich geringere wahlentscheidende Relevanz ergibt sich hingegen bei der Verbesserung der Inneren Sicherheit, der schnellen Rückführung der hohen Verschuldung des Staates durch die Corona-Krise und vor allem im Hinblick auf eine stärkere Begrenzung der Migration und der Zuwanderung.

Die Lösungskompetenz für politische Aufgaben

In den vergangenen Jahren hat es wegen der Diskussionen um den Klimawandel und den Ausbruch der Covid-19-Pandemie nicht nur erhebliche Veränderungen im Spektrum der genannten wichtigen politischen Aufgaben, sondern auch bei der Zuweisung der Lösungskompetenzen gegeben. Die Kompetenzzuweisungen für die acht wichtigsten Themenbereiche lassen erkennen, dass es mit Ausnahme des Umwelt- und Klimaschutzes bei keinem Sachthema mehr ein Kompetenzmonopol für eine einzelne Partei gibt. Darüber hinaus können die Grünen neben dem Kompetenzmonopol im Umweltbereich mit Ausnahme des Bereichs Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz neuerdings auch bei allen anderen Themenbereichen respektable Kompetenzquoten erzielen.

Die CSU erreicht zwar bei sechs der acht zentralen Themenbereiche Kompetenzvorsprünge vor den Grünen, kann aber nur bei den Sachthemen „Infektionslage in den Griff bekommen“, „Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz“ sowie „Verbesserung der Impfkampagne“ zufriedenstellende Kompetenzquoten erzielen. Darüber hinaus bleibt es neben dem Kompetenzdefizit der CSU in Verbindung mit dem Umweltschutz auch bei dem traditionellen Kompetenzdefizit in der Sozialpolitik, weil hier bereits die Anmutung der Begriffe Soziales bzw. soziale Gerechtigkeit Kompetenzvermutungen zugunsten der SPD und der Grünen auslöst. Neben diesen Entwicklungen der Kompetenzzuweisungen für CSU und Grüne fallen aber auch teilweise beträchtliche Kompetenzquoten für andere Parteien ins Auge, die über den derzeit bei der Bundestagswahlabsicht erzielbaren Stimmanteilen dieser Parteien liegen.

Im Hinblick auf die Ansprache dringender Sachthemen und die generelle Problemlösungsfähigkeit für Zukunftsaufgaben ergibt sich im Frühjahr 2021 ein differenziertes Bild und zugleich eine deutlich veränderte Situation gegenüber dem Jahr 2017. Grüne und Union werden neuerdings im Hinblick auf die Ansprache dringender Themen gleich bewertet, während sich bei der Lösungskompetenz für die dringenden Themen unverändert noch ein Vorsprung für die Unionsparteien vor den Grünen ergibt. Während die FDP ihre Werte in etwa halten bzw. sogar leicht verbessern konnte, ergeben sich im Gegenzug deutliche Einbußen zulasten der SPD. Die Sozialdemokraten werden deutlich seltener als vor vier Jahren als die Partei gesehen, die dringende Themen nicht nur anspricht, sondern auch löst. Parallel zu diesen Entwicklungen gibt es auch Einbußen zulasten der AfD, während sich alle anderen Parteien leicht verbessern können.

Mit Ausnahme des Klimas gibt es bei keinem Sachthema mehr ein Kompetenzmonopol für eine Partei.

Bereitschaft zur Wahlteilnahme und aktuelle Wahlabsichten

Bei der Bundestagswahl dürften sich noch viele derzeit Unsichere zu einer Teilnahme entschließen.

Die auf den ersten Blick relativ geringe Teilnahmebereitschaft von nur zwei Drittel der Wahlberechtigten für die anstehende Bundestagswahl, die (noch) deutlich unter der tatsächlichen Wahlbeteiligung von 78,1 % in Bayern bei der Bundestagswahl 2017 liegt, kann wegen der zeitlichen Distanz zum Wahltermin nicht als Indikator für eine zu erwartende niedrige Wahlbeteiligung gewertet werden, zumal sich gerade bei einer Bundestagswahl noch beträchtliche Anteile aus der Gruppe der derzeit Unsicheren zu einer Teilnahme entschließen dürften.

Im Hinblick auf die Wahlteilnahme und auch bezüglich der Wahlentscheidung für eine bestimmte Partei bestätigen sich auch im Frühjahr 2021 wieder die weitgehend bekannten Verhaltensmuster. Jüngere Wähler im Alter zwischen 17 und 24 Jahren zeigen eine geringer ausgeprägte Bereitschaft zur Wahlteilnahme, während die Altersjahrgänge zwischen 25 und 44 Jahren überdurchschnittlich oft an der Wahl teilnehmen wollen. Gleichzeitig tendieren die jüngeren Wähler überdurchschnittlich oft zu einer Wahl der Grünen, während die FDP und die AfD in den mittleren Altersgruppen besonders erfolgreich sind. Bei der CSU ergeben sich mit Ausnahme der jüngeren Wähler fast überall nur dem Durchschnitt entsprechende Stimmanteile mit Ausnahme der Befragten ab 75 Jahren, bei denen die CSU noch weit überdurchschnittlich abschneidet.

Ausschlaggebend für das besonders schlechte Ergebnis der CSU in dieser Umfrage waren neben den Auseinandersetzungen um die Kanzlerkandidatur zwischen CDU und CSU auch die massiv angestiegene Unzufriedenheit in der Bevölkerung wegen der zahlreichen staatlich verordneten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und mehrere öffentlich gewordene Korruptionsfälle in Verbindung mit der Beschaffung von Masken.

Ungeachtet dieser speziellen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt der Datenerhebung bleibt festzuhalten, dass die CSU und vor allem die SPD als Partner in der großen Koalition im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 unter erheblichen Druck geraten sind. Von dieser Entwicklung haben seit der Bundestagswahl 2017 vor allem die Grünen und in geringem Umfang auch die Freien Wähler profitiert, während die FDP ihr altes Ergebnis halten konnte und AfD sowie Die Linke ebenfalls Verluste hinnehmen mussten.

Die weitesten Wählerkreise der Parteien

Die Analyse der Entwicklung der weitesten Wählerkreise für die Parteien in Bayern seit 2016 liefert weitergehende Informationen über aktuelle Chancen und Risiken für die einzelnen Parteien. Die CSU, die im Jahr 2005 noch über einen weitesten Wählerkreis von knapp drei Viertel aller Wahlberechtigten in Bayern verfügte, kann zwar erlittene Einbußen fast wieder wettmachen, ohne jedoch wieder ihre Spitzenwerte aus dem Jahr 2005 zu erreichen. Im Gegensatz dazu erlebten die Grünen einen kontinuierlichen Aufstieg, da ihr weitester Wählerkreis jetzt mit 60 % nahezu identisch mit den Werten der CSU ist. Eine erhebliche, weitgehend kontinuierlich verlaufene Ausweitung ihrer weitesten Wählerkreise auf ca. die Hälfte der Wählerschaft konnten aber auch die Freien Wähler und die FDP erzielen.

Eine deutliche Schrumpfung ihrer weitesten Wählerkreise mussten hingegen die SPD, die AfD und Die Linke hinnehmen, ein Beleg dafür, dass diese drei Parteien aus verschiedenen Gründen bei etlichen Wahlberechtigten in Bayern zwischenzeitlich aus deren Relevant Set grundsätzlich wählbarer Parteien aussortiert wurden. Eine Besonderheit stellt der starke Anstieg des weitesten Wählerkreises für „eine andere, sonstige Partei“ von 4 % im Jahr 2016 auf 32 % in der neuesten Untersuchung dar. Da hier nicht die Wählbarkeit einer spezifischen Partei bzw. ein konkreter einzelner Parteiname erfragt wurde, signalisiert der hohe Anstieg für „eine andere, sonstige Partei“ von 4 % auf 32 % den Wunsch vieler Wähler in Bayern, wegen des unbefriedigenden Angebotes auf eine weitere Partei zurückgreifen zu können.

Die Analyse der Entwicklung von Überschneidungen zwischen den verschiedenen Wählerkreisen der einzelnen Parteien seit 2019 bestätigt eine Reihe von Trends, die sowohl in Umfragen als auch bei Wahlen erkennbar wurden. Beim WWK der CSU gibt es unverändert die stärksten Überschneidungen mit der FDP, den Freien Wählern, den Sonstigen bzw. einer sonstigen, nicht konkret benannten Partei sowie weiter zunehmend auch mit den Grünen, während gleichzeitig die Gemeinsamkeiten mit der SPD und der ebenfalls deutlich geschrumpften AfD abnehmen. Diese Entwicklungen finden sich teilweise spiegelbildlich auch im WWK der Grünen, wo die Überschneidungen mit der CSU, den Freien Wählern, der FDP und ebenso auch wieder den bzw. der sonstigen Partei(en) seit 2019 zugenommen haben.

Der CSU und den Grünen sowie der FDP und den Freien Wählern gelangen in den vergangenen Jahren leichte Zuwächse und im Falle der Freien Wähler zumindest eine Stabilisierung der Größe ihrer weitesten Wählerkreise. Im Gegensatz dazu mussten SPD, AfD und Die Linke nicht nur Schrumpfungen ihrer weitesten Wählerkreise, sondern stark rückläufige Schnittmengen zu spezifischen Parteien hinnehmen, bei denen sie vor einigen Jahren noch größere

CSU und Grünen sowie FDP gelangen in den vergangenen Jahren Zuwächse ihrer weitesten Wählerkreise.

Übereinstimmungen hatten. Neben den allgemeinen Einbußen der AfD fällt auf, dass die Grünen zunehmend stärkere Übereinstimmungen zu den sogenannten bürgerlichen Parteien zu besitzen scheinen und sich stärker von dem eher schrumpfenden, linken Lager aus Die Linke und SPD abgekoppelt haben.

Wahlteilnahme und Wählertypen

In den vergangenen Jahren sind die grundsätzlichen Einstellungen zur Teilnahme an einer Wahl weitgehend unverändert geblieben. Weiterhin gibt knapp die Hälfte aller Wahlberechtigten in Bayern an, an fast allen (Bundstags-)Wahlen teilzunehmen, während drei von zehn Wahlberechtigten behaupten, sich nur bei wichtigen Wahlen zu beteiligen. Hinzu kommt etwa ein Fünftel, bestehend aus dezidierten Nichtwählern und weiteren Personen, die erst seit Kurzem wahlberechtigt sind und bisher noch nicht an Wahlen teilgenommen haben.

Von den etwa drei Viertel der Wahlberechtigten in Bayern, die entweder an fast allen Wahlen oder aber nur bei wichtigen Wahlen teilnehmen, bezeichnet sich weniger als die Hälfte eher als typische Stammwähler, während sich genau die Hälfte als typische Wechselwähler einstuft. Bezogen auf die Gesamtheit aller Wahlberechtigten in Bayern wären das somit ca. ein Drittel Stammwähler und ca. 40 % Wechselwähler, während der Rest der Befragten als dezidierte Nicht- bzw. als bisherige Nicht- oder Erstwähler in keine der beiden Kategorien eingeordnet werden kann. Da aber heute Stammwähler von Parteien oftmals auch nur an für sie wichtigen Wahlen teilnehmen, bedeutet dies, dass je nach Wahl unter den abgegebenen Stimmen deutlich weniger als 30 % von Stammwählern der verschiedenen Parteien stammen dürften.

Etwa ein Drittel der Wahlberechtigten entscheidet kurzfristig über Teilnahme bzw. gewählte Partei.

Hinsichtlich der Zeitpunkte, zu denen eine Entscheidung über die Beteiligung an einer Wahl bzw. für die konkret gewählte Partei getroffen wurde, wird das durch Wahltagsbefragungen gewonnene Bild weitgehend bestätigt. Dabei liegen die Angaben über den Zeitpunkt einer Entscheidung über die Wahlteilnahme und die konkrete Entscheidung für eine gewählte Partei nicht weit auseinander. Da etwa ein Viertel der Wahlberechtigten nie oder immer gleich wählt, kann diese Personengruppe auch nicht über Entscheidungszeitpunkte berichten. Deutlich weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten berichtet von einem längeren Entscheidungshorizont („längere Zeit vor der Wahl“ oder „in den letzten Wochen vor der Wahl“), während etwa ein Drittel der Wahlberechtigten relativ kurzfristig über Wahlteilnahme und / oder die gewählte Partei entscheidet, davon ein Fünftel „in den letzten Tagen vor der Wahl“ und mehr als jeder Zehnte sogar „erst am Wahltag“.

Unsicherheit bei Wahlteilnahme und Wahlentscheidung

Obleich sich bei einer Analyse für die bezüglich einer Wahlteilnahme noch unsicheren Befragten monokausale Erklärungsmuster verbieten, bleibt dennoch der Eindruck, dass ein erheblicher Teil der im Hinblick auf eine Wahlbeteiligung noch schwankenden Personen (ca. ein Fünftel aller Wahlberechtigten) zu einer etwas negativeren Grundstimmung tendiert, in Verbindung mit der Pandemie vor allem die Beschränkungen und deren Aufhebung im Auge hat und sich zudem deshalb auch bei den etablierten, üblicherweise bevorzugten Parteien nicht so recht aufgehoben fühlt. Die Konsequenz besteht zumindest für einen Teil der noch Unsicheren darin, über eine Teilnahme und die konkret gewählte Partei erst in den letzten Tagen vor der Wahl oder sogar erst am Wahltag zu entscheiden. Die bisher schon unterdurchschnittlichen Wahlabsichten für CSU und Grüne in dieser Befragtengruppe deuten darauf hin, dass diese Konstellationen im Falle einer Wahlteilnahme eher zu Lasten der CSU und der Grünen gehen dürften, während FDP und AfD davon profitieren könnten.

Viele der bezüglich auf eine Wahlbeteiligung Unsicheren tendieren zu einer negativeren Grundstimmung.

Ähnliche Konstellationen und Meinungsmuster finden sich auch bei jenen Wechselwählern, die nur an für sie persönlich wichtigen Wahlen teilnehmen. Auch sie tendieren zu einer etwas negativeren Grundstimmung und haben in Verbindung mit der Pandemie ebenfalls die Aufhebung der Beschränkungen als wichtige Aufgabe im Fokus, sprechen aber zugleich bei den wichtigen Ereignissen auch ihre Unzufriedenheit mit der Impfkampagne an. Auch für einen überdurchschnittlichen Anteil der Wechselwähler führt eine erkennbare Unzufriedenheit mit Union, Grünen und der SPD dazu, dass man über eine Teilnahme und die konkret gewählte Partei erst in den letzten Tagen vor der Wahl oder sogar erst am Wahltag entscheiden will. Eine bisher bereits deutlich überdurchschnittliche Wahlabsicht von 14 % zugunsten der AfD ist ein Beleg dafür, dass man sich mit einer Wahlentscheidung zu Ungunsten der bisher präferierten Parteien zwar schwertut, aber im Zweifelsfall bereit ist, gegenwärtige und zukünftige Regierungsparteien wegen ihrer Corona-Politik abzustrafen.

Einstellungen zur Briefwahl

Der durch die Corona-Pandemie verstärkte Trend zur Briefwahl scheint ungebrochen und wird sich auch nach erfolgreicher Bekämpfung der Pandemie aller Wahrscheinlichkeit nach ungebremst fortsetzen. Bei der kommenden Bundestagswahl wollen drei Viertel der Wahlberechtigten in Bayern die Möglichkeit zur Briefwahl „ganz bestimmt“ oder aber „sehr wahrscheinlich“ nutzen. Somit ist das Lager der Briefwahl-Gegner mit einem guten Fünftel

der Wahlberechtigten inzwischen eindeutig in der Minderheit. Dass mit einem weiteren Anstieg der Briefwähler zu rechnen ist, untermauern die Erkenntnisse zur bisherigen Nutzung der Briefwahl-Möglichkeit. Etwa sieben von zehn Wahlberechtigten haben die Briefwahl schon mindestens einmal, meist aber mehrmals oder sogar fast immer genutzt, während nur drei von zehn Personen bisher noch keine Briefwahl-Erfahrungen besitzen.

In einem teils bemerkenswerten Gegensatz zu dem stark steigenden Trend zur Briefwahl steht die in der Umfrage erhobene Akzeptanz verschiedener Gründe für die Nutzung der Briefwahl-Möglichkeit. Der einzige, mit überwältigender Mehrheit akzeptierte Grund für die Nutzung der Briefwahl ist die Gewissheit, am Wahltag nicht ins Wahllokal gehen zu können. Darüber hinaus wird es aber auch noch akzeptiert, wenn man sich nicht ganz sicher ist, ob man am Wahltag ins Wahllokal kann, und deshalb die Briefwahl beantragt. Im Gegensatz dazu findet das Argument, dass die Briefwahl bequem und angenehm ist, eine wesentlich geringere Akzeptanz. Die eindeutig geringste Akzeptanz für Briefwahl besitzt hingegen das Argument, dass man ja ohnehin weiß, was man wählt, und dies auch dann vorab per Briefwahl machen kann.

Koalitionspräferenzen

**Zweier-Koalitionen
erfreuen sich weiterhin
einer größeren
Beliebtheit als Dreier-
Koalitionen.**

Unverkennbar erfreuen sich wenige Monate vor der anstehenden Bundestagswahl Zweier-Koalitionen weiterhin einer größeren Beliebtheit als Dreier-Koalitionen, weil man sich davon offensichtlich eine größere Stabilität verspricht. Angesichts der unverkennbaren Ermüdungserscheinungen der seit 2013 regierenden Großen Koalition verwundert es nicht, dass von den theoretisch möglichen Zweier-Koalitionen eine Koalition aus Union und Grünen die größte Akzeptanz findet, gefolgt von einer Koalition aus Union und FDP, während die sogenannte Große Koalition deutlich seltener als eine gute Sache bezeichnet wird. Erst danach folgen mit deutlich geringeren Zustimmungswerten verschiedene Dreier-Koalitionen. Vergleichsweise am populärsten ist dabei derzeit ein Jamaica-Bündnis aus Union, FDP und Grünen, während eine Ampel aus SPD, Grünen und FDP und vor allem ein Rot-Rot-Grünes Bündnis nur sehr wenig Zustimmung findet.

Erst aus der synoptischen Betrachtung aller Einzelbewertungen für die alternativen Koalitionsmodelle lässt sich erkennen, dass eine Schwarz-Grüne oder Schwarz-Gelbe Zweier-Koalition in der Wählerschaft Bayerns die größte Akzeptanz findet, während Dreier-Koalitionen ohne Beteiligung der Union auf die vergleichsweise größte Ablehnung stoßen.

Schlussfolgerungen

Gefördert durch die Fahrt aufnehmende Impfkampagne, hat sich die Anfang 2021 noch ausgesprochen pessimistische Grundstimmung in der Bevölkerung durch die jüngsten Erfolge bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie deutlich verbessert. Der inzwischen vorherrschende vorsichtige Optimismus hat fünf Monate vor der Bundestagswahl inzwischen unverkennbar Bewegung in die politische Landschaft gebracht.

Wichtige, die Wähler bewegende Ereignisse und daraus abgeleitete vorrangige politische Sachthemen werden zwar auch noch über die Bundestagswahl hinaus stark von der Pandemie beeinflusst werden. Allerdings dürften die direkt die Pandemie und die damit verbundenen staatlichen Beschränkungen betreffenden Themen allmählich an Relevanz verlieren, während gleichzeitig Hilfsmaßnahmen wie zur Belebung der Wirtschaft und zum Aufholen versäumter schulischer Bildung wichtiger werden dürften. Zudem ist aber auch davon auszugehen, dass bereits vor der Bundestagswahl zunehmend Diskussionen über langfristige Modernisierungsmaßnahmen (z. B. Digitalisierung der Schulen) in den Wahlkampf einfließen werden. Darüber hinaus ist aber auch damit zu rechnen, dass vor der Pandemie bereits besonders relevante Themen wie zum Beispiel der Klimawandel bis zur Wahl wieder an Bedeutung gewinnen.

Diese in den vergangenen Wochen feststellbaren Entwicklungen und der allmählich näher rückende Termin der Bundestagswahl am 26. September werden zu einer deutlich geringeren Fokussierung auf bisher dominierende Themen in Verbindung mit der Covid-19-Pandemie führen. Dies wird mit dazu beitragen, dass sich die Wähler verstärkt mit anderen Themen und vor allem der Frage beschäftigen, welchen Beitrag einzelne Politiker und Parteien zu der Lösung der dringenden Zukunftsaufgaben in Deutschland leisten können. Die jüngsten Ereignisse haben somit in Verbindung mit der verbesserten Grundstimmung wieder zu Veränderungen bei Parteien, Politikern und auch hinsichtlich der Überlegungen der Wähler geführt, aber auch teilweise bereits vor Jahren begonnene Entwicklungen weiter beschleunigt.

Beim Wahlverhalten haben die abnehmenden Parteibindungen seit Längerem zu einer entsprechenden Abnahme der Stammwählerpotenziale geführt. Verschärft wurde diese Entwicklung dadurch, dass gleichzeitig immer mehr Wähler selbst bei einer konstanten Affinität zu einer bestimmten Partei nur noch an Wahlen teilnehmen, die für sie persönlich wegen eines Sachthemas oder anderer Motive wichtig sind. Dadurch macht der Anteil der Stammwähler aller Parteien je nach Wahl nur noch + 25 % der abgegebenen Stimmen aus. Der Name einer bestimmten Partei oder ihres Spitzenkandidaten ist somit heute normalerweise kein hinreichender Anlass

Vor der Pandemie besonders relevante Themen wie das Klima gewinnen bis zur Wahl wieder an Bedeutung.

mehr für eine Wahlteilnahme, sondern muss vielmehr zusätzlich durch triftige Wahlgründe in der Kommunikation mit dem Wähler untermauert werden.

Im Hinblick auf die stetig steigenden Anteile von Wechselwählern, die vergleichsweise seltener als temporäre Stammwähler nur an für sie wichtigen Wahlen teilnehmen, ist die Herausforderung noch größer. Sie sind bei der Betrachtung der sogenannten weitesten Wählerkreise besonders häufig unter jenen Wahlberechtigten anzutreffen, für die bei einer Wahl nicht nur eine einzige Partei, sondern mindestens eine oder gar mehrere Alternativen in Betracht kommen. Gerade bei erheblichen Überschneidungen in den Wählerpotenzialen der sogenannten bürgerlichen Parteien CSU, Freie Wähler, FDP und neuerdings sogar mit den Grünen kommt es in der Kommunikation mit den Wählern ganz entscheidend darauf an, sich einerseits von den Wettbewerbern klar abzugrenzen, andererseits aber auch keine Koalitionsoptionen zu verbauen.

Hinzu kommt, dass die Wähler ihre Entscheidung über die Wahlteilnahme und auch die zu wählende Partei zunehmend häufiger erst in den letzten Tagen vor der Wahl oder gar erst am Wahltag treffen. Diese Teilgruppe macht etwa ein Drittel der Wahlberechtigten aus. Insbesondere die Wähler von kleineren oder von Protestparteien tendieren zu einer späten Entscheidung, müssen aber im Rahmen der Schlussmobilisierung auch durch die anderen Parteien angesprochen werden, die diese Wähler von einer „Last Minute“-Entscheidung für eine kleine oder Protestpartei abhalten wollen.

Eine Herausforderung ist die Ansprache des stetig zunehmenden Anteils von Briefwählern.

Gleichzeitig besteht eine zweite Herausforderung in der Ansprache des stetig zunehmenden Anteils von Briefwählern, der bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern bereits 37 % ausmachte und auch nach Überwindung der Pandemie weiter kräftig ansteigen wird. Zielgruppe sind jene etwa + 50 % Wahlberechtigten, für die ihre Entscheidung entweder mehrheitlich von jeher feststand oder aber lange vor dem Wahltermin bzw. in den letzten Wochen vor der Wahl getroffen wurde. Diese Wählergruppe ist durch eine Schlussmobilisierung nicht mehr erreichbar, kann und muss aber noch rechtzeitig vor der Abgabe der Briefwahlstimmen durch eine spezielle Kampagne vor allem unter Mobilisierungsaspekten angesprochen werden.

Beträchtliche Veränderungen hat es darüber hinaus bereits längerfristig sowie kurzfristig in den letzten Monaten im Hinblick auf die Einstellungen zu den verschiedenen politischen Parteien gegeben. Die seit Jahren ohnehin grundsätzlich kritische Sicht auf Parteien hat in Verbindung mit der zunehmenden Segmentierung der Gesellschaft auch in Deutschland dazu geführt, dass ehemals große Parteien erhebliche Teile ihrer Wählerpotenziale eingebüßt haben. So steht das Konzept der Volksparteien schon seit einigen

Jahren auf dem Prüfstand. Zumindest in Bayern ist die CSU wohl die derzeit noch einzig verbliebene Volkspartei, während die SPD diesen Status schon seit längerem eingebüßt hat und es noch nicht ausgemacht ist, ob die in letzter Zeit besonders erstarkten Grünen den Status einer Volkspartei von der SPD erben können.

Neben den eher langfristigen, schon seit einigen Jahren beobachtbaren Entwicklungen haben auch die Pandemie sowie einige spezifische Ereignisse während der Pandemie zu einer Klärung der Sicht der Parteien und ihrer Akteure im Vorfeld der Bundestagswahl beigetragen. Hierzu gehören die Auseinandersetzung um die Kanzlerkandidatur in der Koalition, die Positionierung in Verbindung mit der Bekämpfung der Pandemie, insbesondere mit damit verbundenen Beschränkungen, Korruptionsfälle und Affären in Verbindung mit der Beschaffung von Masken und medizinischer Ausrüstung und nicht zuletzt auch die zum Ende der Erhebung aufkommende Diskussion über die akademischen Abschlüsse der Kanzlerkandidatin der Grünen.

Die Wähler in Bayern, die deutlich zwischen der Fähigkeit zur Ansprache von politischen Problemen einerseits und zur Lösung dieser Probleme andererseits unterscheiden, möchten unverändert die CSU bzw. die Unionsparteien in der Hauptverantwortung auf Bundesebene wissen, sind aber nach dem Kampf um die Kanzlerkandidatur und verschiedenen Affären bisher nicht geneigt, die CSU bei einer Bundestagswahl in dem früher üblichen Umfang zu unterstützen. Die übergroße, auch in Bayern feststellbare Euphorie zugunsten der Grünen wurde bereits in den vergangenen Wochen erkennbar verhaltener. Das ändert aber nichts daran, dass man in Bayern wegen einer zu erwartenden größeren Stabilität grundsätzlich einer Zweier-Koalition und dabei Schwarz-Grün, allerdings unter Führung der Union, auf der Bundesebene den Vorzug gibt.

Die bisher eher verhaltene Unterstützung der CSU im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl ist aber auch darauf zurückzuführen, dass es der FDP und den Freien Wählern gelungen ist, sich durch Gegenpositionen in Verbindung mit den Corona-Maßnahmen als bürgerliche Alternative zur CSU zu positionieren. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die AfD insbesondere in Bayern durch die CSU stärker klein gehalten werden konnte und dass Die Linke und die SPD in Bayern besonders schlecht dastehen. Ein zusätzliches Problem für alle bürgerlichen Parteien scheint darüber hinaus darin zu bestehen, dass es insbesondere bei deren Wählern einen latenten Wunsch nach einer Erweiterung des politischen Angebotes gibt, da man sich bei der Frage nach Wahlalternativen gut vorstellen kann, auch eine sonstige, andere Partei (ohne konkrete Namensnennung) zu wählen.

Zumindest in Bayern ist die CSU wohl die derzeit noch einzig verbliebene Volkspartei.

5. Anhang (Abbildungen und Tabellen)

Abbildung I: Die allgemeine Grundstimmung in Bayern im Frühjahr 2021

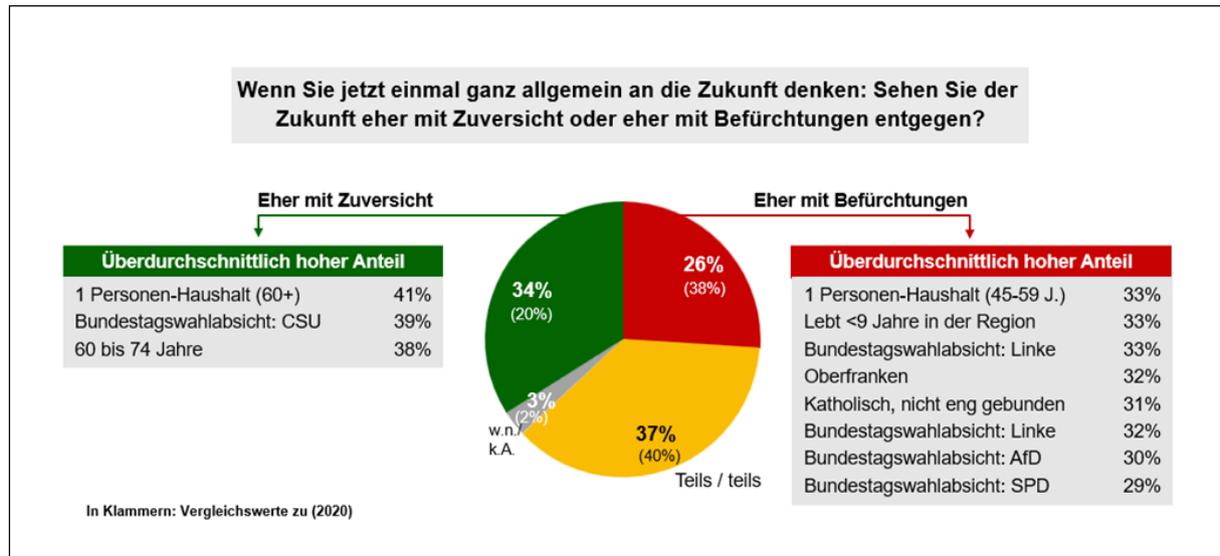


Tabelle I: Die wichtigsten Ereignisse und Themen nach Alter und Geschlecht

	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-34	35-44	45-59	60-74	75+	Männlich	Weiblich
Infektionslage in der Corona-Pandemie	44	48	45	48	40	43	45	42
Corona-Maßnahmen / Lockdown	22	22	20	20	25	20	22	21
Impfungen	17	13	14	16	18	18	15	18
Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz	18	18	20	20	19	16	21	15
Klima, Umwelt, Natur und Energie	15	20	17	16	13	14	14	16
Gesellschaft, Werte und Religion	14	12	15	13	14	13	13	14
Arbeit / Arbeitslosigkeit und Bildung	13	18	14	15	15	9	13	14
Politik und Bundestagswahl	12	10	12	12	11	14	13	12
Außenpolitisches, internationale Krisen	10	9	9	7	10	10	10	9

Offene Frage, Mehrfachnennungen. Aufgeführt sind alle Nennungen (übergeordnete Themenbereiche) ≥ 4%

Tabelle II: Die wichtigsten politischen Ereignisse und Themen nach Ortsgröße und Region

	Gesamt	Politische Ortsgröße				Region				
		-4.999	5.000-19.999	20.000-99.999	100.000 +	Großraum MUC	Rest Oberbayern	Franken	Schwaben	Oberpfalz-/Niederbayern
Infektionslage in der Corona-Pandemie	44	43	44	43	44	46	40	43	49	41
Corona-Maßnahmen / Lockdown	22	22	23	23	19	15	27	22	22	24
Impfungen	17	15	17	16	20	15	19	20	20	17
Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz	18	22	15	18	17	21	18	16	10	19
Klima, Umwelt, Natur und Energie	15	16	16	12	14	12	15	17	14	15
Gesellschaft, Werte und Religion	14	13	13	16	12	13	14	13	14	15
Arbeit / Arbeitslosigkeit und Bildung	13	13	13	15	13	12	13	15	13	12
Politik und Bundestagswahl	12	11	14	10	12	14	12	14	10	9
Außenpolitisches, internationale Krisen	10	10	9	6	11	11	10	8	9	11

Offene Frage, Mehrfachnennungen. Aufgeführt sind alle Nennungen (übergeordnete Themenbereiche) ≥ 4%

Tabelle III: Wahlteilnahme bei einer Bundestagswahl nach Region und Ortsgröße

**Wenn am nächsten Sonntag hier in Bayern Bundestagswahl wäre:
Würden Sie da zur Wahl gehen bzw. an der Wahl teilnehmen?**

	Gesamt	Regionen					Politische Ortsgröße (in Tausend)				
		GR MUC	Rest OBY	Franken	Schwaben	OPF / NBY	< 5	5 bis < 20	20 bis < 100	100 bis < 500	> 500
Ja	66	65	67	69	65	62	64	68	67	68	66
Weiß nicht / noch nicht sicher	20	20	19	18	22	23	22	18	21	18	19
Nein	10	11	10	9	11	11	9	10	8	12	11

Differenzen zu 100% = noch nicht wahlberechtigt + weiß nicht / keine Angabe
GR MUC = Großraum München, Rest OBY = Rest Oberbayern, OPF / NBY = Oberpfalz / Niederbayern

Tabelle IV: Aktuelle Bundestagswahlabsicht im Frühjahr 2021 nach Region und Ortsgröße

Bundespolitische Stimmung (ohne politische Gewichtung)	Gesamt	Regionen					BIK Ortsgröße (in Tausend)			
		GR MUC	Rest OBY	Franken	Schwaben	OPF / NBY	< 20	20 bis < 100	100 bis < 500	> 500
CSU	32,4	33	30	31	33	35	30	32	34	32
Grüne	23,4	28	26	24	23	17	19	23	22	27
FDP	10,6	13	8	10	11	13	6	11	11	11
AfD	10,1	6	12	10	10	13	16	9	12	7
SPD	9,3	7	10	10	9	10	9	14	8	8
Linke	4,9	4	3	6	7	3	6	3	6	5
FW	4,0	3	4	4	3	5	6	4	3	4
Sonstige	5,3	6	7	5	4	4	8	4	4	6

Basis: Wähler
GR MUC = Großraum München, Rest OBY = Rest Oberbayern, OPF / NBY = Oberpfalz / Niederbayern

Abbildung II: Weitesten Wählerkreise für die Linke und eine sonstige Partei 2019 und 2021

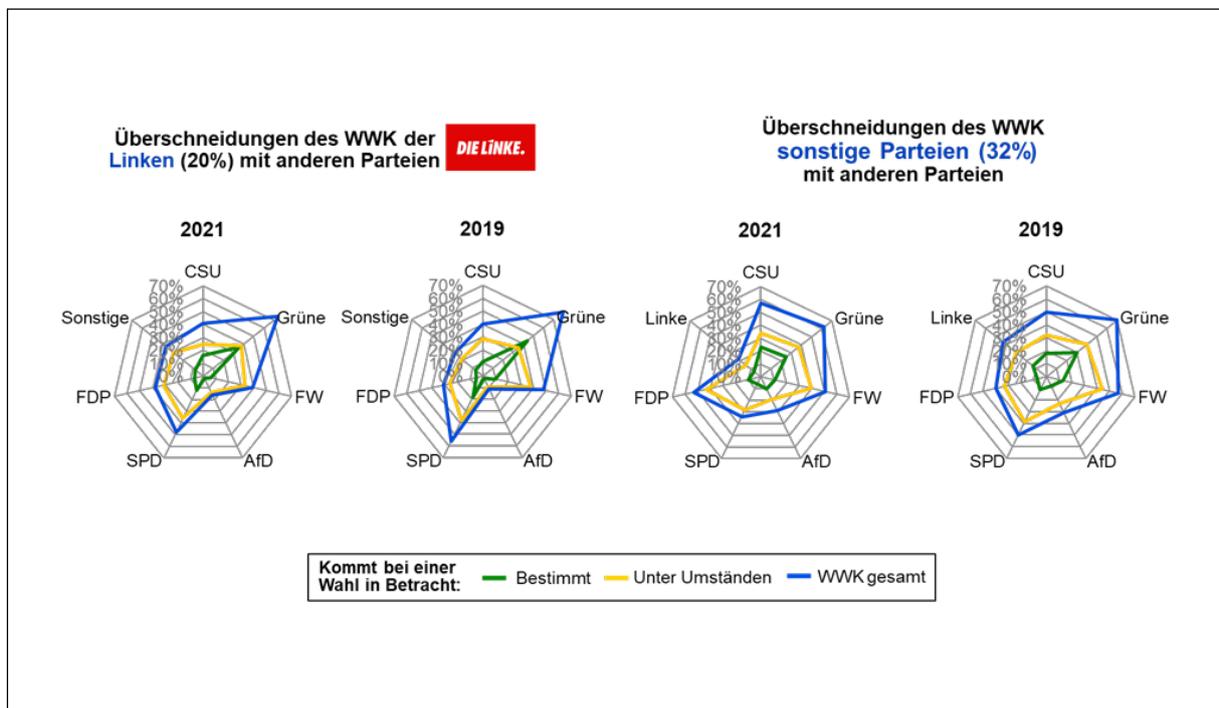


Tabelle V: Wahlteilnahme und Wählertypen nach politischer Ortsgröße

Teilnahme an Wahlen	Gesamt	Politische Ortsgröße (in Tausend)				
		< 5	5 bis < 20	20 bis < 100	100 bis < 500	> 500
Nehme an fast allen Wahlen teil	46 (46)	45	43	45	54	51
Wähle nur bei wichtigen Wahlen	30 (31)	32	31	33	23	25
Wähle nie bzw. so gut wie nie	15 (14)	14	16	12	16	13
Erst seit kurzem Wahlberechtigt / noch nicht an Wahlen teilgenommen	4 (3)	3	4	4	4	5

Wählertypus		Politische Ortsgröße (in Tausend)				
	Gesamt	< 5	5 bis < 20	20 bis < 100	100 bis < 500	> 500
Bin eher Stammwähler	45 (52)	40	47	51	40	47
Bin eher Wechselwähler	50 (40)	54	49	43	59	47

Differenzen zu 100% = Noch nicht wahlberechtigt + weiß nicht / keine Angabe.
In Klammern: Vergleichswerte zu Herbst 2019.

Tabelle VI: Entscheidungszeitpunkt über Wahlteilnahme nach Alter und Geschlecht

Zeitpunkt der Entscheidung über Wahlteilnahme	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-24	25-34	35-44	45-59	60+	Männlich	Weiblich
Am Wahltag	11	17	13	13	12	11	12	11
In den letzten Tagen vor der Wahl	18	22	14	14	19	17	19	17
In den letzten Wochen vor der Wahl	22	14	21	21	22	23	21	24
Längere Zeit vor der Wahl	19	24	23	23	21	17	20	18
Wähle immer gleich/ Wähle (so gut wie) nie	26	18	26	26	23	28	25	26
Weiß nicht/ keine Angabe	4	5	3	3	4	5	4	4

Tabelle VII: Entscheidungszeitpunkt über Wahlteilnahme nach Wahlentscheidung

Zeitpunkt der Entscheidung über Wahlteilnahme	Gesamt	CSU	Grüne	FDP	AfD	SPD	Linke	FW	Sonstige
Am Wahltag	11	9	6	9	15	8	7	5	21
In den letzten Tagen vor der Wahl	18	16	17	18	22	18	22	18	10
In den letzten Wochen vor der Wahl	22	20	24	22	24	18	27	19	30
Längere Zeit vor der Wahl	19	21	20	17	20	22	10	32	14
Wähle immer gleich/ Wähle (so gut wie) nie	26	30	13	28	13	31	33	25	21
Weiß nicht/ keine Angabe	4	4	6	7	6	4	1	1	5

Tabelle VIII: Entscheidungszeitpunkt über Wahlteilnahme nach Ortsgröße und Region

Zeitpunkt der Entscheidung über Wahlteilnahme	Gesamt	Politische Ortsgröße				Region				
		-4.999	5.000-19.999	20.000-99.999	100.000 +	Großraum MUC	Rest Oberbayern	Franken	Schwaben	Oberpfalz/Niederbayern
Am Wahltag	11	11	11	13	12	13	15	11	10	10
In den letzten Tagen vor der Wahl	18	19	17	16	20	19	18	17	16	20
In den letzten Wochen vor der Wahl	22	27	22	20	19	16	25	20	25	29
Längere Zeit vor der Wahl	19	18	20	22	17	19	19	22	20	16
Wähle immer gleich/ Wähle (so gut wie) nie	26	22	26	27	28	29	23	26	28	20
Weiß nicht/ keine Angabe	4	5	4	2	4	4	4	4	1	5

Tabelle IX: Zeitpunkt der Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht

Zeitpunkt Wahlentscheidung für eine Partei	Gesamt	Alter					Geschlecht	
		17-24	25-34	35-44	45-59	60+	Männlich	Weiblich
Am Wahltag	11	16	8	12	12	11	12	10
In den letzten Tagen vor der Wahl	19	22	20	19	18	18	19	18
In den letzten Wochen vor der Wahl	21	23	22	23	20	21	20	22
Längere Zeit vor der Wahl	23	25	25	24	22	23	23	24
Wähle immer gleich/ Wähle (so gut wie) nie	21	11	22	18	23	22	22	21
Weiß nicht/ keine Angabe	5	4	4	5	5	5	4	5

Tabelle X: Zeitpunkt der Wahlentscheidung nach Ortsgröße und Region

Zeitpunkt Wahlentscheidung für eine Partei	Gesamt	Politische Ortsgröße				Region				
		4.999	5.000-19.999	20.000-99.999	100.000 +	Großraum MUC	Rest Oberbayern	Franken	Schwaben	Oberpfalz/-Niederbayern
Am Wahltag	11	10	11	11	12	14	12	10	18	10
In den letzten Tagen vor der Wahl	19	18	19	21	19	18	23	17	11	22
In den letzten Wochen vor der Wahl	21	22	20	21	21	17	21	24	22	21
Längere Zeit vor der Wahl	23	24	24	23	21	23	18	24	25	22
Wähle immer gleich/ Wähle (so gut wie) nie	21	20	23	21	22	23	22	20	22	20
Weiß nicht/ keine Angabe	5	6	4	4	4	5	5	5	4	5

Tabelle XI: Einstellungen zur Briefwahl und deren Nutzung nach Ortsgröße und Region

Wahrscheinlichkeit der Briefwahl bei kommender Bundestagswahl ¹⁾										
	Gesamt	Politische Ortsgröße				Region				
		-4.999	5.000-19.999	20.000-99.999	100.000 +	Großraum MUC	Rest Oberbayern	Franken	Schwaben	Oberpfalz/Niederbayern
Ganz bestimmt	39	41	38	42	34	36	42	38	39	33
Sehr wahrscheinlich	36	36	35	35	39	35	31	34	32	35
Wahrscheinlich nicht	17	13	19	16	19	19	17	19	19	18
Auf keinen Fall	5	6	6	4	4	7	7	6	4	10
Index ²⁾	53	58	48	57	50	45	49	47	48	40
Bisherige Nutzung der Briefwahl ³⁾										
Briefwahl bereits genutzt	68	69	69	64	67	68	68	67	66	69
Briefwahl bisher noch nie genutzt	30	29	29	33	30	30	30	29	31	29
Index ⁴⁾	38	40	40	31	37	38	38	38	35	40

Differenzen zu 100% = Weiß nicht / keine Angabe
¹⁾ Basis: Wähler.
²⁾ Index = „Ganz bestimmt/ Sehr wahrscheinlich“ – „Wahrscheinlich nicht / Auf keinen Fall“
³⁾ Basis: Befragte, die an Wahlen teilnehmen.
⁴⁾ Index = „genutzt“ – „nicht genutzt“

Tabelle XII: Koalitionspräferenzen nach Ortsgröße und Region

Koalitionsmodell als <u>gut</u> bewertet	Gesamt	Politische Ortsgröße				Region				
		-4.999	5.000-19.999	20.000-99.999	100.000 +	Großraum MUC	Rest Oberbayern	Franken	Schwaben	Oberpfalz/Niederbayern
CDU/CSU und Grüne – Schwarz-Grün	54	55	55	52	52	56	55	54	52	52
CDU/CSU und FDP – Schwarz-Gelb	42	42	43	39	41	40	42	43	37	44
CDU/CSU und SPD – Große Koalition	39	40	40	40	36	38	38	40	42	38
CDU, CSU, FDP und Grüne – Jamaica	29	30	33	23	27	31	30	29	27	29
SPD, Grüne und FDP - Ampel	22	21	23	25	21	19	26	22	21	24
SPD, Linke und Grüne – Rot-Rot-Grün	13	12	14	15	13	17	13	23	14	11

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration –
Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten –
Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU –
eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven
und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik –
Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der
„Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten?
Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“:
Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 –
Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates –
Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfadens für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen für den
europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren
- Nr. 80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise –
Perspektiven und Handlungsoptionen im geoökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China (deutsch und englisch)
- Nr. 81 Mit KI gegen die Pandemie?
Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen
- Nr. 82 Das Kreuz mit der Neuen Rechten?
Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand
- Nr. 83 Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde – 75 Jahre Kriegsende und
70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen
- Nr. 84 Salafismus in Deutschland und Bayern – Ein Problemaufriss
- Nr. 85 Agitation von Rechts – QAnon als antisemitische Querfront
- Nr. 86 Freiheitsgrundrechte in Zeiten von Corona
- Nr. 87 Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und
Bundestagswahl – Untersuchungsbericht

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-603-5
Herausgeber	Copyright 2021, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Claudia Magg-Frank (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Susanne Hornberger (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Text und Tabellen	Dr. Helmut Jung GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



**Hanns
Seidel
Stiftung**

